

(A) **Beginn: 10.04 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen, der 46. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Insbesondere darf ich den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Bertrams, sowie die beiden Vizepräsidenten, die Herren Dr. Laum und Dr. Bilda, begrüßen, die anlässlich unseres Tagesordnungspunktes 1 heute unsere Gäste sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, für die heutige Sitzung haben sich zehn Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute der Kollege Frank Sichau von der Fraktion der SPD. Er wird 49 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch,

(Beifall)

Herr Kollege, im Namen des Hohen Hauses.

(B) Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß **Punkt 6 - Beschlüsse zu Petitionen** - von der heutigen Tagesordnung **abgesetzt** werden mußte, da der Petitionsausschuß die Übersicht 19 noch nicht vorlegen konnte.

Noch ein kurzer Hinweis für die Damen und Herren Abgeordneten: Heute werden für eine Filmproduktion des Landtags abschließende Filmaufnahmen hier im Plenum durchgeführt. Das Filmteam wird Störungen des Ablaufs vermeiden; das ist selbstverständlich. Nur zu Ihrer Kenntnis!

Wir treten dann in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

1 Vereidigung eines Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen

Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom 1. Dezember 1996 eine personelle Veränderung beim Oberlandesgericht Köln mitgeteilt, die sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-

Westfalen auch auf die Zusammensetzung des Verfassungsgerichtshofes auswirkt. (C)

Mit Ablauf des 31. Dezember 1996 tritt der Präsident des Oberlandesgerichts Köln, Herr Dr. Heinz-Dieter Laum, in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger im Amt des Präsidenten des Oberlandesgerichts Köln hat die Landesregierung den Präsidenten des Landgerichts Dr. Armin Lünterbusch bestimmt. Damit ist Herr Dr. Armin Lünterbusch ab 1. Januar 1997 als einer der beiden lebenslänglichen Präsidenten eines Oberlandesgerichtes des Landes gemäß § 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof Mitglied kraft Amtes des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen.

Nach § 5 des Verfassungsgerichtshofgesetzes haben sämtliche Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes und ihre Vertreter, bevor sie ihr Amt antreten, vor dem Landtag den in Artikel 80 der Landesverfassung vorgesehenen Eid zu leisten. Ich bitte daher Herrn Dr. Armin Lünterbusch, zu mir zu kommen, damit ich die Vereidigung vornehmen kann.

(Die Vereidigung erfolgt.)

Herr Dr. Lünterbusch, ich beglückwünsche Sie im Namen des Hohen Hauses und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe. (D)

(Dr. Armin Lünterbusch: Danke schön. - Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997) und Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/1200

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/1390
Vorlage 12/875

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/1550

(Präsident Schmidt)

- (A) Dritte Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 12/1570
- Beschlußempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 12/1600 bis 12/1616
- Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 12/1650
- dritte Lesung
in Verbindung damit:
- Mittelfristige Finanzplanung des Landes
Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1996 bis
2000**
- Unterrichtung
durch die Landesregierung
zur Beratung
Drucksache 12/1201
- Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 12/1651
- (B) und
- Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des
Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemein-
den und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr
1997 und zur Regelung des interkommunalen
Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der
Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen
Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Ände-
rung anderer Vorschriften**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/1202
- Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 12/1617
- Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 12/1652
- dritte Lesung
- Ich eröffne die **Beratung** und erteile dem Kollegen
Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort. (C)
- (Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD
- Zurufe von der SPD: Ihr müßt ihm Mut
zusprechen! - Ja, er braucht Mut! - Nur
Mut, Herr Kollege! - Weitere Zurufe von
der SPD)
- Dr. Helmut Linssen (CDU):** Herr Präsident! Herr
Ministerpräsident! Meine sehr verehrten Damen!
Sehr geehrte Herren! In dieser friedlichen vor-
weihnachtlichen Zeit möchte ich zunächst einmal
der Regierung Rau/Höhn ein Kompliment machen.
(Oho!-Rufe von der SPD und den GRÜNEN)
- Sie haben es in bemerkenswert kurzer Zeit ge-
schafft, im Volksmund ein neues geflügeltes
Wort zu verankern. Während es früher über
Streithähne hieß: "Die sind einander nicht grün",
heißt es jetzt immer öfter: "Die sind einander rot-
grün."
- (Lachen bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von
der SPD: Oh, oh! - Witzig! - Kalauer!
- Weitere Zurufe von der SPD)
- Das Beispiel zeigt, daß über die Landesgrenzen
hinaus eines von dieser Landesregierung bekannt
ist: Diese Koalition hat mehr mit dem Streiten zu
tun als mit dem Regieren. (D)
- (Beifall bei der CDU)
- Und diese Streitkoalition, meine sehr verehrten
Damen und Herren, hat einen kleinsten gemein-
samen Nenner: Johannes Rau. Oder anders aus-
gedrückt: Rot-Grün wäre nichts ohne Johannes
Rau, und Johannes Rau wäre nichts ohne Rot-
Grün.
- (Lachen bei SPD und GRÜNEN - Zuruf von
der SPD: Es wird immer schlimmer!
- Weitere Zurufe von der SPD)
- Wer sich, meine Damen und Herren, nur ums
eigene Überleben kümmern muß, kann sich nicht
um die Probleme des Landes kümmern. Und Pro-
bleme hat dieses Land wahrlich genug!
- (Beifall bei der CDU)
- Seit Jahresanfang meldeten sich über 1,2 Millio-
nen Menschen arbeitslos, ein Niveau, das das
aller Vorjahre deutlich übersteigt.
(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Rund 55 % der neuen Arbeitslosmeldungen kamen in diesem Jahr aus den Dienstleistungszweigen.

(Zuruf von der SPD: Fragt mal den Kohl danach!)

Aber ganz besonders stark - und da wird sicherlich der Bauminister sehr aufmerksam zuhören - wuchsen die Arbeitslosmeldungen im Baugewerbe, nämlich um 24 %.

(Zuruf von der SPD: Warum denn?)

- Warum denn? Sehen Sie sich einmal Ihre Ausgaben für den Wohnungsbau an, wenn Sie so dumm dazwischenfragen!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wer 10 % seiner Ausgaben in diesem Bereich kürzt, muß sich doch nicht wundern, daß er selber zur Arbeitslosigkeit beiträgt.

(Beifall bei der CDU - Bodo Champignon [SPD]: Schlechtwettergeld der Bundesregierung zum Beispiel!)

Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir 850 000 Arbeitslose. Inzwischen ist in Nordrhein-Westfalen jeder fünfte Industriearbeitsplatz abgebaut oder ins Ausland verlagert worden. Jeder Neunte in Nordrhein-Westfalen ist heute ohne Arbeit. Und das ist unser Thema heute.

(B)

Hinter diesen Zahlen stehen traurige Schicksale von jüngeren und auch von älteren Arbeitslosen. Denn mittlerweile haben über 100 000 Menschen unter 25 Jahren in Nordrhein-Westfalen keine Arbeit. Und auch die Langzeitarbeitslosigkeit hat den höchsten Stand erreicht: Fast 310 000 Männer und Frauen sind in Nordrhein-Westfalen seit mehr als einem Jahr ohne Job. Und ohne den Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten wären in Nordrhein-Westfalen fast eine Million arbeitslos.

(Brigitte Speth [SPD]: Deshalb werden die ja auch in Bonn gekürzt!)

Angesichts solcher rasanten Arbeitsplatzverluste spricht der DGB von einem Prozeß der Entindustrialisierung, der mittlerweile den Standort Nordrhein-Westfalen ernsthaft gefährdet. Der frühere SPD-Wirtschaftsminister Einert hat 1991 zugegeben, daß die SPD beim Strukturwandel - so Einert wörtlich - zu sehr auf "Beharrung" gesetzt habe.

1993 sah er den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen bereits "in seiner Substanz gefährdet". Der heutige SPD-Wirtschaftsminister spricht im Interview mit dem "Spiegel" von einer "überaus dramatischen Lage" und erwähnt selbstkritisch - ich darf ihn zitieren -:

"Ich denke an unser renovierungsbedürftiges Bildungs- und Hochschulsystem... Noch liegen wir bei Multimedia um drei Jahre, in der Bio- und Gentechnologie um zehn Jahre hinter den USA zurück. In der Umwelttechnologie haben wir Platz 1 an die Amerikaner verloren."

(Ministerin Bärbel Höhn: Ja, das müssen wir wieder aufholen!)

Der Ministerpräsident, der ja nicht nur schönreden, sondern auch schönrechnen kann, sieht die Lage völlig anders. Am 27. November referierte er vor den nordrhein-westfälischen Arbeitgebern zum Standort Nordrhein-Westfalen, und einige von uns hatten ja Gelegenheit dabeizusein. Dort hat er sagt, zwar habe NRW noch immer die höchste Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, aber der Anteil sei im Vergleich zu den übrigen westdeutschen Ländern doch - so wörtlich - seit sieben Jahren rückläufig auf derzeit 30,4 %. Wohlgermerkt: Wir haben einen Anteil der Bevölkerung von 27 % in Westdeutschland.

(D)

Die Steuereinnahmen des Landes, so der Ministerpräsident weiter, hätten in den ersten neun Monaten 2 621 DM pro Einwohner erreicht, also nur noch - wörtlich - "minimal weniger als der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer".

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Wir waren einmal Nummer 1. Daß Sie sich mit so etwas zufriedengeben, kann ich bis heute nicht begreifen.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie finden offensichtlich in so unterdurchschnittlichen Zahlen Trost. Denn für Sie ist die Lage keineswegs "überaus dramatisch" - so haben Sie dort vorgetragen. Nordrhein-Westfalens Arbeitgeberpräsident Dr. Jochen Kirchhoff zeichnete als Vorredner ein wenig ermutigendes Bild von der Lage in Nordrhein-Westfalen. Er erinnerte an den Streit um den Braunkohlentagebau Garzweiler II, an Rufe nach einem Chlorchemie- und PVC-Verbot und an die rot-grünen Streitereien um Fernstraßenausbau und Flughäfenmodernisierung. Aber, meine Damen und Herren, unter Kopfschütteln der Anwesenden scheute der Ministerpräsident nicht vor der Behauptung zurück,

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) die rot-grüne Koalitionsregierung habe unter seiner Leitung neues Vertrauen in der Wirtschaft gewonnen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Das sagt, wohlgemerkt, derselbe Ministerpräsident, der einen Monat zuvor die Ergebnisse einer von ihm als SPD-Landesvorsitzendem selbst in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage zum Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen auf dem Tisch hatte. Das Münchener Meinungsforschungsinstitut POLIS erteilt darin dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wahrlich schlechte Zensuren. Als Standortnachteile werden für Nordrhein-Westfalen nicht nur eine schwerfällige Bürokratie mit zu langen Genehmigungsverfahren und zu wenig Aufgeschlossenheit für neue Technologien genannt, sondern auch Defizite bei der Mittelstandsförderung und beim NRW-Schulsystem.

(Herbert Reul [CDU]: Hört, hört!)

Am schlimmsten allerdings: Unsicherheiten aufgrund der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Aha!)

Die GRÜNEN gelten als Standortnachteil für NRW - so POLIS.

(B)

(Beifall bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: Das ist ja Kaffeesatzleserei!)

Die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN schaffe aus der Sicht der Wirtschaft - so POLIS wörtlich - ein "psychologisch ungünstiges Klima für Investoren".

Alles das ist nicht neu, alles das ist sattem bekannt, aber diesmal bestätigt selbst die Staatskanzlei die schlimmsten Befürchtungen.

Die POLIS-Studie, Herr Ministerpräsident, bestätigt auch die Feststellung ihrer GRÜNEN-Koalitionspartnerin Höhn zu Anfang dieses Jahres. Sie sagte wörtlich: "Das Problem der Koalition ist, daß sie keine positive Ausstrahlung hat!"

Frau Ministerin Höhn, Ihre rot-grüne Koalition hat nicht nur keine positive Ausstrahlung, sie hat geradezu eine negative Ausstrahlung - und das vor allem auf mögliche Investoren, die einen Bogen um unser Land machen oder unser Land verlassen. Denn jeder zehnte mittelständische Betrieb will mittlerweile weg aus NRW.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich habe mir noch einmal angeschaut, was hier am 20. März zur dritten Lesung des Haushalts 1996 vorgetragen wurde. Damals gab es ja auch eine Krise der rot-grünen Koalition. Das war vor Ostern; Sie erinnern sich daran. Und dann haben Sie sich über Ostern geschworen: Nun wollen wir alles anders machen. Das hat den Kollegen Matthiesen dazu verleitet, damals sehr leichtsinnig hier zu erklären: Man hätte es uns ja in den letzten 14 Tagen, also vor dem 20. März, sehr leicht gemacht, aber nun würden sie es uns in den nächsten vier Jahren ganz schwer machen.

(Lachen bei der CDU)

Nun schauen Sie sich das Theater in dem letzten Dreivierteljahr einmal an, Herr Matthiesen. Sie sollten mit solchen Bemerkungen vorsichtig sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Herrn Kollegen Matthiesen weiter zitieren aus einem Interview mit dem "Deutschen Wirtschaftsblatt":

"Heute können wir uns nicht mehr aussuchen, welchen Investor wir nehmen, sondern wir sind froh, wenn überhaupt noch einer kommt. ... Wir dürfen also nicht weiter ins Gerede kommen."

(D)

So Matthiesen wörtlich!

Nun erzählen Sie nachher nicht, das sei ein Schlechtreden des Landes, was ich hier tue, sondern das ist eine nüchterne Analyse, die ich mit den Worten von SPD-Leuten oder von Meinungsforschungsinstituten belege.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Was macht der Ministerpräsident in einer solchen Situation? Er ist, wie der "Express" wörtlich schreibt, "Chef einer rot-grünen Chaos-Truppe, die dabei ist, ihre eigene und vor allem die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes zu verspielen."

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, er gibt sich dem Traum hin, daß die rot-grüne Streitkoalition unter seiner Leitung neues Vertrauen in der Wirtschaft gewonnen habe. Herr Ministerpräsident, Sie philosophieren darüber, ob man bei Nordrhein-Westfalen nicht besser von einem Raum des Wandels statt eines Standortes sprechen müsse.

Herr Ministerpräsident, ich kann nur sagen: Können Sie sich angesichts eines solchen Realitäts-

(Dr. Linssen [CDU])

(A) verlustes wundern, daß ein Leitartikel der NRZ, in dem die soziale Krise in Nordrhein-Westfalen beschrieben wird, die Frage stellt: "Wo ist eigentlich Johannes Rau?"

(Beifall bei der CDU - Lachen und Widerspruch bei SPD und Grünen)

Vor einem solchen Hintergrund können Sie sich auch nicht über eine Überschrift des "Spiegels" wundern, die Ihnen sicherlich weh getan hat. Auch ich möchte nicht von mir lesen: "Der Kerl muß weg."

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Reden Sie doch einmal zum Haushalt, Herr Linssen!)

Herr Ministerpräsident, können Sie sich angesichts Ihres Realitätsverlustes überhaupt noch wundern, daß der "Spiegel" schreibt:

"Der Mann, der schon lange keine Antworten auf die existentiellen Fragen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen mehr gibt, sollte eigentlich einen Abschied in Ehren haben."

(B) Meine Damen und Herren, heute haben wir in Nordrhein-Westfalen 11,6 % Arbeitslosigkeit, fast doppelt so viel wie in Baden-Württemberg. Wir haben die gleiche Bundesregierung, wir haben die gleiche europäische Regierung. Meine Damen und Herren, dieses Problem ist hausgemacht.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben 14,3 % Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet, fast so viel wie in den neuen Ländern. Jeden Monat - darüber beklagt sich zu Recht auch der Wirtschaftsminister - verliert die nordrhein-westfälische Industrie fast 10 000 Stellen. Die Tendenz ist eher steigend. Die Strukturkrise in Nordrhein-Westfalen hat längst alle Branchen und Regionen erfaßt. Und Sie, Herr Ministerpräsident, schweigen zu all dem!

(Beifall bei der CDU)

Der Beschäftigungsabbau umfaßt auch die gehobenen Angestelltenberufe sowie die qualifizierten Facharbeiter in den Fertigungsberufen, die den stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit unter allen Berufsgruppen verkraften müssen. Arbeitslosigkeit ist damit keineswegs mehr nur ein Problem für Un- und Angelernte sowie sonstige Risikogruppen des Arbeitsmarktes. Das Schicksal der fast 850 000 Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen muß alle Beteiligten - Politiker, Gewerkschaft-

ten und Wirtschaft - dazu bewegen, neue Wege zu gehen und zur Sicherung und Schaffung neuer Ideen zu entwickeln. (C)

(Roland Appel [GRÜNE]: Deshalb bleiben Sie einfach den Haushaltsberatungen fern. Was haben Sie eigentlich letzte Woche gemacht? - Klaus Matthiesen [SPD]: Sitzungsgeld kassiert!)

Philosophische Betrachtungen sind dabei relativ wenig hilfreich. Wer es gut meint mit unserem Land, kommt an einer nüchternen Bestandsaufnahme nicht vorbei: Notwendig sind eine vorbehaltlose Analyse und die Diskussion der Fakten.

(Roland Appel [GRÜNE]: Daran haben Sie sich ja nicht beteiligt. Das hätten Sie ja machen können!)

Wenn wir davon ausgehen, daß - wie der DGB-Landesbezirksvorsitzende Mahlberg wörtlich sagt - "bei uns in Nordrhein-Westfalen der ganze Industriemix nicht stimmt und wir nicht die klassischen Wachstumsbranchen haben, wie sie sich in der Zukunft entwickeln werden", müssen wir uns der drängenden Frage stellen, wie wir aus dieser Strukturkrise schnellsten herausfinden.

(D) Weder 1991 noch im August 1993 haben Sie, Herr Ministerpräsident, damals die warnenden Worte und die konstruktiven Vorschläge der CDU für einen Pakt gegen Jugendarbeitslosigkeit oder unser Angebot zu einem Bündnis für Arbeit beachtet. Es war pure Arroganz der Macht, daß Sie sämtliche Ideen der CDU in den Wind geschlagen haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Ministerin Bärbel Höhn: Welche Ideen haben Sie denn letzte Woche geäußert?)

Heute buchstabiert Ihnen Wirtschaftsminister Clement die Vorschläge vor, die wir als CDU in unserem Wahlprogramm aufgeführt haben: Existenzgründungsoffensive, Exportoffensive, Dienstleistungsoffensive, Teilzeitarbeitsoffensive, Meister-BAföG, Kooperationsoffensive Wissenschaft und Wirtschaft. - Das sind nur einige Beispiele, die ich nennen möchte.

Wenn Herr Clement unsere Programme vorträgt, dann finden wir als CDU das gut.

(Roland Appel [GRÜNE]: Wollen Sie eigentlich auf seinem Schoß sitzen, oder was?)

Besser fänden wir es, wenn unsere Programme wirklich umgesetzt und verwirklicht würden.

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Doch "mit dem grünen Mühlstein um den Hals" in einem psychologisch katastrophalen Wirtschaftsklima in Nordrhein-Westfalen und angesichts leerer Finanzkassen ist es kein Wunder, daß sich der Wirtschaftsminister schwertut, unsere Programme umzusetzen, sie zu verwirklichen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Wollen Sie jetzt bei Herrn Clement auf dem Schoß sitzen?)

Meine Damen und Herren, die Entdeckung des Mittelstandes und der Zukunftsindustrien kommt praktisch zu spät.

Ich möchte Ihnen vorhalten, was sogar im WDR, und zwar von Christa Cloppenburg zu dem Thema "Fazit nach 30 Jahren Regierungsverantwortung der Sozialdemokraten," gesagt wurde - ich zitiere -:

"Der Saldo bei den Arbeitsplätzen ist negativ, das Land wirkt behäbig, was es sich schon allein mit Blick auf den Schuldenberg nicht leisten kann. Doch da ist wenig zu spüren von Jugend, Dynamik und Aufbruch. Hier ist zu viel zu lange immer schon so gemacht worden. Ein Blick auf das nordrhein-westfälische Wappen mit den heraldischen Symbolen Rhein, Roß und Rose für die drei Landesteile zeigt: Der Fluß wirkt ein bißchen träge, das westfälische Pferd ist in der Pose verharret, und die lippische Rose dürfte kräftiger blühen."

(B)

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU)

Statt einmal ernsthaft über die sinnvollen Haushaltsvorschläge, die neuen Ideen und Anregungen der CDU nachzudenken, hat die SPD aus purer Machtarroganz alles, was von der CDU kam, stets abgelehnt. Ich erinnere an unsere über 200 Anträge zum Haushalt, die wir in früheren Jahren vorgetragen haben.

(Roland Appel [GRÜNE]: Haben Sie es gemacht oder nicht?)

Ich erinnere an unsere 14-seitige Vorlage zur zweiten Lesung dieses Haushaltes. Alles einfach abgebügelt, meine Damen und Herren!

Es rächt sich, daß Sie sich so verhalten haben. Zu spät versucht Wirtschaftsminister Clement heute, unsere Ideen zu verwirklichen. Das hätten wir alles viel, viel früher haben können.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Alternativen liegen klar auf der Hand. Wir haben sie Ihnen in unterschiedlichsten Anträgen vorgetragen. (C)

(Roland Appel [GRÜNE]: Wo denn?)

Ich möchte davon nur einige Punkte hier noch einmal wiederholen.

Ich glaube, es wäre richtig - da bewegen wir uns zunächst einmal auf bundespolitischem Terrain -, würden wir ein klares Ja zur Steuerreform zum 1. Januar 1999 sagen. Denn die Lasten müssen drastisch abgebaut werden. Die Investitionen müssen begünstigt anstatt der Export von Arbeitsplätzen beschleunigt werden. Im Mittelpunkt dieser Steuerreform steht die Reduzierung der Steuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Wir stellen uns einen Spitzensteuersatz von unter 40 % vor, weil wir glauben, daß ein solcher Satz eine umfassende Reform mit positiven Auswirkungen auf Körperschaftssteuer, auf Kapitalertragssteuer und auf Zinsertragssteuer ermöglicht. Der Eingangssteuersatz sollte um die 20 % betragen. Und die Steuerreform muß für den Bürger durchschaubar und beschäftigungsfördernd sein.

Es war richtig, daß wir uns in den letzten Tagen - so in der zweiten Lesung bei Beratung des Etats 20 am Donnerstag abend - auch darüber unterhalten haben, daß bei uns die Sozialversicherungsbeiträge zu hoch geworden sind und es unser Ziel sein muß, Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 % zu senken. (D)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kollege Dr. Linssen, würden Sie eine Frage von Herrn Dr. Bajohr zulassen?

Dr. Helmut Linssen (CDU): Ich würde jetzt sehr gerne im Zusammenhang vortragen. In der zweiten Runde können wir das alles wunderschön machen.

Präsident Ulrich Schmidt: Das gilt also generell?

Dr. Helmut Linssen (CDU): Ja, das gilt generell. - Durch die Herausnahme der versicherungsfremden Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen läßt sich eine rasche und auch deutliche Senkung der Lohnnebenkosten erreichen. Dies

(Dr. Linssen [CDU])

(A) führt zu einer Entlastung der Arbeitnehmer und auch der Unternehmen. Ich habe - wie Sie sich erinnern können - schon zu einem recht frühen Zeitpunkt erklärt, daß dafür sicherlich auch die Mehrwertsteuer erhöht werden könnte. Zuvor aber müssen alle Sparpotentiale bei den Sozialversicherungen ausgeschöpft werden. Und das ist ein Punkt, bei dem sich die SPD bisher verweigert.

Wir haben hier über Kuren debattiert. Es geht nicht an, daß am Abend vorher vom Wirtschaftsminister als Petitum vorgetragen wird: "Wir möchten gerne, daß die sozialen Zusatzkosten reduziert werden!", sich die SPD aber, wenn am nächsten Morgen Sparansätze diskutiert werden, verweigert. So geht es nicht!

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns sicherlich mit dem Wirtschaftsminister einig, daß wir eine Vielzahl neuer Betriebe brauchen, daß wir Existenzgründungen brauchen, weil bei diesen Existenzgründungen bereits in der Anfangsphase pro Existenzgründer drei bis vier Arbeitsplätze zu Buche schlagen.

Aber - insofern möchte ich die Grünen ansprechen - Arbeitsplätze sind mit Technikfeindlichkeit weder zu sichern noch zu schaffen. Statt mit neuem Denken voranzugehen, verkünden die GRÜNEN seit zwei Jahrzehnten die Grenzen des Wachstums. Ich habe den Eindruck, als wären sie wirklich auf dem Stand der 70er Jahre stehen geblieben. Allerdings klammern sie sich natürlich im eigenen Interesse an alle Segnungen des Wohlfahrtsstaates. Das gehört zur vollen Wahrheit.

(B) Meine Damen und Herren, schöne Worte verlieren, über Lösungen diskutieren, das kann nun jeder. Aber diskutieren heißt noch nicht lösen. Doch genau darauf kommt es jetzt an. Es nützt den Menschen nämlich sehr wenig, herumzupalavern, was eigentlich getan werden müßte. Wenn es nicht getan wird, bleibt alles so, wie es ist. Und genau diese Gefahr besteht in Nordrhein-Westfalen! Wenn nach wie vor die GRÜNEN und - in dem Bereich Gentechnologie geringer werdende - Teile der SPD neue Technologien in Frage stellen, dann darf man sich nicht wundern, wenn Investoren einen großen Bogen um Nordrhein-Westfalen machen.

(Beifall bei der CDU)

(C) Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Stärkung der Wirtschaftskraft, denen sich diese rot-grüne Koalition zumindest auf dem Papier verschrieben hat, setzen zuallererst die Schaffung eines in vielerlei Hinsicht investitionsfreundlichen Klimas voraus. Es muß sich herumsprechen: "Du mußt nach Nordrhein-Westfalen kommen, dort bekommst du deine Genehmigung am schnellsten, da sind wir technikoffen, und da möchten wir etwas für Investoren und Leute, die Arbeit organisieren, tun!"

(Beifall bei der CDU)

Dazu ist eben generelle Technikoffenheit genauso erforderlich wie Erhalt und Ausbau der Infrastruktur und die notwendige politische und finanzielle Unterstützung eines Einstiegs in neue Technologien.

Ich möchte gerne das Beispiel der BioRegio Rheinland nehmen. Allein in dieser Region bieten Firmen heute schon allein auf diesem Sektor 3 500 Arbeitsplätze an. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze kann jedoch in Zukunft auch in diesem Bereich nur gelingen, wenn die Investoren sicher sein können, daß ihre Aktivitäten auch von der Landesregierung insgesamt unterstützt werden.

(Beifall bei der CDU)

(D) Die Regio Rheinland gehört ja nun zu den Gewinnern des BioRegio-Wettbewerbs der Bundesregierung. Auch mit Hilfe der damit verbundenen finanziellen Förderung können wir meines Erachtens neue Technologien in diesem Bereich weiter vorantreiben und auch den Strukturwandel beschleunigen. Das ist eine einmalige Chance für unser Bundesland!

Aber man kann doch mit Recht bezweifeln, ob die Landesregierung die Förderung der Bio- und Gentechnologie einhellig unterstützt. Denn zum Gewinn des BioRegio-Wettbewerbs erklärte die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wörtlich: "Das wird viele freuen, uns aber nicht." - Ja, meine Damen und Herren, was wollen Sie denn mit solch einem Koalitionspartner in einer Regierung überhaupt anfangen?

(Beifall bei der CDU)

Während der Wirtschaftsminister durch das Land reist, die Vorteile der Bio- und Gentechnologie preist und ihr jede nur mögliche Förderung zu-

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) sagt, weigern sich die GRÜNEN im Landtag trotz mehrmaliger Aufforderung, sich von jenen unbekanntem Fanatikern zu distanzieren, die Freilandversuche systematisch zerstören.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die triste Wirklichkeit in unserem Lande! Der eine Koalitionspartner sagt "hü", der andere sagt "hott". Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie werden Gelegenheit haben, heute auch zu diesem Punkt noch etwas zu erklären. Wenn Sie es nicht erklären wollen, werden wir Ihnen sicherlich im Anschluß an diese dritte Lesung Gelegenheit dazu geben.

Man könnte weiter fast jedes beliebige Beispiel nennen: Sie können die Wirtschaftsförderung nehmen, Sie können die Verkehrspolitik nehmen, Sie können die Energiepolitik nehmen, Sie können den Bürokratieabbau nehmen. Es gibt fast kein Thema, bei dem sich diese Koalitionsfraktionen einig sind. Und solange sich diese Koalitionsfraktionen nicht einig sind, meine Damen und Herren, wohin die wirtschaftspolitische Reise gehen soll, so lange werden wir Stillstand haben - mit katastrophalen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt,

(Beifall bei der CDU)

- (B) für die gesellschaftliche, für die finanzpolitische und für die wirtschaftspolitische Entwicklung in diesem Land.

Wir haben allein im nordrhein-westfälischen Handwerk eine Selbständigenlücke von rund 23 000 Betrieben, in denen, wenn sie lange genug dabei wären, rund 180 000 Mitarbeiter zusätzlich beschäftigt werden könnten. Wir alle wissen: Mittelstand und Handwerk sind die Werkstatt für Arbeitsplätze. Im Bundesvergleich schneidet Nordrhein-Westfalen beschämend schlecht ab; denn nur im Stadtstaat Bremen, in Rheinland-Pfalz und in Mecklenburg-Vorpommern gibt es pro 1 000 Einwohner noch weniger Handwerksbetriebe als in Nordrhein-Westfalen!

Wir brauchen, meine Damen und Herren, eine wahre Gründerwelle, eine neue Kultur der Selbständigkeit. Unternehmerisches Handeln muß hierzulande die ihm zustehende gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

(Beifall bei der CDU)

Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn für 20 000 Handwerksbetriebe in Nordrhein-Westfa-

len bereits heute feststeht, daß es in der Familie keinen Nachfolger geben wird. Entweder gibt es in der Familie keinen Nachwuchs, oder aber die Kinder haben kein Interesse, den Betrieb zu übernehmen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Sind wir daran jetzt auch schuld?)

- Hören Sie doch einmal zu! Sie müssen nicht immer so schnell vorlaut plappern, Herr Appel! Das ist Ihr altes Dilemma.

(Beifall bei der CDU)

Als wichtigste Ursachen für die fehlende Bereitschaft der Kinder zur Selbständigkeit in elterlichen Handwerksunternehmen werden von den Jugendlichen laut Umfrage genannt: die hohe Arbeitsbelastung eines selbständigen Handwerksmeisters und das gegenüber angestellten Arbeitnehmern höhere Risiko sowie die geringere soziale Sicherheit.

In dieser Einstellung, meine Damen und Herren, spiegeln sich die Muster unseres Bildungswesens wider:

(Roland Appel [GRÜNE]: Wie bitte?)

Es erzieht viel zu sehr zum Sicherheitsdenken und zu wenig zu unternehmerischem Wagemut.

(Lachen des Roland Appel [GRÜNE])

Die Tatsache, daß gut 40 % aller berufstätigen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst arbeiten, illustriert dieses Denken.

(Beifall bei der CDU)

Selbständigkeit muß wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten!

Wenn wir Wesentliches verändern wollen, dann müssen wir nach meiner Überzeugung hier stärker in die geistige Auseinandersetzung gehen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Fangen Sie doch einmal damit an!)

Alle Probleme, die wir haben, haben ihren Hintergrund in Einstellungen und Verhaltensweisen. Das zentrale Thema sind die Rolle und das Ausmaß der vorrangigen Eigenverantwortung des einzelnen.

Der Trend zur Betreuung, zur Staatsfürsorge, der Trend, zwar Freiheit im Sinne der Selbstverwirklichung in Anspruch zu nehmen, aber nicht Eigen-

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

(A) verantwortung zu übernehmen, das ist meines Erachtens der Grund für viele Fehlentwicklungen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Deswegen baut Herr Kohl die Sozialleistungen ab!)

Dies gipfelt in der Aussage, die man ja auch bei Ihnen von den GRÜNEN sehr oft hören kann: "An allem ist die Gesellschaft schuld." Dies gipfelt aber auch in dem Bild des Unternehmers, der in den Schulbüchern und in den Köpfen vieler Lehrer leider immer noch grundsätzlich ein Kapitalist ist, der dicke Havannas raucht.

(Roland Appel [GRÜNE]: Und jetzt machen Sie sich bei Herrn Kirchhoff beliebt!)

Diesem Bildungsniveau entsprachen dann ja auch die T-Shirt-Aufdrucke, mit denen die Jusos für die Ausbildungsabgabe auf dem Kölner SPD-Sonderparteitag warben; wörtlich war zu lesen: "Wer nicht ausbildet, wird umgelegt."

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! In dem Schlüsselbegriff "Kultur der Selbständigkeit" steckt nicht nur Selbständigkeit in der Wirtschaft und stecken auch nicht nur selbständige Existenzen. Kultur der Selbständigkeit beginnt in der Erziehung. Es muß als Erziehungsprinzip klar sein,

(B) (Roland Appel [GRÜNE]: Bei Ihnen aber nicht!)

den Kindern zu vermitteln, einzustehen für eigenes Verhalten, Eigenverantwortung zu übernehmen im Rahmen des Möglichen, nicht zu glauben, an Problemen seien immer die anderen und die Gesellschaft schuld.

Eine Kultur der Selbständigkeit ist auch - meine Damen und Herren, das muß man sagen - mit unbequemen Konsequenzen verbunden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Reden Sie doch einmal wieder zum Haushalt!)

Wenn wir das zu Ende denken, müssen wir uns natürlich fragen: Fördern wir in unserem Erziehungs- und Bildungssystem diese Eigenschaften ausreichend, oder sind wir vielleicht zu sehr auf Wissensvermittlung fixiert? Kommt diese Lebenstüchtigkeit ausreichend und genug vor in unserem Erziehungs- und Bildungssystem im Sinne einer Kultur der Selbständigkeit, Kultur der Selbständigkeit im Verhalten des Staatsbürgers, im Sinne von Eigenverantwortung?

Oder, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, sollte man in Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern nicht auch die Ausbildung mit einem "social learning" verbinden, mit einem sozialen Lernen wie in den USA, wo das Studium mit Arbeit in der Gemeinde verbunden wird? Mittlerweile sind bei einem Drittel der US-Hochschulen die Lehrpläne auf dieses soziale Lernen abgestellt.

(Roland Appel [GRÜNE]: In der DDR hieß das "Subotnik"!)

Studenten der Kommunikationswissenschaften in Stanford diskutieren mit Grundschulern über Gewalt im Fernsehen. Künftige Englischlehrer der Universität Denver unterrichten Flüchtlinge in Englisch, und BWL-Studenten am Bentley-College in Massachusetts helfen Alten bei der Steuererklärung.

Ich plädiere an dieser Stelle für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für junge Männer. Wenn wir uns darin einig sind, die Wehrpflicht zu behalten, dann müssen wir durch eine Ausweitung der Dienstpflicht in anderen Bereichen für mehr Gerechtigkeit sorgen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(D) Die Tatsache, daß immer noch jeder sechste Wehrpflichtige weder Wehr- noch Zivildienst leistet,

(Ingrid Fitzek [GRÜNE]: Was hat das denn mit dem Landeshaushalt zu tun?)

wirkt sich nachteilig auf die Solidarität unserer Gesellschaft aus. Eine allgemeine Dienstpflicht gibt jungen Männern die Möglichkeit, sich entweder für den Wehrdienst zu entscheiden oder einen Einsatz im sozialen Bereich, im Umweltschutz oder in der Entwicklungshilfe zu wählen.

Nach meiner Meinung sollten alle Dienste auch Frauen offenstehen, wenn sich diese freiwillig dazu melden. Ich halte dies für einen wichtigen Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit und zu sozialem Verantwortungsbewußtsein.

(Manfred Böcker [SPD]: Dann aber mal los!)

Meine Damen und Herren, Freiheit bedeutet, eigenverantwortlich zu handeln. Wie das geschieht, das entscheiden die Normen, nach denen wir leben. Freiheit, die sich einer verpflichtenden Norm nicht entzieht, sondern sie aner-

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) kennt und praktiziert, ist die Voraussetzung von Verantwortung, und diese wird immer noch am besten in einer intakten Familie gelehrt; nur so sind Werte vermittelbar.

(Beifall bei der CDU)

Der Staat baut sich von der Familie aus auf. Dort muß Verantwortung für kleine Gruppen in Kirchen, Sportvereinen, Gemeinden, Parteien und Gewerkschaften geprägt werden.

Geborgenheit und Heimatverwurzelung, Erneuerungsbereitschaft und Weltoffenheit, dies alles zusammen bildet die Grundlage einer modernen Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Dazu gehört das Ja zu Familie und zu Kindern, das Ja zu Elternrecht auf Erziehung und zu erzieherischen Verpflichtungen der Schulen und auch der Hochschulen. Dazu gehören das Ja zu Leistung und Wettbewerb, nicht nur in der Wirtschaft, sondern vor allem auch im öffentlichen Dienst und im Hochschulwesen, das Ja zu Rechtsbewußtsein und zu anderen Charaktertugenden, die erst den wirklich freien Menschen ausmachen. Dazu gehören auch Respekt und Dank vor den Lebensleistungen der älteren Menschen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Die Verantwortung von Tarifparteien, Unternehmern und Arbeitnehmern, von Verbänden und Medien, von Steuerzahlern und Konsumenten, von Kirchen und Erziehern - um nur diese zu nennen - muß eingefordert werden. Wir alle, meine Damen und Herren, müssen Vorbild sein - auch im Parlament, wenn gelingen soll, was bisher noch nicht in ausreichendem Maße gelungen ist, nämlich alle Kräfte so zu aktivieren, daß sie nicht gegeneinander, sondern miteinander die Zukunft Nordrhein-Westfalens sichern.

(Ingrid Fitzek [GRÜNE]: Das ist wie eine Neujahrsansprache! - Beifall bei den GRÜNEN - Mißfallensäußerungen bei der CDU)

- Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, bei Ihrem Geschrei kann ich langsam verstehen, warum Vera Lengsfeld und sechs andere Bürgerrechtler in die CDU eingetreten sind.

(Beifall bei der CDU - Ministerin Bärbel Höhn: Mit denen kriegt ihr noch euren Spaß! - Zurufe bei den GRÜNEN)

- (C) Sie beweisen ein derartiges Maß an geistiger Intoleranz, daß ich nur zu gut verstehen kann, daß diese Menschen bei Ihnen ausgetreten sind.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: "Neujahrsansprache" ist eine sehr tolerante Kritik!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir gemeinsam überlegen, wie wir diesen Standort Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähiger machen, dann gehört sicherlich auch die Überzeugung dazu, daß wir ein anderes Lohnkostenbewußtsein bekommen müssen, das unsere Unternehmen für den internationalen Wettbewerb fit macht. Hier sind zu allererst die Tarifparteien gefordert. Wir alle müssen erkennen, daß die Verteilungsspielräume aus den fetten Jahren vorbei sind.

Herr Ministerpräsident, Ihr Vorgänger hat einmal ein sehr kluges Wort geprägt. Er hat in einer ganz bestimmten Situation gesagt: Das Halten des Erreichten ist das Maximum des Erreichbaren. Ich glaube, daß wir dies ins Bewußtsein rücken müssen und dieses Verantwortungsbewußtsein auch bei den Tarifpartnern da sein muß.

Daß wir in Zukunft mit unseren Reallohnsteigerungen eine Zeitlang hinter der Entwicklung der Produktivität herhinken müssen, wenn wieder verstärkt investiert werden soll, gehört zu dem Punkt "Ehrlichkeit", den wir uns gegenseitig schuldig sind.

Die Tarifpolitik muß flexibler werden und regionale und auch branchenspezifische und unternehmensspezifische Anliegen sehr viel stärker in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Meine Damen und Herren, wir müssen von einer Tarifpolitik Abschied nehmen, die neben materiellen und arbeitszeitlichen Regelungen eine Fülle von Sonderansprüchen zentral regelt. Ich glaube, daß wir zu Mindestvereinbarungen der Tarifpartner zurückkommen müssen, denn es ist eine ganz klare Tatsache: Löhne, die nie im Rhythmus der Konjunktur atmen, schrauben die Arbeitslosenzahlen unweigerlich empor.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sollten wir uns alle die Vorschläge der Deregulierungskommission ansehen, die die Vorstellung von gesetzlichen Öffnungsklauseln entwickelt hat, die es den Betrieben in Abänderung bestehender gesetzlicher Regelungen des Tarifvertragsrechts und des Betriebsverfassungsgesetzes in Notfällen - in Notfällen, meine Damen und

(C)

(D)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Herren - auch gestattet, die vorgegebenen tariflichen Löhne im Einvernehmen mit dem Betriebsrat zu unterschreiten. Die Tarifpolitik muß sicherlich stärker in die sachnähere Kompetenz des Betriebes verlagert werden.

Es gilt, in einem allmählichen Prozeß zu echten tariflichen Mindestlöhnen zurückzukehren. Das wird nur möglich sein, wenn von Betrieb zu Betrieb ein unterschiedlicher Zusatzlohn ernsthaft von beiden Seiten gewollt wird. Hier ist Vernunft, hier ist auch Kreativität von allen Seiten gefordert. Die jüngsten Tarifvereinbarungen zeigen sehr deutlich, daß die Zeichen der Zeit offenbar langsam, aber sicher verstanden werden. Die Politik sollte aber nicht immer Nachreiter, sondern Vorreiter einer solchen Situation sein. Das müssen sich die Herren und Damen Minister sagen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß der Wirtschaftsminister recht hatte, wenn er gefordert hat, daß wir niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose anbieten müssen, wir diese mit Weiterbildungsmaßnahmen verbinden müssen und diese Einstiegstarife natürlich merklich über der Sozialhilfe liegen müssen. Hierzu sind Zuschüsse aus Steuern oder Sozialbeiträgen erforderlich. Wenn wir das vortragen, ist das nichts Besonderes, aber wenn das ein Minister der SPD vorträgt, dann wird das schon bemerkt, weil es von der Generallinie der Partei und von dem, was noch weite Teile der Gewerkschaften denken, abweicht.

(B)

Aber eines gilt, meine Damen und Herren, Tarifparteien dürfen nicht nur an diejenigen denken, die bei ihnen organisiert sind, sondern sie müssen an die Arbeitslosen denken.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen gerade diejenigen nicht ihrem Schicksal überlassen, die mit dem Tempo und den Ansprüchen einer hochentwickelten Informationsgesellschaft nicht mithalten können. Wenn wir uns über Instrumente unterhalten, wie wir denn dieses Krebsgeschwür Arbeitslosigkeit vielleicht in den Griff bekommen, dann muß man meiner Meinung nach nicht nur über flexiblere Bezahlung, sondern auch über flexiblere Arbeitszeiten sprechen. Dann muß man noch einmal daran erinnern, daß wir in der Bundesrepublik eben nur 14,5 % Teilzeitarbeitsplätze, in Nordrhein-Westfalen sogar nur 10 % Teilzeitarbeitsplätze haben,

daß wir in Holland 33 % haben und daß nach flexibler Teilzeitarbeit eine enorme Nachfrage besteht. (C)

Das sind, aus Studien abgeleitet, wenn man sich die Unternehmersicht anguckt, 60 %, wenn man sich die Arbeitnehmersicht anguckt, rund 38 % aller Arbeitsplätze. Unter dem Strich haben wir bundesweit ein Potential von 1,5 Millionen zusätzlichen Vollarbeitsplätzen, wenn wir diese Methoden anwenden würden.

Ich denke, daß wir besonders Frauen, die Beruf und Kinderwunsch vereinbaren wollen, damit einen großen Gefallen täten. Älteren Arbeitnehmern kann man natürlich auch mit Teilzeitarbeit einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Deshalb sollten wir alle dieses Projekt von Norbert Blüm vehement unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nun scheitern solche Ideen häufig an einer starren Front von Betriebsräten und mittlerem Management. Ich denke, auch Sie können manchmal nicht verstehen, warum sich Gewerkschaften und Unternehmen so lange solchen Überlegungen entgegengestellt haben.

Meine Damen und Herren! Aber auch im öffentlichen Dienst - da sind wir beim unmittelbaren Bereich der Landespolitik - sollte die Arbeitszeit durch den Abschied von starren Wochenarbeitszeiten und die Einführung von Jahresarbeitszeitkonten flexibler und arbeitnehmerfreundlicher gestaltet werden. Ich halte es nach wie vor wegen der prekären Haushaltslage im Land für erforderlich, daß wir zur Regelarbeitszeit von 40 Stunden zurückkehren. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Diese 40-Stunden-Woche für Beamte ist in Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein eingeführt worden. Sie ist praktisch durch den Entlaß der Schulministerin auch für die Lehrer bei uns schon eingeführt worden. Das muß man sehr klar sehen.

Ich denke mir, daß wir durch eine solche Maßnahme eine spürbare Entlastung für die Polizei, die Justiz, die Steuerverwaltung, vor allem für die Bereiche, in denen wir dringend Bedarf haben, zum Beispiel um eine bessere Steuerprüfung zu gewährleisten, schaffen könnten. Für den einzelnen Beamten bedeutet dies eine Mehrarbeit von 4 % der bisherigen Arbeitszeit. Bei

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) 225 000 Beamten in Nordrhein-Westfalen machen diese 4 % rein rechnerisch 10 200 Planstellen aus.

Deshalb, meine ich, sollte im Rahmen der nächsten Tarifvereinbarungen angestrebt werden, auch für Angestellte und Arbeiter neben einer weitergehenden Arbeitszeitflexibilisierung die 40-Stunden-Woche im Landesdienst Nordrhein-Westfalen wieder einzuführen. Die Politik muß ihren Gestaltungsspielraum da nutzen, wo sie kann. Sie muß da handeln, wo sie kann.

Herr Finanzminister! Sie sind Mitgestalter in diesem Bereich. Ich denke, daß Sie da aktiv werden müssen.

Nun kann der Staat die benötigten Arbeitsplätze nicht selber schaffen, aber er kann, ja er muß die Rahmenbedingungen dafür setzen. Meine Damen und Herren! Wenn man sich diese schlichte Wahrheit einmal vor Augen führt, dann ist es schier unbegreiflich, daß die SPD-geführte Landesregierung in ihrem Haushalt die Investitionsquote von 26 % im Jahre 1966 über 21 % im Jahre 1979 auf mittlerweile gut 10 % abgesenkt hat.

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

- (B) Jeder verantwortliche Politiker weiß: Weniger Investitionen bedeuten noch mehr Arbeitslose, noch weniger Steuereinnahmen und gleichzeitig noch mehr Sozialleistungen, also ein dreifaches Minus, meine Damen und Herren.

Die Schiefelage unserer Investitionsquote im Verhältnis zu anderen Ländern - es wird immer auf Bonn und auf andere Länder geschickt - wird deutlich, wenn man bedenkt, daß Bayern das Doppelte investiert und selbst die durchschnittlichen Investitionsausgaben aller Länder um 50 % über dem NRW-Wert liegen.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Mit dieser bankrotten Finanzpolitik, Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, haben Sie der Politik praktisch alle Gestaltungsspielräume genommen, haben Sie der Zukunftsfähigkeit dieses Landes schweren Schaden zugefügt!

(Beifall bei der CDU)

Finanzielle Spielräume zur Zukunftsgestaltung sind in diesem Land praktisch nicht vorhanden. Dieses erbärmliche Gezeter um die 70 Millionen

bei einem 90 Milliarden DM Haushalt macht überdeutlich, wie sehr Sie sich alle Spielräume genommen haben. (C)

(Beifall bei der CDU)

Mit der Devise des Ministerpräsidenten vom Essener Parteitag 1982 - es geht ja nichts über ein gutes Archiv; er hat wörtlich gesagt -: "Schulden von heute sind die Steuerkraft von morgen" war und ist keine seriöse Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu machen. Heute sitzt das Land auf diesen Schulden, von denen er damals gesprochen hat, daß sie die Steuerkraft von morgen wären, und trauert der Steuerkraft von gestern nach.

(Beifall bei der CDU)

Die steigenden Zinsausgaben - mittlerweile sind es 8,6 Milliarden DM pro Jahr - schnüren dem Land buchstäblich die Luft ab - und nicht nur dem Land, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern, die durch mangelnde Investitionen ihren Arbeitsplatz verlieren. So deutlich muß man das machen, was die Investitionsquote dieses Landes angeht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Allein in den letzten vier Jahren sind uns in Nordrhein-Westfalen 460 000 Arbeitsplätze in der Industrie weggebrochen. Der in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftete Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist seit 1975 um 3,4 % auf mittlerweile weniger als 25 % geschrumpft. Dies bedeutet ein Minus an Steuereinnahmen von rund 8 Milliarden DM. Wenn Sie die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre einmal hochrechnen, fehlen dem Land alleine durch dieses mangelnde Wachstum in Nordrhein-Westfalen aufgrund der gescheiterten Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung rund 80 Milliarden DM in der Kasse. (D)

(Beifall bei der CDU)

Nun müssen wir Legendenbildungen vorbeugen. Herr Finanzminister, ich weiß schon, wie Sie sehr wahrscheinlich antworten werden: Das liegt ja alles am bösen Bund. Das kennen wir ja. Diese Melodie können Sie offensichtlich schon im Schlaf singen. Deshalb muß man klar sagen: Der Grund für diese Finanzkrise ist eben nicht in der Steuerpolitik des Bundes zu suchen, sondern sie ist hausgemacht.

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Der Anteil der Länder am Gesamtsteueraufkommen hat sich zwischen 1991 und 1996 um 19 % erhöht, während der Anteil des Bundes um fast 12 % und der Anteil der Gemeinden um 8,6 % zurückgegangen ist. Dies hatte zur Folge, daß Länder - jetzt hören Sie gut zu, Herr Finanzminister - wie Bayern und Baden-Württemberg ihre Neuverschuldung drastisch zurückgeführt haben.

Sie wissen ganz genau, daß z. B. entgegen Ihrer Position Baden-Württemberg im Moment die Konsequenz aus der schlechten Steuerschätzung vom November zieht. 650 Millionen DM muß Baden-Württemberg einsparen. Bei uns sind die Steuerausfälle mit über 1 Milliarde DM prognostiziert. Ich darf noch einmal daran erinnern, daß der Finanzminister dafür keine Vorsorge getroffen hat.

(Beifall bei der CDU - Minister Heinz Schleußer: Das ist falsch!)

Während Bayern und Baden-Württemberg die Neuverschuldung zurückgeführt haben, hat Nordrhein-Westfalen die in den letzten Jahren erfolgte Besserung der Einnahmesituation zur Fortführung der konsumorientierten Ausgabenpolitik mißbraucht.

(B) Versprochen hat der Finanzminister eine Senkung der Neuverschuldung, herausgekommen ist eine Erhöhung um 1,6 Milliarden DM. Sie sparen nicht, Herr Finanzminister. Sie hantieren mit falschen Zahlen. Der vorgelegte Haushalt ist nicht nur unseriös, sondern auch verfassungswidrig.

(Beifall bei der CDU)

Da klingt es fast wie Hohn, wenn Sie, Herr Kollege Matthiesen, am 23. Oktober 1996 in einem Interview mit dem "Deutschen Wirtschaftsblatt" - ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren - formulieren:

"Wir müssen die solide, berechenbare Konsolidierungspolitik fortsetzen. Über unsere Haushaltspolitik darf es keine Irritationen geben."

(Lothar Hegemann [CDU]: Wie wahr!)

Ich kann Sie beruhigen, Herr Matthiesen: Irritationen wird es darüber überhaupt nicht geben. Mittlerweile wissen nämlich alle Bürgerinnen und Bürger ebenso wie alle Unternehmen, daß allein die SPD für diesen finanz- und wirtschaftspolitischen Scherbenhaufen verantwortlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Man muß sagen, daß die GRÜNEN zum zweiten Mal kräftig mithelfen; denn das ist der zweite Haushalt, den diese Koalition vorlegt. (C)

Wenn in diesem Zusammenhang Schulministerin Behler in ihrem bemerkenswerten Diskussionspapier um die Zukunftssorgen der Landes-SPD - es ist immer gut, wenn man so etwas auch einmal liest - von erheblichen Modernisierungsdefiziten ihrer Partei spricht, hat sie recht. Wo sie recht hat, hat sie recht. Ihre Analyse ist so zutreffend und präzise, daß ich sie Ihnen auch hier nicht vorenthalten möchte. Deshalb darf ich zitieren, was Frau Behler wörtlich schreibt:

(Ministerin Gabriele Behler: Das sollten Sie öfter tun!)

"Die Zweifel an ihrer"

- damit ist die SPD gemeint -

"Fähigkeit, Zukunft zu gestalten und dafür tragfähige Konzepte zu entwickeln, wachsen ebenso wie die Zweifel an ihrer Fähigkeit, unter tiefgreifend veränderten Rahmenbedingungen soziale Sicherheit zu gewährleisten."

Frau Behler schreibt weiter:

"Dazu trägt bei, daß in der Sozialdemokratie nur noch Politikkonzepte virulent sind, die auf staatsinterventionistische Maßnahmen setzen, auf zentralstaatlich organisierte große Systeme, auf 'Füllhornsozialismus'." (D)

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Noch einmal Originalton Behler:

"In Zeiten anhaltender Massenarbeitslosigkeit mit sich weiter verschärfendem internationalem Wettbewerb"

(Zuruf von der CDU: Die sinkt gleich unter den Tisch!)

"wird von der SPD zuallererst wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Kompetenz erwartet. Die Partei erfüllt diese Erwartungen aber nur unzureichend, das Zutrauen in ihre Handlungsfähigkeit bleibt gering."

(Beifall bei der CDU)

Damit haben Sie, Frau Behler, ein fast schon zu optimistisches Bild beschrieben. Die Erwartungen werden nicht einmal unzureichend erfüllt, sie werden überhaupt nicht erfüllt. Denn die rot-grüne Koalition hat es bisher nicht geschafft, für die immer wieder - das muß man fairerweise sagen -

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) auch von den Herren Matthiesen und Clement geforderten klaren Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Berechenbarkeit der SPD, geschweige ihrer grün durchsetzten Landespolitik, ist nicht gewährleistet. Ihr wortreiches Eintreten für den Mittelstand, für zukunftsweisende Technologien und für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bleibt ohne Substanz, solange diese beiden Herren einsame Rufer in der SPD-Wüste sind.

Die Unberechenbarkeit der SPD hat der jüngste Beschluß des Kölner SPD-Bundesparteitages zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe wieder einmal gezeigt.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das war eine starke Nummer!)

Jeder, der auch nur ein bißchen wirtschaftspolitischen Sachverstand hat, weiß, daß durch eine solche Ausbildungsplatzabgabe kein zusätzlicher Ausbildungsplatz geschaffen wird. Im Gegenteil: Das Handwerk wird sich verweigern, Großunternehmen werden sich künftig von der Ausbildung freikaufen, obendrein drohen neuer bürokratischer Wildwuchs und eine zusätzliche Belastung des Faktors Arbeit. Man darf in diesem Zusammenhang wirklich auch einmal an den offensichtlichen Mißerfolg der Schwerbehindertenabgabe erinnern, was zumindest den erzieherischen Effekt angeht.

(B)

In dem zwischen SPD-Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaft beschlossenen Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen, den wir als CDU ja begrüßt haben, wird für die nächsten fünf Jahre eine Ausbildungsplatzabgabe ausgeschlossen. Da der SPD-Parteitagsbeschluß aber kaum ohne die nordrhein-westfälischen Delegiertenstimmen zustande gekommen ist, muß man fragen, wieviel der Ausbildungskonsens überhaupt noch wert ist und was denn von der Durchsetzungskraft der Herren Rau, Clement und Matthiesen gehalten werden muß.

(Beifall bei der CDU - Zuruf Ute Koczy [GRÜNE]: Was ist mit der Zusage des Bundeskanzlers zum Lehrstellenangebot?)

Vor diesem Hintergrund frage ich mich: Wie lange haben Sie eigentlich noch in Ihrer Fraktion die Mehrheit für den Ausbildungskonsens?

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das lassen Sie einmal meine Sorge sein! - Heiterkeit bei der CDU)

- Sie können die Kraftmeierei gleich weiter betreiben, Herr Kollege Matthiesen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Die GRÜNEN sind doch sowieso dagegen, und man muß sich eigentlich gar nicht wundern, wenn sich die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen bei solchen Dissonanzen in der SPD und bei solchen Dissonanzen zwischen Rot und Grün ständig verunsichert fühlt. Auch dazu, meine Damen und Herren, haben Sie gleich Gelegenheit etwas zu sagen. Wenn Sie nichts sagen wollen, werden wir Ihnen Gelegenheit dazu geben, sich klar auszudrücken - auch heute zur dritten Lesung.

Ich darf zitieren und bitte um Ihre Aufmerksamkeit: "Die SPD weiß nicht, was sie will, und die GRÜNEN wissen es auch immer weniger.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Die einen haben kein Konzept, und die anderen verlieren ihre Prinzipien." Das schreibt der ansonsten der SPD ja nicht fern stehende Heribert Prantl in der "Süddeutschen Zeitung" vom 12. November 1996.

Wenn Sie das lesen - die einen haben kein Konzept, und die anderen verlieren ihre Prinzipien -, wissen Sie auch, warum Vera Lengsfeld und die sechs Bürgerrechtler nicht in die SPD, sondern in die CDU eingetreten sind.

(D)

(Beifall bei der CDU - Oh! bei der SPD)

Gerade in einer Zeit, in der neue Informations- und Kommunikationstechnologien weltwirtschaftliche Verflechtungen und die Globalisierung der Märkte vorantreiben, ist es unabdingbar, daß die Politik sich als verlässlicher, seriöser und kompetenter Partner und Ansprechpartner für die Wirtschaft erweist. Aber die rot-grüne Koalition vermeidet alles, um dieser Erwartung auch nur annähernd gerecht zu werden.

Der Wirtschaftsminister sagt: Infrastrukturförderung ist die beste Wirtschaftsförderung. Das ist in Ordnung. Aber Ihren Worten, Herr Minister, folgen doch keine Taten. Die Zahlen sprechen dagegen: In 1996 wurden die Mittel für den Ausbau der Landesstraßen auf 130 Millionen DM zusammengestrichen. Im Haushalt 1997 stehen auch wieder nur 135 Millionen DM zur Verfügung, 15 Millionen DM in der Ermächtigung. Das reicht gerade zur Deckung der laufenden Kosten.

(Dr. Linssen [CDU])

(A) Neue Projekte können wir bei diesem Etatvolumen vergessen.

(Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

Zum Vergleich: Mitte der 80er Jahre wurden noch 240 Millionen DM jährlich für den Landesstraßenbau ausgegeben. Noch deutlicher fällt dieser Vergleich aus, wenn wir den Gesamtbereich Infrastrukturförderung betrachten. Mitte der 80er Jahre wurde über eine Milliarde DM für die Infrastruktur ausgegeben, heute nur noch die Hälfte.

Herr Wirtschaftsminister, ich glaube, daß Sie das gerne möchten, aber die Taten dieser Koalition sind andere. Sie werden an Ihren Taten gemessen und nicht an Ihren Worten.

(Beifall bei der CDU)

Man kann es natürlich auch anders ausdrücken: Das ist Wirtschaftsförderung nach Clement-Art. Rot lockt, und Grün blockt!

(Beifall bei der CDU)

Der Wirtschaftsminister sagt, der Braunkohlentagebau Garzweiler II komme, es gebe Planungs- und es gebe auch Rechtssicherheit. Die Landtagsfraktion der GRÜNEN hat dann ganz schnell noch vor ein paar Tagen wieder beschlossen:

(B)

"Ziel bleibt die Verhinderung jedes Einstiegs in den Tagebau. Wenn das Kabinett sich im kommenden Jahr nach gerichtlicher und behördlicher Klärung für den Tagebau entscheiden sollte, verlassen die GRÜNEN die Regierung."

Das hat der energiepolitische Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Manfred Busch, gesagt.

(Zuruf von der CDU: Machen die aber nicht!)

Die Zwischenbilanz lautet also: Grün klagt, Rot vertagt! Auch dazu werden Sie Gelegenheit haben, heute etwas zu sagen. Wir müssen Ihnen ja auch ein bißchen Stoff geben, denn Sie können nicht nur mit der Lobpreisung dieses Haushalts beginnen, Herr Kollege Matthiesen. Ich denke, daß Sie zu all diesen Projekten sicherlich nachher etwas sagen können. Noch schöner wäre es natürlich, wenn es die Regierung sagen würde. Wir möchten es ja gerne von beiden Koalitionspartnern hören. Herr Ministerpräsident, ich bin gespannt!

Der Wirtschaftsminister sagt weiter zu Recht: Der Flughafen Düsseldorf, von dem nun schließlich 12 000 Arbeitsplätze am Flughafen selbst und 20 000 im Umfeld abhängen, (C)

(Beifall bei der CDU)

braucht eine internationale Start- und Landebahn, damit die Fluggesellschaften in den Pazifischen Raum vollgetankt fliegen können. Recht hat er.

(Beifall bei der CDU)

Was erklärt die Fraktionschefin der GRÜNEN, Frau Nacken? Die erklärt, die Notwendigkeit für einen solchen Ausbau in Düsseldorf sehe sie nicht. Wieder sagt der eine Hü, der andere Hott. Auch dazu werden Sie Gelegenheit haben, heute hier bei der dritten Lesung etwas zu sagen. Wir haben ja die Generalausprache, nicht Klein-Klein-Fieselei, einige Millionen von rechts nach links verschieben, sondern zu den Grundsätzen der Politik wird hier gesprochen.

(Beifall bei der CDU)

Auch Ihrem Anspruch, Herr Minister Clement, jungen Existenzgründern mit Risikokapital auf die Beine zu helfen - die Absicht ist gut -, werden Sie in Zahlen nicht gerecht. Im 97er Haushalt planen Sie ganze 9 Millionen DM ein, und das bei einem Gesamthaushalt von 90 Milliarden DM. Wenn man sich als Vergleich die Stadt Dortmund ansieht, stellt sie, die nun auch in großen finanziellen Schwierigkeiten ist, 12 Millionen DM für Risikokapital zur Verfügung. Wir haben 9 Millionen DM Risikokapital, das mit einem Werbeaufwand von 5 Millionen DM unter die Leute gebracht wird - 9 Millionen DM, 5 Millionen DM. Meine Damen und Herren, das ist eine Mogelpackung sondergleichen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Auch das nenne ich Wirtschaftsförderung nach Clement-Art: Hochglanz ohne nennenswerten Inhalt.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen setzt zum einen voraus, daß die steuerliche Belastung der Unternehmen insgesamt verringert und die Lohnnebenkosten reduziert werden. Entscheidend für den Erfolg der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist letztlich, daß auch die Lohnstückkosten auf ein wettbewerbsfähiges Maß beschränkt werden.

Darüber hinaus dürfen wir die Energiekosten auch nicht aus den Augen verlieren. Gerade wir in

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Nordrhein-Westfalen haben eine Reihe von Schwerpunktstandorten der energieintensiven Grundstoffindustrie, die wir nicht weiter gefährden dürfen. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, schreiben Sie sich das doch endlich hinter die Ohren. Sie müssen hin und wieder auch nicht nur an die Arbeitsplätze, die irgendwo bei einem neuen regenerativen Unternehmen geschaffen werden, denken, sondern an alle Arbeitsplätze, die auf preiswerte Energie angewiesen sind, weil sie sonst aus dem Wettbewerb katapultiert werden.

(Beifall bei der CDU)

In Sachen Energiekosten, Herr Wirtschaftsminister - das kann ich Ihnen auch nicht ersparen -, spielen Sie eine absolut schillernde Rolle. Am 21. April 1996 erklären Sie: "Eine Öko-Steuer, die den CO₂-Ausstoß oder den Energieverbrauch gesondert besteuert, ist für die energieintensive Industrie nicht akzeptabel." Kaum drei Wochen später vollzieht der Wirtschaftsminister in der Plenardebatte vom 9. Mai eine überraschende Kehrtwendung: "Eine Energiesteuer sei", so wörtlich, "ökologisch und ökonomisch sinnvoll."

Hintergrund dieses Sinneswandels waren natürlich die Bonner Energiesteuerpläne der SPD. Folgsam hatten rot-grüne Energiepolitiker Anfang September einen Antrag für den Landtag ausgearbeitet, der die Einführung einer Energiesteuer vorsah. Dieser wurde dann gegen den lautstarken Protest der GRÜNEN in letzter Minute von Herrn Matthiesen zurückgezogen.

- (B) Nun hat Herr Clement allerdings ein neues Feld entdeckt. Er will den Autofahrern ans Portemonnaie. Er spricht davon, daß die Benzinsteuern dringend um 10 Pfennig pro Liter erhöht werden muß. - Herr Clement, damit sind Sie nicht auf der Überholspur, sondern da sind Sie auf dem Grünstreifen.

Es ist auch widersprüchlich, Herr Clement, wenn die Sozialdemokraten die zu hohen Strompreise für die Industrie im Vergleich zu anderen europäischen Staaten beklagen - wie die zu hohe CO₂-Belastung der Luft - und auf der anderen Seite wieder alles tun, um die CO₂-freie und kostengünstige Kernenergie weiter zu verteuern. Wir brauchen sie im Energiemix, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen sie wie die Kohle in einer sicheren, ökologisch und ökonomisch vertretbaren Energie-

versorgung für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen.

(C)

Was für die Kernenergie gilt, muß auch für die Kohle gelten. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist mit dem Bundeskanzler der Auffassung, daß es auch über das Jahr 2005 hinaus einen modernen, leistungs- und lebensfähigen heimischen Steinkohlebergbau geben muß. Diese Sicherung ist auch deshalb unentbehrlich, weil wir die damit zusammenhängenden Bergbautechnologien produzieren und exportieren wollen. Ich sage aber auch deutlich: Mehr als 5 Milliarden DM jährlich an Kohlesubventionen sind unrealistisch. Auch sie sind nur zu bekommen, wenn wir bei dieser Gelegenheit einen neuen Energiekonsens herstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen, daß wir auch noch wesentlich mehr in den Rohstoff "Wissen" investieren müssen. Qualifikation ist der zentrale Faktor für Nordrhein-Westfalen, um im Wettbewerb zu überleben. Die Produktzyklen werden immer schneller. Wir müssen auf die Qualifizierung und Ausbildung unserer Kinder besonderen Wert legen, um ihre Zukunftschancen zu verbessern.

Bekanntlich ist es das Ziel der SPD und der GRÜNEN, die einzelnen Schultypen einander anzugleichen, sie zu nivellieren und den Leistungsgedanken zugunsten einer leistungsfreien sozialpädagogischen Lebensschule zurückzudrängen; ich will mich vorsichtig ausdrücken. Die geplante Abkehr von der Leistungsschule durchzieht wie ein rot-grüner Faden alle gemeinsamen Anträge der Koalition. Entscheidender Ansatzpunkt ist der Beschluß, auch in Klasse 3 auf Zensuren zu verzichten und statt dessen sogenannte Berichtszeugnisse zu vergeben.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen Leistung fördern. Wir müssen die Hochbegabtenförderung, wie sie in Baden-Württemberg und Bayern eingeführt worden ist, auch bei uns verwirklichen. Denn wir haben dieses Humankapital, und das müssen wir als rohstoffarmes Land fördern.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Wenn Sie zugehört hätten!)

Ich denke, wir können in diesem Bereich auch investieren, wenn wir endlich das aufnehmen, was die CDU Ihnen seit Jahren vorschlägt, nämlich die Umschichtung von Landesvermögen vor-

(Dr. Linssen [CDU])

(A) zunehmen. Dann hätten wir Gelegenheit, in Schulen und Hochschulen zu investieren. Wir wollen dieses Geld nicht konsumtiv, sondern investiv verwenden. Herr Finanzminister, Sie sind seit 1993 mit dieser Botschaft unterwegs, aber es kommt nichts in der Praxis.

(Zuruf des Ministers Heinz Schlußer - Manfred Kuhmichel [CDU]: Schlimm! Ganz schlimm!)

- Entschuldigung! Da wird über die Privatisierung des Flughafens Düsseldorf gesprochen. Herr Clement entwickelt diese Idee völlig zu Recht. Aber was ist los in dieser Koalition! Jeden Tag stehen die Zeitungen voll davon, daß die Koalition das nicht mitträgt, daß Herr Clement das offensichtlich an den GRÜNEN vorbei macht. Sie können doch nicht die Zukunft des Landes gewinnen, wenn Sie pausenlos untereinander streiten.

(Beifall bei der CDU)

Der Schlüssel für mehr Wachstum und Beschäftigung liegt natürlich auch in der Konsolidierung öffentlicher Haushalte. Gerade bei der Vorlage eines Haushaltes zeigt sich, ob die politische Führung eines Landes Mut beweist, sich gegen den vermeintlichen Zeitgeist zu stellen, und über den Tellerrand des Haushaltsjahres hinausdenkt.

(B)

(Roland Appel [GRÜNE]: Wir tun das!)

Deshalb sind Ehrlichkeit und Solidität für die Aufstellung eines Haushaltes unabdingbar. Dies ist bei dem vorliegenden Haushalt nicht gegeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird nach wie vor nach dem Motto verfahren: Uns das Vergnügen, den Enkeln die Rechnung! Deshalb war dieser Haushalt für die CDU nicht beratungsfähig.

(Beifall bei der CDU)

Daß SPD und GRÜNE hier ein falsches Spiel mit uns treiben,

(Heinz Hunger [SPD]: Das brauchen wir gar nicht!)

wird allein schon daraus erkennbar, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthiesen der "Neuen Rhein-Zeitung" von einer Arbeitsgruppe berichtet hat, die, so wörtlich, "für den wohl im Februar fälligen Nachtragshaushalt alle Leistungsgesetze durchforsten" soll.

(C) Auf die Frage der "Kölnischen Rundschau" vom 12. Dezember 1996, "die geplante Sparkommission wird also eingesetzt", bestätigte die Fraktionssprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Ja, natürlich; wir haben in einem Gespräch mit Finanzminister Schlußer auch von ihm nochmals das Signal bekommen, daß er die Kommission für absolut notwendig hält."

Diese Ihre eigenen Einlassungen, Herr Finanzminister, deuten darauf hin und bestätigen uns, daß wir entgegen allen Ihren neuesten Beteuerungen einen Nachtragshaushalt im Februar oder März bekommen oder eine Haushaltssperre von Ihnen verhängt wird.

(Zuruf des Ministers Heinz Schlußer)

Richtig wäre gewesen, all diese Schularbeiten vor diesem Haushalt zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Richtig wäre gewesen, wenn Sie der Anregung von uns, die ja in der ersten Lesung des Haushaltes nach der Sommerpause vorgetragen worden ist, gefolgt wären, nämlich eine "Interfraktionelle Kommission zur Haushaltskonsolidierung" zu bilden.

(D) Im rot-grünen Kabinett ist es immer noch üblich, mehr darüber zu reden, was wie verteilt wird, als wie es erarbeitet wird. Staatsknete wird an grüne Klientel verteilt - in dreistelliger Millionenhöhe, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Das sagte nicht irgendein Oppositionsführer hier, sondern das sind die Worte, die Matthiesen selbst gebraucht hat.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die Fragen, wie das Sozialprodukt erwirtschaftet und vermehrt werden kann und wie wir uns gegenüber der verschärften globalen Konkurrenz behaupten können, werden offensichtlich nach wie vor als zweitrangig betrachtet.

Wer politische Führung für sich beansprucht, meine Damen und Herren, der muß politische Entschlußkraft und Durchsetzungskraft unter Beweis stellen. Wer die notwendigen, zum Teil natürlich auch unbequemen Entscheidungen heute versäumt - das sieht man an den Demonstrationen, die in Baden-Württemberg auf der Straße stattfinden -, steht morgen vor einem Scherbenhaufen. Was das für Sie, Herr Ministerpräsident, bedeutet, müßte Ihnen eigentlich klar sein: Dar-

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) über, ob das für Sie ein erfolgreicher Abschied wird, entscheiden vor allem die Antworten auf offene Standortfragen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU stimmt ausnahmsweise der Meinung des finanzpolitischen Sprechers der GRÜNEN zu, der für die rot-grüne - so sagt er - "Horrorkoalition" kein gutes Ende sieht. Er sagt - und nun hören Sie gut zu -: "Entweder wir werden vom Wähler zum Teufel gejagt, oder es gibt so ein Gewürge und Geknirsche, daß irgendwann alle sagen: Gut, daß es vorbei ist."

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, möge es zum Wohle unseres Landes und der Menschen in Nordrhein-Westfalen bald vorbei sein. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Matthiesen, das Wort.

- (B) **Klaus Matthiesen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie wir alle wissen und es noch in guter Erinnerung haben, war es der CDU nach 30 Jahren Opposition ein besonderes Bedürfnis, durch Schweigen in der zweiten Lesung des Landeshaushaltes für jedermann im Lande deutlich zu machen, daß sie in der Sache nichts zu sagen hat.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Sie erinnern sich daran, daß die Koalitionsfraktionen in der letzten Woche den Haushalt verantwortungsbewußt beraten haben, und die CDU hatte - ich wiederhole - in der Sache nichts zu sagen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Ich denke, diese Tatsache bedarf einer Bewertung, und die lautet aus meiner Sicht: Besser hätte die 30 Jahre Opposition durch die Opposition selbst nicht begründen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben damit Ihre Rolle in Nordrhein-Westfalen eindrucksvoll bestätigt, und wenn ich Ihre Rede,

verehrter Herr Oppositionsführer, heute richtig bewerten soll, dann war neben nachdenklichen Passagen über die Entwicklung der Republik, über die man miteinander reden und streiten kann, eine sehr große Zahl von flotten Sprüchen, aber wenig landespolitische Substanz darin enthalten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist ganz offensichtlich so, daß man Ihnen das Debakel der letzten Woche noch ein bißchen anmerkt.

(Lachen bei der CDU)

Für die Arbeitsverweigerung der CDU-Fraktion bei vollem Lohnausgleich mußten in der vergangenen Woche vorgeschobene Gründe herhalten. Das waren zunächst die Verhandlungen zum Jahressteuergesetz 1997 mit dem Argument der Haushaltsrisiken. Als dies, meine Damen und Herren, nicht mehr stichhaltig war, mußte schnell die Steuerschätzung als Grund herhalten, und heute, verehrter Herr Oppositionsführer, stellt sich natürlich die spannende Frage, was sich gegenüber der Situation in der letzten Woche für die CDU-Fraktion eigentlich so geändert hat, daß Sie sich nun heute in der Lage gesehen haben, sich wieder an der Debatte zu beteiligen.

(Zuruf des Lothar Hegemann [CDU])

- Noch vor einer Woche, verehrter Kollege Hegemann, haben Sie die Nichtbeteiligung der CDU an der Debatte damit begründet, daß der "vorgelegte Haushaltsentwurf verfassungswidrig" sei.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

- Ja, ich habe damit gerechnet, daß Sie klatschen, denn natürlich sind Sie schon so weit degeneriert, daß Sie auch die Unwahrheit, die der Oppositionsführer über den Haushalt vorgetragen hat, beklatschen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Offenbar nehmen Sie heute an der Debatte teil, weil der Haushalt verfassungswidrig ist. Daß das ein Widerspruch zur vergangenen Woche ist, will ich hiermit konstatieren.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein, nein!)

Wichtiger ist mir folgendes: Wenn Sie der Auffassung sind, daß dieser Haushalt verfassungswidrig ist, dann, meine Damen und Herren, ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Oppo-

(Matthiesen [SPD])

- (A) sition, diesen Entwurf vor das Verfassungsgericht in Münster zu bringen; das wäre zumindest konsequent.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie heute den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit aufrechterhalten und trotzdem nicht nach Münster gehen, dann werden Sie ab heute den Vorwurf der politischen Scharlatanerie nicht mehr los, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dann muß man Ihnen natürlich - und ganz besondere Ihnen persönlich, Herr Linssen - unterstellen, daß Sie je nach taktischer Lage mit bloßen Propagandatricks arbeiten. Das ist übrigens einer der Gründe, warum Sie sich im Lande seit 30 Jahren in der Opposition befinden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der GRÜNEN)

Der vorgelegte Entwurf der Landesregierung, meine Damen und Herren, ist seriös, er führt die berechenbare Finanzpolitik fort und setzt Schwerpunkte in der Wirtschaftsstruktur, beim Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

- (B) Die Steigerungsrate des Landeshaushalts 1997 gegenüber 1996 beträgt - bereinigt um die Ausgaben im Länderfinanzausgleich und der Bahnstrukturreform - 0,9% plus. Damit unterschreitet Nordrhein-Westfalen die Empfehlungen des Finanzplanungsrates deutlich. Das heißt, daß Nordrhein-Westfalen weitaus stärker konsolidiert, als dies der Finanzplanungsrat empfiehlt. Die Ausgaben des Landes werden im kommenden Jahr zu 77,3 % durch Steuern finanziert. Damit nimmt Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich eine Vorrangstellung ein.

Auch im Bereich der Personalausgaben ist Nordrhein-Westfalen vorbildlich. Der Personalausgabenanstieg bleibt unter 1 %. Bei den Personalausgaben in Prozent der Steuereinnahmen nimmt Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 50,6 % nach wie vor die beste Position im Vergleich aller Länder ein.

Der Haushaltsentwurf geht von den aktuellen Steuerschätzungen aus. Die bekannten Steueränderungen, die sich aus dem Jahressteuergesetz ergeben, führen nicht zu der Notwendigkeit

einer Veränderung der Haushaltsansätze. Deshalb stellt die SPD-Fraktion fest: Dieser Haushalt ist solide.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Oppositionsführer weiß dies natürlich ganz genau. Ihm ist auch bekannt, daß es zu dieser Finanzpolitik der Seriosität und der Verlässlichkeit, für die unser Finanzminister Heinz Schleußer stand und steht, keine Alternative gibt. Und weil es keine Alternative gibt, hat er auch keine Alternative. Das ist die simple Wahrheit.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Warum gibt es dann eigentlich die Sparkommission?)

Aber ich will nicht leugnen, daß die Lage aller öffentlichen Haushalte nicht rosig ist. Sie ist nicht rosig wegen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, wegen der anhaltenden Wirtschaftsschwäche und wegen Fehlentscheidungen, die vor allen Dingen die Bundesregierung zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD und des Roland Appel [GRÜNE])

Wir sind uns deshalb in der Koalition hier in Düsseldorf bewußt, daß die Fortführung politischer Schwerpunkte, die Bildung neuer Schwerpunkte und ein finanziell stärkeres Engagement in bereits gebildeten Schwerpunkten nur durch Umschichtungen im Landeshaushalt finanziert werden müssen.

Dabei ist richtig - das will ich in aller Deutlichkeit betonen -, daß ein Sprengsatz für die öffentlichen Haushalte aller Ebenen in der zunehmenden Pensionslast liegt. Der Versorgungsbericht des Bundes liegt vor. Die Diskussionen darüber beginnen jetzt. Ich bitte die Landesregierung, darauf zu achten, daß in die notwendigen Gespräche, die jetzt geführt werden müssen, die Gewerkschaften einbezogen werden. Aus meiner Sicht wird wichtig sein, die Zahl der Frühpensionierungen deutlich einzuschränken. Hier geht es insbesondere um die Begrenzung des zu schnell wachsenden Zugangs bei den Pensionsempfängern. Und wichtig ist die Antwort auf die Frage, ob sich die Pensionshöhe künftig nach dem letzten Einkommen richtet oder sich wie in anderen Bereichen auch am Durchschnittsgehalt oder anderen Modellen orientieren sollte.

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

- (A) Befriedigende Antworten auf diese Fragen werden mit darüber entscheiden, ob wir im Bund, in den Ländern und in den Kommunen mittelfristig die Haushalte politisch noch beherrschen und gestalten können oder ob die Haushalte nur noch auf die Erfüllung von Zwangsläufigkeiten beschränkt sein werden.

(Christian Michael Weisbrich [CDU]: Eine ganz neue Erkenntnis!)

- Das ist keine neue Erkenntnis, aber Ihnen muß man es deutlich sagen, weil der Oppositionsführer hier nur den Eindruck erweckt, die Probleme, mit denen wir es auch in Nordrhein-Westfalen zu tun haben, seien hausgemachte NRW-Probleme, und die Bonner Fehlentwicklungen und die Bonner Verantwortung für die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik verschweigt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Weil das so ist, hat der Oppositionsführer hier krampfhaft versucht, sogenannte hausgemachte - und er hat auch "hausgemachte" wörtlich gesagt - Gründe für die NRW-Finanzsituation ausfindig zu machen. Es ist typisch und für Ihre Person - ich sage es einmal so - konstitutiv, daß Sie die schlimmen Folgen dieser verfehlten Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik für Nordrhein-Westfalen schlichtweg übergehen und die un gerechten Wirkungen des Länderfinanzausgleichs völlig verschweigen. Deshalb werde ich darauf eingehen müssen.

- (B) Der finanzielle Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern ist ein Ausdruck für die notwendige Solidarität der Länder untereinander. Deshalb ist er - ich sage es deutlich - ein notwendiger Preis für den Föderalismus. Die Wirkungen des heute tatsächlich bestehenden Finanzausgleichs sind jedoch auch aus NRW-Sicht nicht mehr gerecht und so auch nicht mehr hinnehmbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der Gisela Nacken [GRÜNE])

Nordrhein-Westfalen würde hervorragend dastehen, wenn wir nicht in den Länderfinanzausgleich, in den Umsatzsteuerausgleich, in den Fonds "Deutsche Einheit" einzahlen müßten. Nordrhein-Westfalen lag 1995 - gemessen am Pro-Kopf-Steueraufkommen - auf Platz 4 der Finanzrangliste der Länder. Nach den komplizierten Ausgleichsmechanismen fiel Nordrhein-Westfalen

anschließend auf Platz 12 zurück. Pro Kopf verlieren wir durch den Ausgleichsmechanismus rund 480 DM. Insgesamt mußten wir 1995 8,8 Milliarden DM in den Länderfinanzausgleich, in den Umsatzsteuerausgleich und in den Fonds "Deutsche Einheit" einzahlen. 1996 werden voraussichtlich 8,4 Milliarden DM hierfür aus der Landeskasse abfließen.

(C)

Dieses Geld steht naturgemäß nicht mehr für Wirtschafts- und Regionalförderung, für Forschungs- und Technologieförderung, für Bildungsausgaben und anderes mehr in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Damit kein Mißverständnis entsteht: Wir - und ich in besonderer Weise - bekennen uns ausdrücklich zur Verteilung der Lasten der deutschen Einheit; darum geht es nicht. Aber die Relationen beim Länderfinanzausgleich stimmen nicht mehr. Ich kann die Empfängerländer nur bitten, sich Änderungswünschen der Geberländer nicht zu verschließen. Es kann auf Dauer nicht richtig sein, daß es den Empfängerländern nach der Umverteilung relativ besser geht als den Geberländern.

(Beifall bei der SPD)

Eigene Leistungsfähigkeit muß auch belohnt und darf nicht in dieser Weise bestraft werden.

Es ist deshalb notwendig, den Umverteilungsmechanismus zwischen den Ländern dringend einer Neuregelung zuzuführen. Ich bitte die Landesregierung, Verhandlungen mit den anderen Ländern und dem Bund mit dem Ziel einer Korrektur der verschiedenen Finanzierungsausgleichssysteme aufzunehmen. Hier, verehrter Herr Oppositionsführer, könnten Sie die Interessen Nordrhein-Westfalens mit vertreten. Aber es ist typisch, daß Sie zu diesem wichtigen Punkt, der dem Interesse Nordrhein-Westfalens entspricht, kein einziges Wort gefunden haben.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben ohnehin die Eigenschaft - fast hätte ich gesagt: die Leidenschaft -, unser Land Nordrhein-Westfalen schlechtzureden.

(Pfui-Rufe von SPD und CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Matthiesen, darf ich Sie unterbrechen?

Klaus Matthiesen (SPD): Ja, gerne.

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Linssen zulassen?

Klaus Matthiesen (SPD): Ich bin großzügig. Bitte, gern.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte sehr, Herr Linssen.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Kollege Matthiesen, ist Ihnen erinnerlich, daß ich im Rahmen der zweiten Lesung am Donnerstagnachmittag längere präzise Ausführungen zum Finanzausgleich gemacht und auch ganz besonders die Parallelität zum Gemeindefinanzierungsgesetz angesprochen habe, Sie insofern also nicht behaupten können, wir hätten dazu nicht Stellung genommen?

(Beifall bei der CDU)

Klaus Matthiesen (SPD): Ich habe auf Ihre heutige Grundsatzrede abgehoben. Sie ist für mich der Maßstab.

(B) (Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Wenn der Oppositionsführer in seiner Grundsatzrede, die die Grundlinien der Landespolitik betrifft, nicht das ureigenste Interesse zu seinem eigenen Thema macht, dann erwecken Sie, Herr Linssen, den Verdacht, daß Sie ein Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen, aber nicht unbedingt für Nordrhein-Westfalen sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich hatte gesagt, Sie reden das Land schlecht. Dazu hat es heute ja wieder ausreichend Gelegenheit für Sie gegeben. Da ist mir doch etwas in die Hände gekommen - schade, daß der Herr Ministerpräsident nicht anwesend sein kann, aber man wird es ihm sicherlich berichten, denn es wird ihn freuen. Da ist mir doch eine Broschüre der CDU in die Hände gekommen - ich weiß nicht, ob Sie sie kennen, meine Damen und Herren -, unter der steht: "30 Jahre SPD-Regierung Nordrhein-Westfalen". Das finde ich schon einmal sehr schön, daß man auf diese Weise und auf

Ihre Kosten Reklame für diese lange Regierungszeit der SPD macht.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Weiterlesen!)

Es ist eine Broschüre, die vor eineinhalb Wochen verteilt worden ist. Sie enthält natürlich diesen Horrorkatalog, der mit der Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen nichts zu tun hat.

(Lachen bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das bestätigen euch alle Institute!)

Aber mir ist ein anderes wichtiger. Da ist auf der zweiten Seite ein etwas nachdenklicher, nicht besonders optimistisch blickender Oppositionsführer abgebildet. Unten, vor seiner Unterschrift, wo er die Menschen im Lande grüßt usw., spricht er davon, daß eine CDU-geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen doch zu empfehlen sei, und so weiter, und so weiter. Eine "CDU-geführte" Landesregierung!

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau nimmt wieder auf der Regierungsbank Platz.)

- Herr Ministerpräsident, ich sprach gerade über eine Broschüre und habe gesagt: Es wird Ihnen Freude machen, wenn Sie sie sehen.

(Heiterkeit)

Bei jemand, der sagt, er will die Regierung übernehmen - es gehört ja sowieso in das Land seiner Träumereien; aber gut, den Anspruch darf man aus grundsätzlichen Gründen erheben, sonst macht man sich ja in der Rolle als Opposition auf Dauer unglaubwürdig -, wird man doch davon ausgehen können: Wenn man schon ein Schiff auf der ersten Seite abbildet - auf dessen Schornstein auch noch, Herr Ministerpräsident, "SPD" steht -,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Guck' mal weiter!)

hätte man doch glauben können, daß am Steuer, wenn eine Partei sagt: "Ich will regieren", zumindest der eigene Mann, also Linssen, steht. Doch das ist falsch, meine Damen und Herren.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Da steht: "Versager"!)

Dieses Schiff hat zwei Steuerräder, eines am Heck und eines am Bug. Und jetzt kommt die

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

(A) Auflösung des Rätsels: Wissen Sie, wer an beiden Steuerrädern - an beiden Steuerrädern! - steht?

(Zurufe von der CDU)

Unser Ministerpräsident Johannes Rau, wie sich das gehört, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der SPD - Lachen und Zurufe von der CDU - Heinz Hardt [CDU]: Das haben Sie schlecht erklärt!)

- Nein, das habe ich hervorragend erklärt. Über diese hervorragende Broschüre, die Sie da zu unseren Gunsten gemacht haben, müssen Sie ja selbst lächeln. Und Herr Linssen, der auf der Seite 2 nun sagt, er wolle die Regierung stellen, findet nach Meinung seiner eigenen Werbestrategen auf diesem Schiff noch nicht einmal einen ganz kleinen, klitzekleinen Platz. Es müßte ja gar nicht das Ruder sein, aber irgendwo auf dem Schiff ein Platz für Linssen - nicht einmal das, meine Damen und Herren, haben die vorgesehen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD - Zuruf von der SPD: Er ist der Anheizer! - Manfred Böcker [SPD]: Der Schlagzeuger von der Galeere!)

(B) Herr Ministerpräsident, das wird Ihnen Freude machen. - Und dann geht es so weiter. Ich habe gedacht, das sei es dann, aber nein, es geht weiter. Auf Seite 3 sind Sie abgebildet, Herr Ministerpräsident. Auf der letzten Seite sind Sie ebenfalls abgebildet. Also, das ist schon ganz schön.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was hätten Sie ohne die Broschüre gesagt?)

- Ohne die Broschüre hätte ich Ihnen und dem Herrn Linssen persönlich nach seinen Attacken auf die Regierung, insbesondere auf den Ministerpräsidenten, einen Satz gesagt, nämlich folgenden: Bei der Reputation von Johannes Rau und seiner Lebensleistung für Deutschland und Nordrhein-Westfalen fällt alles, was Sie gesagt haben, auf Sie zurück, verehrter Herr Oppositionsführer.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Natürlich kennen wir ja Ihre Lage.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Haben Sie nichts auf Lager?)

(C) Natürlich kennen wir Ihre Lage: Blüm läßt Sie nicht. Ob Frau Thoben, wenn sie kommt, Sie im Jahre 2000 überhaupt noch lassen wird, ist fraglich.

(Lachen bei der CDU)

Reul entscheidet sich nicht ganz eindeutig, immer nach seinem Motto: Man weiß ja nie, wohin die Reise mit dieser Landes-CDU geht. Und bei all dem werden Sie, verehrter Herr Oppositionsführer, nicht jünger, sondern immer ein bißchen älter.

(Lachen bei der CDU)

Das ist Ihre Lage, in der Sie sind.

(Lebhafte Zurufe von CDU-Abgeordneten, die mit ihren Fingern auf die Regierungsbank zeigen: Und Ihre? - Lachen bei der CDU)

(D) Die Lage, meine Damen und Herren, mit der wir es in Deutschland zu tun haben, ist nicht, wie uns der Oppositionsführer glauben machen will, hausgemacht, sondern die Verantwortung für Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung ist nun wirklich dieser Landespolitik nicht so, wie Sie es getan haben, in die Schuhe zu schieben. Wer so wie Sie redet, unterschlägt, daß vierzehn Jahre lang in Bonn eine Koalition regiert, die unser Land insgesamt in eine sich verschärfende ökonomische und soziale Krise hat treiben lassen.

(Zustimmung bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen muß - wie andere Bundesländer auch - darunter leiden.

Demjenigen, der sagt, das sei hier hausgemacht, entgegne ich: Mit 4 Millionen Arbeitslosen im November - Tendenz steigend - haben wir den höchsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Das ist eine große Gefahr für den Sozialstaat, für die Finanzkraft der öffentlichen Hände und für die politische und soziale Stabilität unseres Landes. Jede weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit steigert diese Gefahr explosionsartig. Ich wünsche mir von der Bundesregierung, anstatt die Keule an der Lohnfortzahlung anzusetzen, endlich energische Schritte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

In vierzehn Jahren Kohl-Regierung haben sich die Schulden des Bundes, verehrter Herr Linssen,

(Matthiesen [SPD])

(A) von 349 Milliarden Mark Ende 1982 auf fast 1,4 Billionen Mark Ende 1996 nahezu vervierfacht. Der gewaltige Anstieg der Verschuldung führt in der Konsequenz zu einer regelrechten Explosion der Zinsausgaben. Sie wissen das. Allein 26,1 % der Steuereinnahmen des Bundes werden mittlerweile für Zinsausgaben absorbiert. Eine solche Entwicklung führt tendenziell in die Handlungsunfähigkeit des Gesamtstaates.

Was die Steuer- und Abgabenbelastung anbelangt: Die Bonner Koalitionsparteien haben die Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger auf bisher nicht für möglich gehaltene Rekordhöhen treiben lassen. 1996 muß ein Durchschnittsverdiener von seinem Bruttolohn 47,8 % an Steuern und Abgaben entrichten. 1990 betrug die Gesamtbelastung 40,2 % und 1982 39 %.

(B) Diese schlimme Entwicklung muß gestoppt und umgekehrt werden. Darüber redet die Bundesregierung, aber sie tut in Wahrheit permanent das Gegenteil. Dabei muß uns allen klar sein - und ich sage das mit großer Ernsthaftigkeit -: Die Senkung der Lohnnebenkosten - ob man das konservativ oder sozialdemokratisch betrachtet, irgendwo gibt es auch ökonomische Wahrheiten - ist der strategische Dreh- und Angelpunkt für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und für eine Beendigung des Wegbrechens oder der Verlagerung industrieller Arbeitsplätze ins Ausland.

Nur die deutliche Senkung der Lohnnebenkosten durch Herausnahme aller versicherungsfremden Leistungen aus unserem Sozialsystemen schafft spürbare Kostenentlastungen und bringt den Arbeitnehmern auch real mehr Kaufkraft. Hier bedarf es einer großen nationalen Kraftanstrengung, und gnade uns Gott, wenn wir in der Republik insgesamt dazu nicht in der Lage sind!

Meine Sorge ist, daß wir dazu nicht in der Lage sind. Denn wie kann man es erklären, daß das Angebot "Bündnis für Arbeit" abgelehnt wurde, daß man die größte sozialpolitische Untat der letzten 30 Jahre mit dem Rütteln an der Lohnfortzahlung hier in Gang gesetzt hat,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

aber nicht die ausgestreckte Hand vieler gesellschaftlicher Kräfte ergriffen hat, um das Notwendige zu tun, um diese alles entscheidende, für mich strategische Frage einer Lösung zuzuführen.

(C) Wir befinden uns in einem knallharten weltweiten Standortwettbewerb, und wir brauchen nicht nur ein paar neue Arbeitsplätze. Wir brauchen neue Arbeitsplätze in Millionen-Größenordnungen.

Die Aufgaben sind deutlich. Ich sprach eben von der Kostenentlastung durch Senkung der Lohnnebenkosten. Ich würde gern in der Republik mehr über die Bekämpfung der illegalen Arbeit und der Scheinselbständigkeit reden und hören wollen.

(Beifall bei Abgeordneten bei der SPD)

Zwei Millionen Menschen mittlerweile in illegalen Arbeitsverhältnissen, das ist ein sozialpolitischer und arbeitsmarktpolitischer Skandal ersten Ranges!

(Beifall bei der SPD)

Ich würde gern - auch im Hinblick auf die Bundesregierung - über eine Innovationsoffensive im Bereich der Spitzen- und Schlüsseltechnologien reden, und ich würde gern über die Ausschöpfung der ungenutzten Arbeitspotentiale im Dienstleistungssektor reden.

(D) Sie, verehrter Oppositionsführer, haben nun gemeint, gerade in diesem Zusammenhang müßten Sie die sogenannte POLIS-Studie einführen. Sie haben natürlich - wie wir sofort gemerkt haben, weil wir die Studie kennen und sie gelesen haben - diejenigen Zitate herausgenommen, die Ihnen passen.

Gestatten Sie mir, daß ich ein bißchen Gegengewicht liefere. Denn die entscheidende Frage - auch angesichts der Themen, die ich eben genannt habe - ist doch: Wem in Nordrhein-Westfalen traut man jetzt und auch auf Dauer zu, vor allen Dingen die ökonomische Entwicklung des Landes voranzubringen und damit Zukunftsfragen zu beantworten? Und da schneiden Sie ganz schlecht ab. Die CDU steht traditionell für die Unternehmer; das wissen wir ja. Wirkliche Kompetenz wird ihr aber nicht mehr zugestanden. Nach Meinung der Menschen - und viele werden uns ja jetzt zuhören - fehlt der CDU die soziale Komponente. Richtig hat das POLIS herausgefunden!

(Beifall bei der SPD)

Und bei den meisten Multiplikatoren - das muß Sie nun wirklich erschrecken, verehrter Opposi-

(Matthiesen [SPD])

- (A) tionsführer -, auch bei CDU-nahen, die abgefragt worden sind, hat die SPD durch Minister Clement mehr Wirtschaftskompetenz als die CDU. Das macht uns stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Wir müssen endlich auf allen Ebenen - und ich füge hinzu: auch in allen politischen Lagern - Konsequenzen aus einigen Wahrheiten, die man nicht wegdiskutieren kann ziehen. Zu diesen Wahrheiten gehört: Unternehmen unterliegen globalen Zwängen. Das ist richtig. Aber Unternehmen unterliegen nicht nur diesen globalen Zwängen, sondern sie haben auch eine nationale, eine regionale und eine soziale Verantwortung, und es tut in dieser Republik not, sie auch daran zu erinnern.

Das zweite: Es gibt Arbeit genug in unserer Gesellschaft, aber der geforderte Preis dafür ist in vielen Bereichen nicht mehr bezahlbar. Das gilt vor allem für wenig produktive Einfacharbeiten. Vorhandene Einfacharbeit wird von vielen Arbeitssuchenden - auch das gehört zur Wahrheit - nicht angenommen, weil sie als unattraktiv und nicht lohnend genug gilt.

- (B) Mögliche hochwertige und hochproduktive Arbeiten werden verhindert, verlagert oder unterlassen, weil die Gesellschaft das Risiko bestimmter Hochtechnologien bisher gescheut hat und auch heute noch scheut und bei neuen Industrieansiedlungen und Infrastrukturmaßnahmen die Interessen des Gemeinwesens nicht immer erkannt und anerkannt werden. Neue Selbständigkeit oder unternehmerische Verantwortungsbereitschaft, Eigenengagement, werden durch ein Übermaß an bürokratischen Regelungen eingengt.

Die Konsequenzen - und da gibt es interessante neue Untersuchungen - finden sich dann in der Schattenwirtschaft. Hier wird es immer ein größeres Betätigungsfeld geben. Eine insgesamt schlimme und besorgniserregende Entwicklung!

Eine hohe Produktivität im industriellen Bereich schafft die Voraussetzungen dafür, daß der beschäftigungsintensive private Dienstleistungssektor wachsen kann. Man muß immer wieder darauf hinweisen: Es gibt keine Dienstleistungsgesellschaft ohne einen ausreichenden industriellen Produktionsunterbau.

Und schließlich: Wenn Deutschland langfristig von dem Arbeitsplatzzuwachs profitieren will, den Schlüsseltechnologien trotz aller Rationalisierungswirkungen im Saldo bescheren, dann müssen Wirtschaft und Staat der Weiterentwicklung von Basistechnologien einen neuen, weitaus höheren Stellenwert als bisher einräumen.

Worum geht es dabei? Es geht um Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnik, Multimedia, Bio- und Gentechnologie, Nanoelektronik, Optoelektronik, neue Werkstoffe, Hochtemperatur, Supraleitungen, neue Energien, Solarenergie, Umwelttechnologie, Luft- und Raumfahrt.

Gemessen aber am Bruttosozialprodukt - und das haben auch Sie gesagt, und das unterstreiche ich - sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland im Vergleich zu den wichtigsten Industrienationen weit überproportional gesunken.

Und es müssen bei uns allen die Alarmglocken läuten, wenn wir wissen, daß inzwischen Deutschland auf dem sechsten Platz hinter Schweden, Japan, den USA, der Schweiz und Frankreich zurückgefallen ist. Angesichts dieser schlimmen Tatsachen bin ich - daraus mache ich keinen Hehl - tief besorgt über die Zukunftsentwicklung Deutschlands.

Hier, meine Damen und Herren, liegen Versäumnisse der Bundesregierung. Hier mußten wir in den letzten Jahren entscheidende Weichenstellungen vermissen. Und hier liegt jetzt und für die Zukunft ein gewaltiger Reformbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir ihn nicht leisten, kommen wir immer mehr in dem weltweit mörderischen Standortwettbewerb ins Hintertreffen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Scharping und Fischer regeln das!)

Welche zentrale Bedeutung diese Fragen haben, hat Altbundeschkanzler Helmut Schmidt in der "Zeit" vom 6. Dezember 1996 zum Ausdruck gebracht. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren.

Helmut Schmidt schreibt:

"Der heutige Zustand der meisten deutschen Universitäten behindert unsere wissenschaftliche und technologische Entwicklung am Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein schlechtes

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

(A) Vorzeichen für unseren künftigen Beschäftigungsstand! Wir brauchen deswegen eine enorme Anstrengung unserer Wissenschaft, unserer Grundlagenforschung, unserer angewandten Forschung, unserer industriellen Entwicklung."

Und Helmut Schmidt spricht sich dann für die Mobilisierung von Risikokapital durch spezielle Fonds aus, für die steuerliche Förderung der privatwirtschaftlichen Forschung und Entwicklung,

(Zustimmung des Laurenz Meyer [CDU])

vor allem für den Mittelstand und für eine Verstärkung staatlicher Auftragsforschung und Entwicklung, und fügt dann wörtlich hinzu:

"Unsere heutigen Gängelungen und unser Rückstand liegen begründet in den deutschen Endzeitängsten gegenüber Hightech und deren zu geringer öffentlicher Akzeptanz."

Und er fügt dann an:

"Die Nation muß begreifen, daß wir ohne Innovation uns selbst zum Verlust weiter Arbeitsplätze und zu Verlusten des allgemeinen Lebensstandards verurteilen."

Und er sagt:

(B) "Nur wenn unsere Gesellschaft sich zu einem energischen Ausbau der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung, der anwendungsorientierten Forschung, der technologischen Forschung und der Entwicklung insgesamt entschließt, können wir hoffen, in den nächsten Jahrzehnten weder mit hoher Arbeitslosigkeit noch mit einem deutlich verringerten Lebensstandard leben zu müssen. Innere Geldwertstabilität allein nützt nichts, sondern Wachstum und hohe Beschäftigung müssen dazukommen."

Ich sage nur für mich persönlich, aber das deutlich: Ich unterstreiche angesichts der Gefährdungen, die ich in unserer Gesellschaft sehe, jedes Wort unseres Altbundeskanzlers.

(Beifall bei der SPD)

Das, meine Damen und Herren, sind in der Tat die entscheidenden nationalen Fragestellungen, mit denen wir es zu tun haben. Und das sind im übrigen auch die Rahmenbedingungen, in die der Haushalt NRW und die Haushalte der anderen Bundesländer einzuordnen sind.

In der Koalitionsvereinbarung steht zu Recht, daß beide Koalitionspartner hier in Düsseldorf die wichtigste Aufgabe der Landespolitik in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehen. Deshalb müssen wir uns gemeinsam dazu bekennen, Wirtschaftswachstum wirklich zu wollen. Und es gilt, ohne Tabus Technologien voranzubringen und Qualifikationen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Nur neue Produkte und neue Märkte schaffen neue Arbeit. Alles andere ist Träumerei.

Gerade im Hochtechnologieland Nordrhein-Westfalen können wir uns für die Zukunft auch keinen technologischen Pessimismus leisten. Auch regionalen Umweltpessimismus sollten wir uns nicht einreden. Umweltschutz im Industrieland Deutschland - und das gilt erst recht für Nordrhein-Westfalen - ist dank der ökologischen Erfolge der letzten Jahre und Jahrzehnte keine Überlebensfrage mehr. Ich sage nicht: Alles ist getan! - Es muß noch vieles geändert werden; das ist richtig. Aber eine Überlebensfrage ist es nicht mehr.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten ein problembezogenes Abwägen zwischen Arbeit und Umwelt. Die Überlebensfrage wird aber die Zahl der Arbeitsplätze, die Zahl der Ausbildungsplätze und die Beherrschung grassierender sozialer Ängste sein. Das wird die Überlebensfrage für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen, meine Damen und Herren, geht es bei Garzweiler II nicht nur um die Förderung heimischer Primärenergie. Es geht um Arbeitsplätze der Kumpel, und es geht um ein Investitionsprogramm im Kraftwerkspark von 20 Milliarden DM. Daran hängen auch für die NRW-Anlagen- und Maschinenbauer Tausende von Arbeitsplätzen. Das Programm bringt einen weltweiten Fortschritt bei der CO₂-Reduktion durch bessere Wirkungsgrade der Kohleverstromung. Und ich sage das für die SPD ganz deutlich: Insoweit ist es ein klassisches Programm für Arbeit und Umwelt.

(Zustimmung des Dr. Helmut Linsen [CDU])

Wir müssen in Nordrhein-Westfalen die Wirtschaftspolitik konsequent auf mittelständische Strukturen ausrichten. Die Koalition tut dies. Und wir müssen Unternehmensgründungen aktiv fördern. Die Koalition tut dies.

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

- (A) Nordrhein-Westfalen hat 630 000 kleine und mittlere Betriebe. Damit sind wir heute schon ein Land des Mittelstandes. Die Koalition sieht diese Bedeutung. Die Koalition wird weitere Initiativen entwickeln. In diesen Betrieben arbeiten mittlerweile 4,2 Millionen der insgesamt 7,3 Millionen Beschäftigten. Kleine und mittlere Unternehmen bieten 80 % der Ausbildungsplätze an. Kleine und mittlere Unternehmen haben für unser Land und für die Zukunft zentrale Bedeutung. Die Koalition sieht das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine simple Wahrheit gehört aber immer wieder erwähnt: Wirtschaftspolitik in NRW ist selbstverständlich auch immer Standortpolitik angesichts weltweiter Konkurrenz. Deshalb wollen wir den Standort fördern und ihn künftig noch attraktiver machen. Dabei kommt uns zugute, daß wir mit dem Politikstil des Ausgleichs in Nordrhein-Westfalen gute Erfahrungen gemacht haben. Strukturwandel darf nicht bruchartig herbeigeführt werden.

Wir sind immer für gleitende und dabei steuerbare Übergänge eingetreten. Und das meine Damen und Herren, muß erst recht für den schwierigen Prozeß bei der Anpassung der Steinkohle in den Revieren gelten. Nun hier, verehrter Herr Oppositionsführer, sage ich an Ihre Adresse - und Sie wissen das -: Es gibt starke Kräfte in der Bonner Koalition, die eine rasche und massive Kürzung der Steinkohlenhilfe wollen. Und Sie wissen, daß, wenn sich diese Kräfte durchsetzen, dies geradezu verhängnisvoll für unser Land wäre.

- (B) Der Vorsitzende der IGBE, Hans Berger, hat einen mutigen Vorschlag gemacht, um einen lebens- und zukunftsfähigen Steinkohlenbergbau in Deutschland zu sichern.

Ich richte an alle den Appell: Die NRW-Politik muß den IGBE-Vorschlag unterstützen; denn er bedeutet schon die unterste Grenze des für unser Land Erträglichen. Der NRW-Landesgruppenvorsitzende der CDU in Bonn, Norbert Lammert, tut dies. Aber Sie, verehrter Herr Oppositionsführer, tun dies nicht,

(Beifall bei der SPD)

sondern Sie unterlaufen den IGBE-Vorschlag, indem Sie sich quasi für eine Halbierung der Kohlehilfen auf insgesamt 5 Milliarden DM einschließlich Landesanteil wiederholt - so auch heute -

ausgesprochen haben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Damit schwächen Sie die Position und die Interessen des Bergbaus in Nordrhein-Westfalen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Die Kritik von Lammert an Ihnen - nachzulesen in der Rheinischen Post vom 03.12.1996 - ist deshalb völlig berechtigt. Lammert sagt, wer wirklich etwas erreichen wolle, der solle in der Öffentlichkeit den Mund halten. Er, Lammert, hätte es für klüger gefunden, wenn Linssen keine Zahlen genannt hätte, weil dies sofort einen Unterbietungswettbewerb auslösen würde. Recht hat Herr Lammert!

Meine Damen und Herren, der Umstrukturierungsprozeß der deutschen Steinkohle muß sozialverträglich ablaufen. Alles andere ist nicht verkraftbar und wäre für die Bergleute und die Bergbauregionen unseres Landes schlichtweg eine Katastrophe.

Weil das so ist und weil es in vielen Bereichen in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen kriselt, müssen wir insgesamt um jeden bestehenden Arbeitsplatz kämpfen und neue Arbeitsplätze schaffen. Auch Sie haben heute die Zahl genannt, die ich - für den Wirtschaftsminister gilt das sowieso - wiederholt öffentlich gemacht habe: Trotz aller Bemühungen haben wir allein während der letzten vier Jahre 460 000 industrielle Arbeitsplätze verloren. Das Tempo des Wegbrechens der industriellen Arbeitsplätze ist ungebrochen.

(D)

Ich bleibe bei meiner tiefen Sorge, daß es künftig nicht mehr darum geht, dem 55jährigen mit begleitenden Sozialplänen, die es ja im übrigen so ohnehin nicht mehr gibt, den gleitenden Übergang in den Vorruhestand zu ermöglichen, sondern es wird um die Beantwortung der schlichten Frage gehen: Was machen wir mit den gut ausgebildeten 30jährigen Facharbeiterinnen und Facharbeitern, die vor uns stehen und von uns eine Erwerbsarbeitsperspektive verlangen?

Meine Damen und Herren, der Gesellschaft wird es nicht gut bekommen, wenn uns nichts anderes als der Hinweis auf die Arbeitslosenunterstützung und die Sozialhilfe einfällt und wenn dies Menschen gesagt bekommen, deren berufliche Karriere eigentlich noch vor ihnen liegt. Und weil das so ist, habe ich Sorge um die Entwicklung unserer Gesellschaft und um die Zukunft, wenn die zentrale Frage, wie ich möglichst schnell für immer mehr Menschen mehr Erwerbsarbeit, nicht

(Matthiesen [SPD])

(A) endlich im Sinne einer großen nationalen Kraftanstrengung auf allen Ebenen angepackt wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Weil das so ist, haben der Haushalt des Wirtschafts- und Verkehrsministers und der des Arbeits- und Sozialministers für uns Sozialdemokraten natürlich besondere Bedeutung. Damit will ich allerdings keinen anderen Haushalt gering achten. Weil das so ist und die Kernfrage lautet, wie wir für immer mehr Menschen mehr Erwerbsarbeit schaffen - das ist im übrigen auch die zentrale Frage für die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme und die zentrale Frage für die Funktions- und Gestaltungsfähigkeit aller öffentlichen Haushalte -, müssen die Ausgaben für den Wirtschaftshaushalt steigen:

Sie steigen um 209 Millionen DM auf 2,79 Milliarden DM. Solche Steigerungsraten haben wir in anderen Haushalten nicht.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das liegt doch allein an dem Betrag für Sophia Jacoba!)

(B) Die Landesaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung wird nochmals um Mittel in Höhe von 20 Millionen DM erhöht. Die Gründungsoffensive hat ein Volumen von 360 Millionen DM. Wir legen Programme zur Förderung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher auf. Die Technologieprogramme Wirtschaft und Bergbau bleiben mit 205 Millionen DM auf hohem Niveau. Die Hilfen für den Bergbau steigen um rund 130 Millionen DM auf 1,2 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, da uns jetzt sicherlich viele Bergleute im Lande zuhören, will ich für die SPD-Fraktion erneut unsere Bereitschaft bekräftigen, diese große Hilfe des Landes bis zum Jahre 2005 zu verstetigen und außerdem zusätzliche Mittel zur Bewältigung des Strukturwandels zur Verfügung zu stellen. Die Bergleute im Land können sich auf uns verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Die rationelle Energienutzung wird mit rund 60 Millionen DM gefördert. Die Meistergründungsprämie hat sich hocheffizient erwiesen. Manche werden sagen: Was sind ein paar tausend Arbeitsplätze in diesem Bereich? - Immerhin sind es bis heute 4 231. Entscheidend ist die Perspektive für die Zukunft, die mit der Meistergründungsprämie verbunden ist.

(C) Die Prämierung der BioRegio Rheinland im Bundeswettbewerb zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Darüber hinaus wollen wir im Jahre 1997 einen Beteiligungsfonds einrichten. Die Koalition hat das auf den Weg gebracht, um die Eigenkapitalbasis junger, innovativer Unternehmen zu stärken, damit sie dem rauen Wind des Wettbewerbs nicht schutzlos ausgeliefert sind.

Aus dem Haushalt des Arbeits- und Sozialministers will ich nur zwei Zahlen herausgreifen, die in diesem Zusammenhang besonders wichtig sind: Allein für Arbeitsmarktmaßnahmen werden 850 Millionen DM veranschlagt. Allein das wichtige Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" wird mit Mitteln in einer Größenordnung von 88 Millionen DM ausgestattet. - Im Verkehrshaushalt leisten wir mit Investitionsausgaben von mehr als 1,6 Milliarden DM einen deutlichen Beitrag zur Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.

Angesichts der Zunahme der Verkehrsprobleme müssen wir für die Zukunft Mobilität sichern. Ich sehe mit großer Sorge, was zu Beginn des nächsten Jahrtausends im wahrsten Sinne des Wortes zusätzlich auf uns zurollen wird. Mobilität in einer Gesellschaft ist deshalb eine der Zukunftsfragen. Wir setzen aus diesem Grunde die Vorrangpolitik für den öffentlichen Personennahverkehr mit insgesamt 82 % der Haushaltsmittel fort. Wir leisten auch in Zukunft das Notwendige für den Straßenbau mit 16 % der Haushaltsmittel.

Von den rund 3 Milliarden DM an Mitteln für den öffentlichen Personennahverkehr sind 1,3 Milliarden DM für Investitionen in Fahrzeuge und Verkehrswege des ÖPNV vorgesehen.

Wir werden - auch das sage ich in aller Deutlichkeit - alles tun, um die Qualität der Flughafeninfrastruktur zu steigern und an den tatsächlichen Anforderungen zu orientieren. Wir wollen dafür sorgen, daß die Flughäfen an den ICE-Verkehr angebunden werden, und wir wollen, daß der Flughafen Düsseldorf international wieder zu hundert Prozent konkurrenzfähig wird.

Er ist es heute nicht oder heute nicht mehr. Dafür müssen alle Möglichkeiten unvoreingenommen in Angriff genommen werden. Dazu gehört auch die Verlängerung der Start- und Landebahn, und dazu gehört die Privatisierung des Landesanteils am Flughafen. Wir werden nicht zulassen dürfen, daß Chancen für Nordrhein-Westfalen nicht ge-

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

- (A) nutzt werden und statt dessen in unseren Nachbarländern stattfinden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb kann ich Minister Clement nur ermuntern, seinen klaren Kurs unbeirrt fortzusetzen. Die Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion ist ihm gewiß.

(Beifall bei der SPD)

Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Beseitigung der Ausbildungsnot eine der zentralen Gegenwarts- und Zukunftsfragen, weil wir nicht zulassen dürfen, daß für Jugendliche der Weg ins Berufsleben mit Arbeitslosigkeit und damit ohne jede Perspektive beginnt.

Deshalb haben wir die Initiative zu einem Ausbildungskonsens NRW ergriffen und Kammern, DGB, Landesarbeitsamt und die zuständigen Ressorts der Landesregierung an einen Tisch gebracht. Die Wirtschaft hat es sich nicht leichtgemacht. Sie hat sich zu großen Anstrengungen verpflichtet, dies mit der Unterschrift besiegelt und aktenkundig gemacht. Der DGB in Nordrhein-Westfalen hat einen großen Vertrauensvorschuß gewährt.

- (B) Der Ausbildungskonsens NRW hat seine erste Feuerprobe bestanden. Aber die Bewährungsprobe kommt noch. Alle jungen Menschen, die ausgebildet werden wollen, werden einen betrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Ich füge angesichts jüngster Veröffentlichungen hinzu: Jenseits aller statistischen Zahlenvergleiche ist entscheidend, daß diese politische Zusage in und für Nordrhein-Westfalen eingehalten wird. Und sie wird eingehalten! Wir werden die Wirtschaft des Landes nicht aus der Verpflichtung des Ausbildungskonsenses entlassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen gemeinsam zeigen, daß es bei uns in Nordrhein-Westfalen möglich ist, jungen Menschen zu helfen - jenseits aller bisherigen starren Regelungen und Verhaltensweisen. Wir wollen zeigen, daß bei uns in NRW Konsens und Problemlösung ohne staatliche Reglementierung möglich sind.

Das System der dualen Berufsausbildung hat mit dem Ausbildungskonsens NRW neuen Rückenwind bekommen. Aber ich sage noch einmal: Die eigentliche Bewährung erfolgt in den nächsten Jahren. Und die Wirtschaft hat eine Bringschuld.

(C) Wir sind bei den jungen Menschen nicht nur für ein Ausbildungsjahr im Wort, sondern wir sind bei den jungen Menschen für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus im Wort.

Alle diese wichtigen Landesthemen haben unmittelbar mit dem Haushalt unseres Landes zu tun, aber man kann die Probleme Nordrhein-Westfalens - die wir haben neben den Erfolgen, die wir haben - nur richtig gewichten und einordnen, wenn man sie in den größeren Zusammenhang der Bundes- und Europapolitik stellt. Deshalb habe ich mir erlaubt, auf Grundlinien, Zukunftsprobleme, Zukunftsängste, Zukunftslösungen in aller Deutlichkeit hinzuweisen.

Die Frage wäre zu prüfen, wie in dem Konzert der Vertretung nordrhein-westfälischer Interessen angesichts von Bonner Fehlentwicklungen, die uns negativ betreffen, eigentlich die Rolle dieses Oppositionsführers aussieht.

(Zuruf von der SPD: Spielt er überhaupt eine Rolle?)

(D) Ist er eigentlich hilfreich für das Land? Ist er ein Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen für die Interessen unseres Landes? Oder ist er mehr ein Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen, aber manchmal auch gegen die Interessen des Landes? Ich will dazu deshalb ein paar Worte sagen, weil der Oppositionsführer auch heute wieder ein Zerrbild von unserem Land und ein Zerrbild von der Politik der Landesregierung gezeichnet hat. Mit der Wirklichkeit hat das an vielen Stellen wenig zu tun.

Beispiel: Vermögenssteuer! Den Verzicht auf die private und betriebliche Vermögenssteuer hat der Oppositionsführer persönlich mitgetragen, obwohl dies, was den privaten Teil anbetrifft, unsozial ist, die Vermögenden einseitig begünstigt, den Ländern eine wichtige Steuereinnahme entzieht und Nordrhein-Westfalen Schaden zufügt.

(Beifall bei der SPD)

Die Tatsache, daß jetzt für Kompensation gesorgt wird, für materielle Kompensation, kann die Schiefelage nicht vergessen machen. Und wenn es jetzt steuereinnahmefähig diese Kompensation für den Wegfall der Vermögenssteuer geben wird, dann ist dies der Verhandlungsführung aller Länder im Vermittlungsausschuß, aber gerade namentlich unserem Finanzminister Heinz Schleußer zu danken.

(Beifall bei der SPD)

(Matthiesen [SPD])

(A) Schauen Sie einmal, Herr Oppositionsführer, das hätte ich mir gewünscht: daß Sie politisch - nicht in allen Punkten übereinstimmend, aber - Seite an Seite mit unserer Landesregierung und dem Finanzminister für die Interessen Nordrhein-Westfalens angesichts einer unglaublich unsozialen Politik der Bundesregierung streiten würden! Fehl-anzeige bei Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Beispiel: Bürgerkriegsflüchtlinge! Es ist verantwortungslos

(Oliver Wittke [CDU]: Wie Sie mit den Kommunen umgehen!)

- solche Zwischenrufe mir gegenüber müssen intelligent sein -

(Beifall bei der SPD)

daß sich der Bund bis heute weigert, seinen Anteil an den Kosten für Bürgerkriegsflüchtlinge zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Nur weil es sich hier um eine Gemeinschaftsleistung von Bund und Ländern handelt, hat das Land Nordrhein-Westfalen seinerzeit - jetzt komme ich zu Ihrer Zwischenfrage - seinen Zuschuß für die Kommunen auf die Hälfte der Pauschale für Asylbewerber festgelegt. Und ich bleibe dabei und sage das ganz deutlich: Es ist ein Skandal, daß sich der Bund nun schon seit Jahren beharrlich weigert, seiner Verpflichtung gegenüber den Ländern aus dem Asylkompromiß nachzukommen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

Wo bleibt er eigentlich, verehrter Herr Zwischenrufer, wo bleibt er, der Protest Ihres Oppositionsführers? Ich muß Sie erinnern - deshalb war Ihr Zwischenruf ein Schuß ins eigene Knie -: Noch am 24.01.1994 haben wir hier im Landtag - da waren Sie noch nicht dabei, aber das ist Kollektivhaftung - einstimmig den Bund aufgefordert, er solle seinen pflichtgemäßen Anteil erbringen, der sich aus dem Asylkompromiß vom 06. Dezember 1992 ergibt.

Herr Oppositionsführer, nachdem Sie seinerzeit mitgestimmt haben: Wo ist heute Ihr klares Wort von Bonn,

(Beifall bei der SPD)

zumal nach dem Urteil des Verfassungsgerichts-hofs in Münster?

Für die SPD-Landtagsfraktion bitte ich jedenfalls die Landesregierung, Herr Ministerpräsident, zu prüfen, ob eine Klage des Landes NRW beim Bundesverfassungsgericht ein geeigneter Schritt sein kann, die Bundesregierung zur Anerkennung ihrer Zahlungspflicht zu zwingen.

(Zuruf von der CDU: Warum denn ein Prozeß?)

- Prozeß! Also, solch ein Zwischenruf! Wissen Sie: Manchmal kann man sich gegen diese Politik der Bundesregierung nicht anders wehren, als daß man auch juristische Erwägungen zumindest mit ins Kalkül zieht,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

weil das Prinzip der Gerechtigkeit gegenüber den Bundesländern schon längst nicht mehr gilt.

Beispiel "Bergarbeiterwohnungsbau", ein Thema, das uns im Revier auf den Nägeln brennt. Hilft uns der Oppositionsführer

(Zuruf von der SPD: Nein!)

wenigstens bei der Beibehaltung des Bergarbeiterwohnungsbaus?

Die Bonner Koalition will das Bundestreuhandvermögen für den Bergarbeiterwohnungsbau auflösen und dem Bundeshaushalt zuführen. Dazu muß man wissen: Das Bundestreuhandvermögen ist ein Vermögen, das im wesentlichen aus der nach Gründung der Bundesrepublik bis Ende 1959 erhobenen Kohleabgabe und aus unwider-ruflichen Zuwendungen der Bergbauunternehmen Nordrhein-Westfalens entstanden ist.

NRW erhält den weitaus überwiegenden Teil an Rückflußmitteln aus dem Bundestreuhandvermögen für den Bergarbeiterwohnungsbau zugewiesen: Herr Bauminister, rund 80 %. Werden die Rückflüsse zum Bundestreuhandvermögen künftig im Rahmen des allgemeinen sozialen Wohnungsbaus auf alle Länder verteilt, so entfallen auf NRW entsprechend dem Verteilungsschlüssel nur noch maximal 27 % der Verteilungsmasse.

Im Ergebnis führt die Auflösung des Bundestreuhandvermögens faktisch zu einer Einstellung des Bergarbeiterwohnungsbaus und zu einer enormen Schlechterstellung Nordrhein-Westfalens, und das ist nun wirklich gegen die Interessen des Landes gerichtet!

Angesichts dieser Politik frage ich, meine Damen und Herren, Herr Linssen, ist es nicht Ihre Aufgabe als Oppositionsführer des Landes, sich ge-

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

- (A) gen diesen Diebstahl des Bundesbau- und Bundesfinanzministers öffentlich im Interesse unseres Landes zur Wehr zu setzen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber es geht ja weiter! Nehmen wir das Beispiel "Arbeitsförderungsgesetz". Was hat der Oppositionsführer getan, um die unsozialen Veränderungen des Arbeitsförderungsgesetzes zu verhindern oder abzumildern?

(Horst Vöge [SPD]: Der klatscht noch Beifall!)

Für Nordrhein-Westfalen hat die Umsetzung der Änderungen der Arbeitsförderung durch die Bundesregierung fatale Konsequenzen: weiterer Rückgang der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Qualifizierung, Beschäftigung und beruflichen Eingliederung Betroffener und damit unmittelbarer Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Legt man allein für NRW in 1996 25 000 ABM-Teilnehmer und rund 80 500 Teilnehmer in Qualifizierungsmaßnahmen zugrunde, so wäre 1997 mit einem Rückgang von zirka 31 600 Teilnehmern zu rechnen.

- (B) Wo ist der Protest des Oppositionsführers gegen diese nicht nur unsozialen, sondern auch arbeitsmarktpolitisch unsinnigen Maßnahmen der Bundesregierung, die auch den Arbeitnehmern Nordrhein-Westfalens insgesamt schweren Schaden zufügen?

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir ein letztes Beispiel - ich könnte noch mehr bringen - aus dem Gesundheitswesen. Ich will noch einmal daran erinnern, weil Sie es ja heute wieder für nötig befunden haben, dazu einen Zwischensatz zu sagen, ohne den Kern zu treffen: Wo ist Ihre Stimme, wenn es darum geht, unseren Kurorten und Heilbädern im Lande zu helfen und sie zu schützen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Bundesregierung betreibt ihre Politik im Gesundheitswesen ohne Rücksicht auf die Arbeitsplätze in den betroffenen Kurorten und Heilbädern. Dabei läßt die Bundesregierung völlig außer acht, daß Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft der Kurorte und Heilbäder wesentlich vom Kur- und Rehabilitationsbetrieb abhängig sind, mancherorts bis zu 75 %.

- (C) Was ist das für ein Oppositionsführer, der die Interessen unserer Kurorte und Heilbäder so einfach auf dem Altar falscher Bonner Politik zu opfern bereit ist?!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Menschen im Lande, die uns zuhören, müssen wissen, daß dies so ist, und sie müssen wissen, daß wir aus der Sicht der SPD noch viele Beispiele heute hier anführen könnten, um diese gegen das Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen gerichtete Rolle des Oppositionsführers noch weiter auszuleuchten. Aber diese Beispiele mögen deutlich machen, was mittlerweile charakteristisch für Sie ist: Sie sind kein Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen für Nordrhein-Westfalen, sondern Sie sind ein Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen und häufig gegen die Interessen Nordrhein-Westfalens gerichtet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Reul, es kommt mir gerade recht, daß Sie so mit dem Kopf schütteln und mit Ihrem Händchen schlackern.

(Heiterkeit bei der SPD)

- (D) Herr Reul, ich darf Sie einmal persönlich ansprechen, weil es Sie betrifft; denn Ihre Unterschrift steht darunter: Wissen Sie denn noch, daß Sie an viele Bürger des Landes Briefe geschrieben haben, in diesem Falle am 23.10.1996? Natürlich lasse ich aus Gründen des Datenschutzes die Namen weg, aber daß Sie der Absender sind, ist kein Geheimnis.

Vorhin haben wir ja über Fehlentscheidungen Bonner Politik und darüber geredet, ob Sie unsere Interessen vertreten. Sie schreiben hier unter anderem:

"Wenn Sie sich auch für ein überschaubares, arbeitsplatzförderndes und gerechtes Steuersystem einsetzen wollen ..."

Nein:

"Wollen Sie sich auch ...",

so fragen Sie.

"Wünschen Sie auch die Förderung von Familien mit Kindern, sind aber gegen Subventionierung ungerechtfertigter Vergünstigungen und Sonderregelungen?"

(Matthiesen [SPD])

(A) Insgesamt suggerieren Sie mit dem Brief, Sie würden alle diese Tatbestände im Interesse der Bürger in Bonn sowieso und auch hier in Nordrhein-Westfalen so regeln und vertreten. Am Schluß aber kommt der Satz:

"Wenn das alles so ist, bitten wir Sie persönlich um die Hilfe einer Spende für diesen ganz speziellen Zweck."

Für welchen Zweck wohl?

Jetzt ist die Antwort interessant. Dieser Bürger, dessen Namen ich weglasse, schreibt:

"Sehr geehrter Herr Reul! Ich untersage Ihnen und Ihrer Partei hiermit, mich weiter mit Schreiben solcher Art zu belästigen. Eine Partei, die es nötig hat, sich mit solchen Bittbriefen an die Bevölkerung zu wenden, kann anscheinend nicht mehr mit ihren Argumenten überzeugen."

Meine Damen und Herren, der Bürger hat recht!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Herbert Reul (CDU): Das war von 80 000 einer!)

- Wieviel haben Sie geschrieben? 80 000? Ich dachte, das wäre einer! Er sagt: Das ist ja nur einer von 80 000. Das macht es ja noch schlimmer!

(B)

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

80 000 hat er verschickt!

Meine Damen und Herren, wir stehen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen vor gewaltigen, großen Herausforderungen. Die Kräfte unserer Gesellschaft müssen zu einer großen nationalen Gemeinschaftsanstrengung zusammengeführt werden, um die Entwicklung auf eine neue perspektivische und sichere Grundlage zu stellen. Nur so wird es gelingen - jedenfalls ist das meine Überzeugung -, eine gute Zukunft zu gestalten.

Herr Linssen hat gemeint, er müsse die Grundlagen christlich-demokratischer Politik in diese Haushaltsdebatte einführen. Das ist sein gutes Recht. Daß dabei kaum ein Bezug zur Landespolitik übrig geblieben ist, ist eine andere Frage. Ich denke schon, daß eine Grundsatzdebatte auch geeignet ist und sein muß, um Grundpositionen herauszustellen.

Ich will für die SPD-Landtagsfraktion deutlich machen, daß wir unsere Arbeit an folgenden Grundprinzipien und Leitlinien ausrichten; das galt für die Vergangenheit und wird für die Zukunft

gelten: Gerade wenn künftig weniger zu verteilen sein wird, meine Damen und Herren - das wird der Fall sein -, brauchen wir eine Politik der sozialen Gerechtigkeit.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Sonst droht die Spaltung unserer Gesellschaft. Es ist nicht die Frage - ich spreche alle Bürgerinnen und Bürger an, die uns zuhören -, daß sie nicht verstanden haben, daß wir Zeiten entgegengehen, in denen jeder seinen Beitrag leisten muß. Es ist auch nicht die Frage, daß die Bürger dazu nicht bereit wären. Woran die Bürger bei der Bonner Politik verzweifeln, ist das erkennbare Markenzeichen, daß die Lasten immer und ausschließlich auf den Schultern der kleinen Leute und der arbeitenden Menschen abgeladen werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dies, verehrter Herr Linssen, ist auch das Markenzeichen Ihrer Politik hier im Lande. Selbst wenn Sie es nicht so wollen, wird dies in der Wirkung unsere Gesellschaft spalten.

Eine wettbewerbsfähige und wachsende Wirtschaft ist auch in Zukunft Grundlage des Wohlstandes für ganz Deutschland. Von zentraler Bedeutung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und für die Entlastung der Einkommen der Arbeitnehmer ist die Senkung der Lohnnebenkosten.

(D)

Herr Linssen, Sie haben über den Verfall der Tugenden - so habe ich es gehört - gesprochen. Man kann sehr wohl auch mit mir über die Tatsache reden, daß Hemmschwellen ins Trudeln geraten, manche Orientierung in Orientierungslosigkeit ausartet. Darüber kann man reden. Wenn aber Verfall von Tugenden so zu verstehen ist, daß Unternehmer sozusagen einen Freibrief bekommen und der Rest für unternehmerisches Handeln, das sich allein nach Rendite ausrichtet, die Kosten und die Lasten zu tragen hat, dann sage ich Ihnen ganz deutlich: Mit uns nicht, und so schon gar nicht!

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, daß Unternehmen sich behaupten müssen, sich im globalen Wettbewerb befinden und daß wir Standortvoraussetzungen schaffen müssen, damit sie es können. Genauso richtig bleibt aber, daß Unternehmen eine regionale und soziale Verantwortung haben. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie sich entweder selbst daraus

(Matthiesen [SPD])

(A) entlassen oder die Politik ihnen dabei hilft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ausbildung, Weiterbildung und Qualifikation - heute ist nicht die Zeit, darüber zu reden. Mir liegt aber am Herzen, die Erfahrungen, die ich in den letzten Wochen gesammelt habe, durch eine klare Aussage deutlich zu machen. Ausbildung, Weiterbildung und Qualifikation bekommen angesichts der neuen Herausforderungen einen viel höheren strategischen Stellenwert bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben, als es bisher schon der Fall war. Daraus müssen wir auch auf allen Politikebenen Konsequenzen ziehen.

Richtig ist auch, daß künftig weniger finanzierbar sein wird und in Zukunft wird gelten: Nicht alles was wünschenswert ist, ist auch leistbar. Nach meiner Überzeugung werden Probleme nicht mehr in erster Linie durch die Ausweitung der Staatsausgaben, sondern nur noch durch einen qualitativen Umbau und durch die Beschränkung auf das Wesentliche gelöst werden können. Das erfordert neues Denken, manches Brechen eines bisherigen Tabus, und es erfordert auch neue Verhaltensweisen.

(B) Ich gehöre nicht wie Sie zu denen, die den Staat - das war mein Eindruck - sozusagen auf eine Restnummer reduzieren. Ich gehöre aber auch nicht zu denen, die einen Staat in dem Sinne wollen, daß er durch Überregulierung, überflüssige Zentralisierung, durch bürokratische Erstarrung Eigeninitiative erstickt; im Gegenteil!

Ich will gerne betonen: Wir brauchen einen modernen, einen innovativen Staat, der sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentriert. Diese wesentlichen Aufgaben sind: die Sicherung der bürgerlichen und sozialen Grundrechte, die Abwehr ökologischer Gefahren, das Setzen ökonomischer Rahmenbedingungen, die Gewährleistung eines modernen Bildungswesens und einer leistungsfähigen Infrastruktur.

Ein so verstandener moderner Staat muß aber die Fähigkeit und das Vertrauen in die Mitbürgerinnen und Mitbürger haben, daß manches durch Eigeninitiative besser und effektiver geleistet werden kann. Dort, wo es geht, ist der Staat gut beraten, sich entweder zurückziehen oder seine Aufgaben zurückzunehmen, nicht im Sinne von weniger Fürsorge, aber angesichts enger werdender Rahmenbedingungen sehr wohl im Sinne einer vernünftigeren Arbeitsteilung für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, daß unsere Gemeinschaft tolerant bleibt. Wenn ich mich umschau, bin ich manchmal in tiefer Sorge, auf was wir möglicherweise zuschlittern. Denn wenn es richtig ist, daß die sozialen Ängste zunehmen, dann ist die Befürchtung groß, daß auch der Gebrauch der Ellbogen zunimmt. Wenn der Gebrauch der Ellbogen zunimmt, ist die Befürchtung groß, daß getragene Prinzipien wie Solidarität und Gemeinsinn dabei Schaden nehmen können.

Auf dies alles haben wir zu achten, denn es gehört zum wohlverstandenen Konsens der Gesellschaft dazu und zu einem umfassenden Begriff innerer Sicherheit. Letztlich erfordert innere Sicherheit auch eine angemessene Ausstattung der Polizei und die Unterstützung ihrer Arbeit. Deshalb füge ich hinzu, daß angesichts neuer Bedrohungen durch organisierte Bandenkriminalität das Rechtsgefühl und das Sicherheitsbedürfnis unserer Bürger keinen Schaden nehmen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich ein letzter Punkt: Die Politik muß ihrer Verantwortung für kommende Generationen gerecht werden. Deshalb muß sie für eine langfristig vertretbare Entwicklung sorgen, die unseren Kindern und Enkeln keine unerträglichen Erblasten durch zerstörte Umwelt - ich füge hinzu - und durch übermäßige Staatsverschuldung hinterläßt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aha! - Das ist nur Gerede!)

Das sage ich an die Adresse einer Staatsverschuldungspolitik, wie sie schlimmer in den letzten Jahren durch diese Bundesregierung nicht betrieben werden konnte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir werden an der Abarbeitung dieser Hypothek noch viele Jahre zu knacken haben.

(Zuruf von der SPD: Generationen!)

Wir haben große Herausforderungen, wir haben neue Herausforderungen. Ich bleibe dabei! Die entscheidende Frage ist: Wie schaffen wir für immer mehr Menschen mehr Erwerbsarbeit? Für mich ist das die Hauptaufgabe von Politik auf allen Ebenen. Wenn wir bei dieser Hauptaufgabe versagen, wird es die Gesellschaft bitter büßen und wir alle mit ihr. Wenn wir sie bestehen und helfen, soweit wir können, werden wir einer guten Zukunft entgegensehen.

(C)

(D)

(Matthiesen [SPD])

A) Meine Damen und Herren! Im Sinne dieser Grundprinzipien und der Leitlinien arbeiten wir Sozialdemokraten in der Koalition, unterstützen unseren Ministerpräsidenten und seine Regierung und dienen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Meine Damen und Herren! Bevor ich Frau Kollegin Nacken von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, daß die Fraktion der CDU inzwischen vier Entschließungsanträge zum Haushaltsgesetz vorgelegt hat, die im Augenblick verteilt werden oder auch schon verteilt worden sind. Alle Anträge betreffen den Einzelplan 08, das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr. Die Themen lauten:

1. Drucksache 12/1655 - Rhein-Ruhr-Flughafen, Düsseldorf;
2. Drucksache 12/1656 - Bio- und Gentechnologie fördern;
3. Drucksache 12/1657 - Keine Ausbildungsplatzabgabe - und
4. Drucksache 12/1658 - Das Projekt Garzweiler II voranbringen.

(B)

Nun erteile ich Frau Nacken das Wort.

(Brigitte Speth [SPD]: Alles Aktionismus! Jetzt vier Anträge einbringen, und vorher?! - Erhebliche Unruhe - Glocke)

Gisela Nacken (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, bevor ich mich dem Landshaushalt 1997 selber zuwende, ein paar Worte an die Adresse des sehr verehrten Herrn Oppositionsführers Linssen zu richten, und zwar zu der Haltung der CDU-Fraktion bei der zweiten Lesung dieses Haushalts.

(Zuruf von der CDU)

- Nein, ich finde es durchaus angemessen, darauf heute noch einmal einzugehen. Das kann ich Ihnen nicht ersparen.

Ihren superschlauen Plan, sich der Sachdebatte der zweiten Lesung des Haushaltes zu verwei-

gern, einfach als taktische Fehlleistung abzutun, greift eindeutig zu kurz. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie haben vielmehr mit dieser Mißachtung des Parlaments die demokratischen Spielregeln bewußt und nachhaltig verletzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines billigen und effekthascherischen Plans wegen fand die Stunde der Opposition ohne die Opposition statt.

Ich habe mich am Mittwoch über Ihr Verhalten massiv geärgert. Das möchte ich gar nicht verhehlen. Am Donnerstag ist meine Laune etwas umgeschlagen, weil ich eine gewisse Genugtuung über dieses wunderbare Eigentor, das Sie da geschossen haben, Herr Oppositionsführer, nicht verbergen konnte.

(Beifall bei der SPD)

Überschriften wie "Geste der Ohnmacht" oder "Schuß nach hinten" waren da nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Ich wäre die letzte, die sich darüber beklagen würde, wenn es nur Sie treffen würde, meine Damen und Herren von der CDU. Aber was mich daran maßlos ärgert, ist, daß Sie mit diesem Verhalten auch noch zu einer weitverbreiteten Politikverdrossenheit beitragen. Das trifft uns alle in diesem Haus. (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das Problem ist, daß sich das noch fortsetzt. Herr Linssen, Sie haben sich letzte Woche darüber beklagt, zu wenig Zeit zu haben. Für heute habe ich damit gerechnet, daß Sie endlich Ihre Redezeit nutzen, um Ihren Gegenentwurf, Ihre Grundsätze zum Haushalt hier darzustellen, Ihre Perspektive für dieses Land und die Menschen, die hier leben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Aber: Fehlanzeige! Sie sprachen zwar von der Notwendigkeit, neue Wege zu gehen, Herr Linssen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie haben doch vorher meine Rede gar nicht gekannt!)

- Handschriftlich, Herr Linssen, notiert, als Sie hier geredet haben, selbstverständlich. Das hilft Ihnen hier nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Nacken [GRÜNE])

(A) Herr Linssen, Sie haben zwar davon geredet, daß die Notwendigkeit besteht, neue Wege zu gehen, neue Ideen zu entwickeln, aber ich habe diese von Ihnen nicht gehört. Was habe ich gehört? 50 % Ihrer Rede bestand aus einer Zitatensammlung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie gut, daß wir eine so arbeitsame Presse im Land Nordrhein-Westfalen haben. Das waren doch keine eigenen Ideen, Herr Linssen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

30 % sind als präsidiale Rede zu philosophischen Themen zu werten. Dagegen habe ich nichts. Nur war das zu diesem Tagesordnungspunkt nicht gefragt. Man unterstellt dem Ministerpräsidenten immer Ambitionen, Nachfolger von Bundespräsident Herzog werden zu wollen. Nach Ihrer Rede habe ich den Eindruck: Sie haben Ambitionen auf diesen Stuhl. Es wäre allerdings eine andere Klasse als die im Moment auf diesem "Thron" sitzende.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU] und des Ministerpräsidenten Dr. Johannes Rau - Antonius Rüsenberg [CDU]: Sie haben ihn doch gar nicht gewählt! - Erhebliche Unruhe - Glocke)

(B) - Bitte? 20 % Ihrer Rede bezogen sich auf den Entschließungsantrag Ihrer Fraktion aus der letzten Woche, obwohl ich den Eindruck hatte, daß Sie den am liebsten in der Versenkung hätten verschwinden lassen.

(Reinhold Trinius [SPD]: So ist das! - Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie und Ihre Fraktion sind offensichtlich mit einem Problem konfrontiert, welches Fußballer und Fußballerinnen selbst in unteren Klassen zur Genüge kennen. Nach Fehlzeiten ist es schwer, wieder Tritt zu fassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber Fußballteams verfügen ganz im Gegensatz zu Ihrer Fraktion über eine gut sortierte und einsatzbereite Auswechselbank.

Um bei diesem Bild zu bleiben, ein wohlmeinender Ratschlag an die CDU-Fraktion: Nach taktischen Fehlleistungen hat sich in der Fußballbun-

desliga sehr häufig der Trainerwechsel als einzige Lösung angeboten. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Nach dem Debakel der letzten Woche sollten Sie sich der Frage nach einem wirklich geeigneten Trainer oder - was noch viel interessanter wäre - einer Trainerin nicht verschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Oder wollen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, tatsächlich über den Tag hinaus, wie es in den Reden von Herrn Linssen heißt, im Schlepp von Herrn Linssen in der Abstiegszone herumdümpeln?

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Aber - damit Sie mir nicht vorwerfen, ich würde mich im Abseits bewegen - zurück, Herr Oppositionsführer, zu Ihren markigen Vorwürfen gegen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in der letzten Woche und auch heute wieder!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Habe ich doch geredet?)

- Ja, 20 %. Das habe ich gesagt. (D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Letzte Woche habe ich doch geredet!)

- Sicherlich haben Sie versucht, in den zehn Minuten, die Ihnen dreimal zur Verfügung standen---

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sechsmal haben wir geredet. Ich allein viermal!)

- Hervorragend, das haben wir ja letzte Woche gesagt, eine Ein-Mann-Opposition. Bravo, bravo!

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Sie haben behauptet - heute auch wieder -, der Haushalt sei unsolide finanziert und weise bereits bei der Verabschiedung eine höhere Verschuldung auf als verfassungsmäßig zulässig. Er mißachte wesentliche Haushaltsrisiken wie die geänderte Steuereinnahmesituation und treffe keine Vorsorge für die noch unbekanntten Auswirkungen des Jahressteuergesetzes 1997. Darum sei die CDU für eine Verschiebung der Haushalts-

(Nacken [GRÜNE])

(A) beratungen und Aufstellung eines neuen Entwurfs. Sie haben das heute wiederholt.

Wissen Sie, was ich von dieser Argumentation halte? - Gar nichts.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Habe ich nicht wiederholt! Von Vermögensteuer habe ich nichts gesagt!)

- Natürlich haben Sie sie wiederholt.

Ich halte gar nichts von dieser Argumentation. Denn nicht der Haushalt ist unseriös finanziert, Ihre Kritik daran ist unseriös.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Außerdem ist mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses vom 06.12.1996 ihre Argumentation endgültig zusammengebrochen wie ein Kartenhaus.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hat er gar nicht gemerkt!)

- Das scheint mir auch so.

Denn bis dahin schienen Sie zumindest teilweise auf der sicheren Seite zu sein. Wäre der Wegfall der Vermögensteuer nicht oder nicht in diesem Maße kompensiert worden, wie es jetzt der Fall ist, wäre ein Nachtragshaushalt in der Tat unabweisbar gewesen. Im schlechtesten Fall hätten wir heute einen Haushalt für 1997 beschlossen und hätten schon in wenigen Wochen wieder über Einsparnotwendigkeiten in Höhe von bis zu 2 Milliarden DM hier diskutieren müssen.

(B)

Sparen für Reformen, wie wir GRÜNEN es wollten, wäre abgelöst worden vom reinen Sparen, um die Verschuldung nicht weiter hochzufahren, um das von Bonn verursachte Finanzdebakel aufzufangen.

(Beifall bei GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Und dennoch hatte sich meine Fraktion entschieden, gemeinsam mit der SPD den Fahrplan für die Verabschiedung des Haushalts trotz dieses Risikos beizubehalten. Wir hatten gute Gründe dafür. Ansonsten wäre für viele Empfänger von Landesleistungen zum 01.01.1997 eine unklare Situation entstanden, die Sie, Herr Linssen, und Ihre Kolleginnen und Kollegen als erste beklagt und angeprangert hätten. Ich kann mich gut an Ihr Verhalten nach der Haushaltssperre in diesem Jahr erinnern. Sie haben die Haushaltssperre zwar für notwendig gehalten, aber zwei Wochen

später gesagt, an dieser und an jener Stelle brennt es an. (C)

Nun haben wir dank der Hartnäckigkeit des Finanzministers und seiner Kollegen aus den anderen Ländern im Vermittlungsausschuß in bezug auf die Länderfinanzen eine weitaus bessere Situation, als wir befürchten mußten. Wir begrüßen das und danken an dieser Stelle noch einmal Herrn Finanzminister Schleißer für seinen Einsatz.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Dieses Ergebnis liegt aber schon zwei Wochen auf dem Tisch. Da war Zeit genug, verehrter Herr Linssen, Ihre Argumentation der Aktualität anzupassen und Ihren Antrag mit Datum vom 10.12. zu verändern.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Haben Sie nicht zugehört letzte Woche? - Unruhe - Glocke)

- Natürlich. Das erwarte ich von Ihnen.

Da ich jetzt wohlwollend voraussetze, daß Ihnen dies rechtzeitig aufgefallen ist, kann ich, nachdem ich mir Ihre Äußerungen in Erinnerung rufe, nur vermuten, daß Sie bereits so weit in der Sackgasse Ihrer eigenen Argumentation gefangen waren, daß Sie nur noch nach dem Motto "Augen zu und durch" agieren konnten. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Auch Ihre Argumentation bezüglich der Steuereinnahmen ist fadenscheinig. Es stimmt zwar, daß die aktuellste Steuerschätzung Mindereinnahmen für 1996 ergibt und die Regionalisierung der Daten Nordrhein-Westfalen einen Verlust in der Höhe von etwa 1 Milliarde DM zuschreiben, aber gerade Sie als langjähriger Oppositionspolitiker müßten eigentlich wissen, daß der Finanzminister dieses Landes diese Regionalisierung für zu grobschlächtig hält und eigene Daten erhebt, die laut seiner Auskunft zu weitaus geringeren Verlusten für Nordrhein-Westfalen führen werden und die mit diesem Haushaltsentwurf zu bewältigen sind.

Und so sicher, daß Sie da recht haben, Herr Linssen, sind Sie sich in dieser Sache auch nicht. Sonst hätten Sie nicht die von Herrn Schleißer angebotene Wette ausschlagen müssen, oder?

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Nacken [GRÜNE])

(A) Herr Matthiesen hat das ja schon angesprochen. Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, ich hätte alles darangesetzt, um bei diesem CDU-Parteitag live dabei zu sein.

Aber zurück zum Haushalt: Ich muß feststellen, Sie trauen Ihren eigenen Zahlen nicht. Wir haben Ihren Zahlen übrigens noch nie getraut. Sie scheinen dazuzulernen, Herr Linssen.

Auch was die Steuereinnahmen des nächsten Jahres betrifft, verhält es sich ähnlich. Geschätzt ist eine Steigerung der Steuereinnahmen um 4,3 %. In den Haushaltsentwurf ist ein Zuwachs bei den Steuern um 1,5 % eingerechnet. Ich fühle mich - wie meine Fraktion - auf der sicheren Seite, was die sichtbaren und kalkulierbaren Risiken im Jahre 1997 angeht.

Ihren Vorwurf, Herr Linssen, der Haushalt sei bereits jetzt verfassungswidrig - ich zitiere aus Ihrem Antrag: "...die durch die Verfassung gesetzte Verschuldungsgrenze faktisch überschritten wird" -, haben Sie selbst in Ihrer letzten Rede am Donnerstag vergangener Woche zurückgenommen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Steht doch gar nicht im Antrag!)

(B) - Natürlich steht das darin.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein!)

Ich zitiere, was Sie letzte Woche dazu gesagt haben: "...daß sie (die Landesregierung) noch 200 Millionen DM von der verfassungsmäßigen Grenze entfernt ist." Bravo, Herr Linssen!

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Richtig!)

Mit dieser Aussage bestätigen Sie selbst, daß dieser Haushalt verfassungsgemäß ist.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das haben wir vorige Woche schon erklärt!)

Nur habe ich leider heute in Ihrer Rede hören müssen, daß Sie jetzt erneut behaupten, der Haushalt sei verfassungswidrig. Ich bin der Meinung, Sie müssen sich endlich entscheiden, was Sie für richtig halten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das ist nicht anständig, was Sie machen!)

(C) - Herr Linssen, wir können das alles nachlesen. Das können wir mit Zitaten belegen, die in Protokollen festgehalten sind.

Es ist einfach so: Keines Ihrer Argumente hierzu hat Bestand.

Sie haben damit auch Ihren zumindest in der Überschrift Ihres Antrages richtigen Ansatz - Sie nennen es "Sparen tut not", wir GRÜNEN nennen es "Sparen für Reformen" - geschadet. Mit der Neuverschuldung und unseren Schulden in Nordrhein-Westfalen insgesamt erfüllen wir zwar die in Maastricht für eine Währungsunion gezogenen Grenzwerte; sie sind aber unbestreitbar eine Belastung für dieses Land und für künftige Generationen. Das haben wir nie bestritten, und dieser Aufgabe werden wir uns stellen.

Wir nehmen nachhaltiges Wirtschaften sehr ernst. Und das bezieht sich nicht nur - wie man uns leicht unterstellt - auf die natürlichen Ressourcen, sondern gerade auch auf die eigenen Finanzmittel. Wir lassen daher nicht ab von den während der Haushaltsberatungen geforderten Einsparanstrengungen. Sie sind nach wie vor notwendig, um als Landesregierung in Aufgabengebieten gestaltunfähig zu bleiben, in denen wir dringenden Nachholbedarf sehen.

(D) Sie bleiben notwendig, damit die nächste und übernächste Generation nicht nur für uns die Zechen zu zahlen haben wird. Das ist eine Aufgabe, der wir uns alle gemeinsam stellen müssen. Die von uns mit unserem Koalitionspartner vereinbarte Kommission wird dieses Ziel daher in einer entspannteren Situation, als wir angenommen hatten, auch erfüllen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Deshalb gehen Sie noch höher in der Neuverschuldung!)

- Herr Linssen, wir haben uns dazu verabredet und stehen zu diesem Wort. Wir erwarten jedenfalls, daß wir der Vereinbarung, die Nettokreditaufnahme dieses Landes bis zum Jahr 2000 auf eine Milliarde zu reduzieren, in dieser Kommission im Jahr 1997 wieder ein ganzes Stück näher kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei geben wir unseren Gestaltungswillen nicht leichtfertig an der Garderobe ab. Genau das beweist der jetzt vorliegende Haushalt.

Unsere Meinung ist: Der zur Verabschiedung vorgelegte Haushaltsplan für 1997 ist solide und

(Nacken [GRÜNE])

- (A) realistisch. Die finanzielle Grundlage ist denkbar sicher, wobei ich auch ganz klar sagen muß, daß in Zeiten des Bonner Finanzchaos letztgültige Sicherheit nicht auf der Tagesordnung steht. Damit müssen wir wohl bis 1998 leben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Auch weil dieser Haushaltsentwurf ohne realistische Alternative ist, hat die Opposition wohl im Schweigen eine Chance für sich gesehen. Dieser Haushaltsentwurf zeigt, daß die rot-grüne Koalition nach dem Nachtragshaushalt 1995 und dem Haushalt 1996 nun den dritten Haushalt erfolgreich bewältigt hat. Das bestätigt die Zusammenarbeit und die Stabilität dieses Bündnisses - egal, was Sie hier für einen Eindruck zu erzeugen versuchen, Herr Linssen.

Wir gehen unseren Weg - jede Fraktion mit ihrem eigenen Profil, aber mit der gemeinsamen Aufgabenstellung, für dieses Land und seine Menschen die ökonomische und ökologische Erneuerung voranzubringen und dabei alle Möglichkeiten des Landes für eine sozial gerechte Politik zu nutzen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Darüber, wie das geschehen soll, diskutieren wir immer noch zu häufig in der Öffentlichkeit. Aber auch das hat sich gelegt. Mit wem sollten wir auch öffentlich sinnvoll streiten? Die CDU fällt mangels Wortmeldungen oder auch wegen fehlender Substanz meistens als Diskussionspartner aus.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Neben den Fragen der soliden Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben und der freiwilligen, aber dringend notwendigen Aufgaben haben wir GRÜNEN daher folgende Maßstäbe an den Haushalt angelegt:

Trägt er maximal zum Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit bei und fördert er gesellschaftlich sinnvolle Investitionen? Stellt er einen Beitrag zum Umweltschutz, für ökologische Innovationen dar? Hilft er, die notwendigen Anstrengungen im Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsbereich abzusichern und hier Veränderungen zu erreichen? Versucht er, mit Landesmitteln gegenzusteuern gegen die Ensolidarisierung unserer Gesellschaft, für soziale Gerechtigkeit und für die Gleichstellung bisher benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen?

(C) Meine Fraktion stimmt diesem Haushalt zu, weil die vorgenannten Maßstäbe erfüllt oder doch zumindest weitgehend erfüllt sind. Natürlich würden wir in bestimmten Bereichen oder zu bestimmten Themen anders agieren, könnten wir dies ohne Koalitionspartner entscheiden. Dazu werde ich bei der Bewertung der einzelnen Bereiche noch etwas sagen. Natürlich würden wir andere Prioritäten oder Größenordnungen für sinnvoll erachten, aber die Gesamttendenz stimmt auch aus unserer Sicht. Mit dem Haushalt 1997 setzt die Koalition ihren reformpolitischen Kurs fort.

Das Hauptproblem, dem wir uns alle stellen müssen und das wir zu lösen haben, ist die steigende Massenarbeitslosigkeit in einer Höhe von mittlerweile über 4 Millionen. Hinzu kommen die sozialen Umbrüche innerhalb der Gesellschaft. Die Fakten liegen auf dem Tisch.

Dabei steht Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern längst nicht mehr so schlecht da wie in der Vergangenheit. Ende der 80er Jahre entfiel noch gut ein Drittel der Gesamtarbeitslosigkeit - genauer gesagt 34 % - der alten Bundesländer auf Nordrhein-Westfalen. Seitdem sinkt der Anteil stetig auf zuletzt 29,8 %. Diese Zahlen kennen Sie, Herr Linssen, Sie haben sie eben selbst genannt. Aber Sie haben sie anders interpretiert, anders bewertet. Natürlich gebe ich Ihnen recht, daß diese Statistiken keinem einzigen von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen nutzen. Die Menschen brauchen eine Chance. Sie brauchen zukunftsfähige und nach Möglichkeit krisensichere Arbeitsplätze.

(D) Die Ursachen für diese in bestimmten Bereichen noch weiter zunehmende Krise sind oft diskutiert worden. Sie haben etwas mit dem internationalen Konkurrenz- und Kostendruck, dem Entstehen neuer und billiger Arbeitsmärkte zum Beispiel in Osteuropa, mit Wechselkursen, mit vielen gänzlich unverantwortlichen Unternehmen und mit der mangelnden Bereitschaft zur Innovation zu tun.

Die Politik der Koalition aus CDU und F.D.P. in Bonn hat unnötigerweise noch zur negativen Entwicklung beigetragen und ihre Instrumente nicht intelligent eingesetzt. Sie hat dazu beigetragen, daß Arbeitslosigkeit und Armut in diesem Land dramatisch zugenommen haben. Sie hat zur negativen Entwicklung von Lohnnebenkosten und Rentenbeiträgen, Krankenkassenkosten und versicherungsfremden Leistungen in den Sozialversicherungssystemen beigetragen. Sie hat dazu bei-

(Nacken [GRÜNE])

(A) getragen, daß Wissenschaft und Forschung nur sehr unzureichend gefördert werden. Sie trägt dazu bei, daß Zukunftschancen verschlafen werden durch den Verzicht auf ökologische Innovationen, zum Beispiel auch durch eine ökologische Steuerreform. Die ist meiner Meinung nach auf dem Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bonner Politik trägt weiter zur chaotischen Haushaltspolitik und Verschuldung auf Bundesebene mit Auswirkungen bis hin zur kleinsten Kommune bei. Das ist eben schon deutlich gesagt worden. Diese Bonner Koalition lähmt die Kräfte, die einen Umschwung herbeiführen müßten und könnten. Sie zerstört die soziale Zusammenarbeit. Sie hat den Weg der angebotenen Kooperation mit den Gewerkschaften zurückgewiesen und mittlerweile versperrt. Sie fördert in bedenkenloser Weise die Ellbogengesellschaft und die Reichen.

Man muß sich doch nur ihr letztes Machwerk ansehen. Da wird die private Vermögenssteuer nicht mehr erhoben. Gut Betuchte können sich über dieses Weihnachtsgeschenk unter dem sowieso schon reich behängten Weihnachtsbaum freuen. Gleichzeitig werden die Leistungen an Arbeitslose weiter reduziert. Verstehen Sie das unter christlicher Nächstenliebe und Gerechtigkeit, meine Damen und Herren von der CDU? - Ich jedenfalls nicht.

(B)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Man darf die Möglichkeiten eines Landes angesichts dieser Probleme nicht überschätzen. Aber wir müssen alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen und bündeln, Anstöße geben und wichtige Projekte umsetzen. Dazu hätte ich heute gern etwas von Ihnen gehört, Herr Linssen.

Statt dessen haben Sie uns GRÜNE als Standortnachteil für NRW diffamiert.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Herr Linssen, ich kann mich gut daran erinnern - es ist etwas über ein Jahr her -, daß wir zusammen an einer Podiumsdiskussion mit mittelständischen Unternehmern und Unternehmerinnen teilgenommen haben. Ich hatte nicht den Eindruck, daß diese Veranstaltung für Sie ein Heimspiel war, während es ein großes Interesse an

grüner Wirtschaftspolitik in diesem Kreis gegeben hat. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Zurück zu dem, was wir in diesem Land tun können.

Wir können mit unseren Möglichkeiten das versuchen, wozu die Bundesregierung nicht mehr fähig ist, nämlich Betroffene an einen Tisch holen, um einen Ausgleich herbeizuführen und um gemeinsame Reformen und Umstrukturierungen auf den Weg zu bringen. Das praktizieren wir in vielen Fällen mit Erfolg.

Das Land selber kann allerdings kaum Arbeitsplätze direkt schaffen. Das haben auch Sie gesagt, Herr Linssen. Aber Ihr Vorschlag, im öffentlichen Dienst die 40-Stunden-Woche wieder einzuführen, ist in diesem Zusammenhang geradezu kontraproduktiv.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Abartig!)

Was wir tun können, ist, Anreize geben, Entwicklungspotentiale freisetzen, Menschen eine Chance geben. Das tun wir mit dem Existenzgründer/-innenprogramm, der Meisterprämie, der Gründungsoffensive NRW, der Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk". Denn, Herr Linssen: Neue Betriebe braucht das Land. Sie schaffen am ehesten neue Arbeitsplätze. (D)

(Bodo Hombach [SPD]: Sehr richtig! Alles richtig!)

Hier gibt es eine erfreuliche Übereinstimmung mit dem Koalitionspartner, die Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, schwer zu schaffen macht. Das ist doch der Kern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es handelt sich bei diesen neuen Betrieben zu meist um kleine und mittelständische Unternehmen. Das war bisher in der Wirtschaftspolitik das Terrain der CDU, wie Sie meinten. Wir machen es Ihnen gemeinsam streitig, und zwar überzeugend.

Und damit dieses Mehr an Gründungen nicht nur ein kurzes Aufflackern und schnelles Ableben ist, hat die Landesregierung das Beratungsangebot

(Nacken [GRÜNE])

- (A) ausgebaut. Wenn die Gründungsoffensive NRW, die Sie gerade hier so vehement gefordert haben, auch nicht zu einer Halbierung der Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2000 führen wird, so wird sie doch sicherlich in nennenswertem Umfang zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, die Wirtschaftsstruktur in Nordrhein-Westfalen stabilisieren und Innovationen anregen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu ist nach der gelungenen medialen Umsetzung der Gründungsoffensive NRW eine weitere Kraftanstrengung zu ihrer Umsetzung nötig. Es ist uns nicht gelungen, für den aus unserer Sicht wichtigen Baustein der zügigen Einrichtung des Beteiligungskapitalfonds NRW die notwendigen Mittel in diesen Haushalt einzustellen. Aber ich bin zuversichtlich, daß es uns gemeinsam dennoch gelingt, noch 1997 dafür eine Lösung zu finden, da wir gemeinsam den tatsächlichen Erfolg dieser Initiative wollen und brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen neue Branchen und neue Technologien, neue Bereiche fördern. Ich denke hier besonders an Neue Medien, deren Förderer nicht bei der CDU zu sitzen scheinen. Denn wenn es in Ihrem Antrag unter "die freiwilligen Leistungen des Landes sind zu kürzen" auch um die Mittel der Filmstiftung in Höhe von 15 Millionen DM geht, dann treffen Sie das bundesweit führende Unternehmen zur Filmförderung empfindlich. Sie machen es regelrecht platt.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Reinhold Trinius [SPD])

Sie sollten aufpassen, daß Sie sich damit nicht den Vorwurf der Jobkiller einhandeln.

Ich meine mit "neuen Branchen" aber auch die Arbeitsplätze vor allem in der Umweltindustrie. Gerade hier zeigt sich, wofür Rot-Grün angetreten ist, nämlich Arbeit und Umwelt unter einen Hut zu bringen. Unser Öko-Investitionsprogramm Arbeit und Umwelt ist sehr ehrgeizig. 13,1 Milliarden DM haben wir für die gesamte Legislaturperiode zugesagt, und diese Zusage werden wir auch einhalten. Was wir konkret hinter dieser Zahl bewegen, will ich nur an einigen wenigen Beispielen deutlich machen.

Durch die Initiative produktionsintegrierter Umweltschutz werden wir den vorsorgenden Umweltschutz ausbauen. Wir können hiermit ressourcensparende Technologien auf den Weg brin-

gen und dazu beitragen, daß wir im Bereich der Umweltschutztechnologien wieder den führenden Platz einnehmen,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

den Deutschland aufgrund falscher Prioritätensetzung in der Bonner Wirtschaftspolitik inzwischen an die USA und Japan verloren hat. Nicht jammern, Herr Linssen - etwas tun hier im Land!

(Jawohl! und Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ein Sonderprogramm "ökologische Wasserwirtschaft" in Höhe von 250 Millionen DM und auch das Konzept zur Bewältigung des Siedlungsabfalls mit der Öffnung für biologisch-mechanische Anlagen sichern Arbeitsplätze und schützen die Umwelt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wo ist denn Matthiesen jetzt?)

- Herr Linssen, schreien Sie hier doch nicht nach dem Matthiesen. Sie sitzen hier als Oppositionsführer.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr habt doch Krach! Hören Sie doch auf mit dem Krach! - Beifall bei der CDU - Gegenrufe von GRÜNEN und SPD - Ewald Groth [GRÜNE]: Den Beifall verdient er gar nicht!)

Ein bisher kleiner, aber von den Verbraucher/-innen aufgrund ihrer Verunsicherung immer stärker nachgefragter Bereich ist die ökologische Vermarktung von Produkten. Hier stecken Entwicklungschancen für die Landwirtschaft und verarbeitende Betriebe, die wir bereits nutzen und ausbauen werden.

Die Landesregierung schafft die Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren, Vorrangflächen für die Windkraftnutzung für mindestens 1 000 Megawatt Windkraft zu ermöglichen. Das könnte den Anstoß geben, daß endlich auch in Nordrhein-Westfalen Unternehmen in den Bau von Windkraftanlagen einsteigen.

Zudem ist es uns gelungen, den im letzten Jahr verdoppelten Ansatz für die REN-Förderung - die Förderung von regenerativen Energien - noch einmal leicht aufzustocken, den Ansatz für Nah- und Fernwärmekonzepte um 8 Millionen DM zu erhöhen und ein neues Programm zur rationellen Energienutzung bei Landesbauten in Höhe von insgesamt 15 Millionen DM neu aufzulegen.

Die Anstrengungen, den öffentlichen Wohnungsbau mit den zur Verfügung stehenden Mitteln als

(B)

(C)

(D)

(Nacken [GRÜNE])

- (A) Niedrigenergiehäuser bauen zu lassen, werden fortgesetzt. Das Ziel ist, nur noch Niedrigenergiehäuser zu fördern. Das Programm zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes wird ebenfalls fortgeführt.

Das meinen wir, wenn wir sagen, es gelte, Arbeit und Umwelt unter einen Hut bringen. Damit schaffen und sichern wir Arbeitsplätze.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Eine alte und gleichzeitig neue Branche ist der gesamte Bereich der Verkehrsmittel und der damit zusammenhängenden Firmen. Nicht nur, weil Bus, Bahn, Fahrradfahren und Zufußgehen die umweltfreundlicheren Bewegungsarten sind - in Ihrem Jargon, Herr Linssen, also aus ideologischen Gründen -, müssen wir diese Verkehrsarten mehr nutzen. Nein, die Verkehrswende braucht auch aus ökonomischen Gründen einen kräftigen Schub. Daran arbeiten wir in dieser Koalition - aus grüner Sicht nicht schnell und nicht konsequent genug, mit vielen Schlenkern, Umwegen und Abwegen.

- (B) Aber so ist das nun einmal in einer Koalition. Kein Partner bestimmt das Tempo allein. Daß wir einen Quantensprung gerade in der Verkehrspolitik, daß wir eine zweite Eisenbahnrevolution brauchen, ist unstrittig. Mit einem 135-Millionen-Programm "Bahnland NRW" wollten wir GRÜNEN einen solchen Schub geben und gleichzeitig eine andere, eine zukunftsfähige Industriepolitik für das Land Nordrhein-Westfalen einleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider konnten wir unseren Koalitionspartner diesmal noch nicht von der Wichtigkeit und Richtigkeit dieses Vorhabens überzeugen. Dabei belegt eine Studie im Auftrag des zuständigen Ministeriums genau die Dringlichkeit eines solchen Programms für Nordrhein-Westfalen.

In NRW sind rund 450 Industrie- und Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne im Bereich der Bahntechnik tätig. Sie beschäftigen 40 000 Menschen. Einschließlich aller Zulieferer und der Beschäftigten bei den Verkehrsunternehmen sind rund 100 000 Erwerbstätige vom System Schiene abhängig. Das hätten wir mit unserem Programm weiter verstärken wollen.

Herausgekommen ist leider nur ein erster Ansatz für das Technologieprogramm Schienenverkehrstechnik in Höhe von 8 Millionen DM. Dies ist zu-

wenig für eine Offensive, aber ein erster winziger Schritt auf dem richtigen Weg. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn nur so schaffen wir den notwendigen Qualitätssprung im öffentlichen Personennahverkehr zu einem 5- oder zumindest 10-Minutentakt im Ballungsraum und vergleichbaren Beförderungsqualitäten für den ländlichen Raum. Dieses ehrgeizige Ziel hat Minister Clement erst kürzlich anlässlich einer verkehrspolitischen Tagung in Köln formuliert, und dafür hat der Minister unsere Unterstützung. Lassen Sie uns versuchen, die ersten Ansätze im Haushalt 1997 dafür effektiv zu nutzen und weiter auszubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht aber auch um die Sicherung industrieller Arbeitsplätze: Das Land kann und muß dazu beitragen, die Zukunftsfähigkeit der großen Branchen zu sichern, ihnen die Forschungspotentiale besser zugänglich zu machen und neue Produkte zu entwickeln, insbesondere ökologischere und damit zukunftsfähige. Das ist gerade für die Stahl-, die Metall- und die Chemiebranche in Nordrhein-Westfalen erforderlich. Wir wollen die Betriebe in Nordrhein-Westfalen halten, und wir wollen die Arbeitsplätze sichern. Wir haben in dieser Koalition keine Arbeitsteilung, die dergestalt aussieht, daß wir GRÜNEN für die Ökologie und die SPD für die alten Industriebranchen zuständig sind. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch wir fühlen uns verantwortlich für die altindustriellen Arbeitsplätze und deren Zukunft. Es macht aber keinen Sinn, hier eine Politik des "Weiter so" zu betreiben. Eine erfolgreiche Strategie - diesbezüglich stimmen wir zwar noch nicht mit allen Unternehmungsführungen, aber mit den gewerkschaftlichen Vertretungen überein - kann nur auf ökologisch ausgerichtete Produktionsverfahren und Produkte zielen. Nur so können Arbeitsplätze in diesen Branchen erhalten werden, und dazu tragen zahlreiche Initiativen und Programme der Landesregierung bei.

Eine besondere Anforderung an uns stellt der notwendige Strukturwandel in den Kohlerevieren; dieser wurde hier bereits angesprochen. Wir können und müssen den Strukturwandel hier, wo er unverzichtbar und nicht aufzuhalten ist, so gestalten und in einem Tempo durchführen, das er

(Nacken [GRÜNE])

- (A) sozialverträglich ist und uns Zeit bleibt, Neues aufzubauen. Eine solche Herangehensweise ist den Verantwortlichen in Bonn fremd. Wir stehen zu unserer Zusage, die Leistungen des Landes in Höhe von 1,2 Milliarden DM jährlich bis 2005 zu verstetigen. Bonn konnte sich bisher nicht dazu durchringen, zu seinen schon getroffenen Versprechungen zu stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Leistung ist eine enorme Belastung für den Haushalt und erschwert Investitionen an anderer Stelle. Aber dennoch ist sie dringend notwendig, damit die Ruhrkohle und die dort arbeitenden Menschen Planungssicherheit bekommen und insbesondere die Umstrukturierung nicht im Sturzflug, sondern im Gleitflug vonstatten geht. Wie gesagt: Auch hier ist Bonn seit langem gefordert und legt die Hände in den Schoß. - Wir handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dies alles sind investive Maßnahmen in der zwischen allen Fraktionen unstrittigen Definition, Herr Linssen. Ich meine, daß diese Definition der investiven Maßnahmen aber längst überholt ist. Für mich sind Investitionen in Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Hochschulen sehr wohl investiv. Oder sollten wir etwa in diesen Bereichen sparen, Herr Linssen?

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es macht doch keinen Sinn, daß der Bau einer Hochschule eine investive Maßnahme ist, aber der Betrieb dieser Hochschule - gerade dort, wo kreatives Know-how ausgebildet und fortgebildet wird - als konsumtiv bezeichnet wird. Das sind Zukunftsinvestitionen, wie Ihr Zukunftsminister Rüttgers in Bonn nicht müde wird zu wiederholen. Es werden auch viele sozialpolitische Maßnahmen zu Unrecht unter dem Posten "konsumtiv" verbucht, wie zum Beispiel die Sozialen Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen. Aber selbst wenn ich mich an die strukturkonservative Definition halte, weist der vorliegende Haushaltsentwurf eine Investitionsquote von 10,5 % auf. Diese ist sicher steigerungsfähig, aber angesichts der Notwendigkeit, steuerpolitischen Unsinn und sozialpolitischen Kahlschlag aus Bonn mit Landesmitteln zumindest teilweise abzufedern, der richtige Ansatz.

Ich möchte nur noch einmal folgendes zu bedenken geben: Sie sprachen die Investitionsquoten des Bundes und der anderen Länder an, die ver-

gleichsweise höher liegen. Aber auch dort sind die Investitionsquoten in den letzten Jahren gesunken.

(Minister Heinz Schleißer: Drastisch gesunken!)

- Sie sind drastisch gesunken, wirft der Finanzminister des Landes ein.

Ich habe es gerade schon gesagt: Der allergrößte Anteil der Landesfinanzen geht - und das ist für die Zukunftsfähigkeit des Landes gut so - in die Bildung, die Hochschulen und die Wissenschaft. Das sind 27,4 Milliarden DM, also mehr als 30,45 % des gesamten Landeshaushalts. Natürlich reicht das eigentlich immer noch nicht aus.

Gerade im Schulbereich setzen wir mit diesem Haushalt ein Maßnahmenpaket um, das uns in dieser Koalition und mit den Betroffenen viel Kraft gekostet hat. Ich meine das Maßnahmenpaket zur Sicherung der Unterrichtsversorgung bei steigenden Schüler- und Schülerinnenzahlen, welches auch eine differenzierte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung einschließt.

Im Vergleich zu der simplen Lösung anderer Länder, den Schüler- und Schülerinnenberg durch ein bis zwei Stunden Mehrarbeit der Lehrer und Lehrerinnen aufzufangen, ist die NRW-Lösung geradezu filigran und versucht, auf die unterschiedlichen Belastungen an verschiedenen Schultypen einzugehen und Entlastungen an anderer Stelle oder zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen. Dennoch ist uns die Entscheidung für diese von uns mitgestaltete Lösung nicht leicht gefallen; es gab nur keine Alternative.

Neueinstellungen von Lehrern und Lehrerinnen sind in der derzeitigen Haushaltslage nicht darstellbar, für uns jedenfalls nicht, für die CDU - jedenfalls zum Zeitpunkt der Grundsatzentscheidung vor der Sommerpause - sehr wohl. Aber dazu mußten die Fachleute aufgrund der geistigen Abwesenheit während der zweiten Lesung auch nicht Stellung beziehen, und Sie, Herr Linssen, haben heute nur den Leistungsabfall in den Schulen thematisiert, aber nichts zur Zukunft der Schule gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werben jedenfalls bei den betroffenen Schülerinnen, Lehrerinnen und Eltern für Verständnis für diese Lösung. 1 000 Stellen, die für Modelle und besonders schwierige Schulsituationen zur Verfügung stehen, können dazu beitragen. Mit

(C)

(D)

(Nacken [GRÜNE])

- (A) einem Gutachten, das die Arbeitsbelastung von Lehrern und Lehrerinnen an den verschiedenen Schulformen erheben wird, können wir dann hoffentlich auch mit alten Vorurteilen bezüglich fauler Lehrer und Lehrerinnen aufräumen.

Bedauerlich ist, daß es in diesem wie im vergangenen Jahr nicht einmal möglich war, einige wenige Neueinstellungen für die Integration behinderter Kinder in Schulen zur Verfügung zu stellen. Ich meine, daß es hier einen erheblichen Nachholbedarf gibt, der nur mit Personal abgedeckt werden kann. Wer schon einmal eine solche Schule besucht hat, wird wissen, wieviel Sinn integrative Schulformen sowohl für die behinderten wie auch für die nichtbehinderten Kinder machen.

Sehr erfreulich ist dagegen die gute Annahme des Programms für die volle Halbtagsschule. Wir haben mittlerweile zahlreiche entsprechende Schulen und müssen das Programm aufstocken, um ein flächendeckendes Angebot machen und bestehende Gruppen sichern zu können. Wir tun dies ausgesprochen gern, weil wir damit die Lebenssituation für Kinder berufstätiger Eltern erheblich verbessern und gerade in Haushalten von Alleinerziehenden den Terminstreß vermindern oder eine Berufstätigkeit und damit Unabhängigkeit von der Sozialhilfe erstmals ermöglichen können.

(B)

Der weitere Ausbau der Kindertagesstätten entsprechend dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wird fortgesetzt. Hierfür konnten ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein Kraftakt.

Sehr erfreulich ist in diesem Zusammenhang, daß der Haushalt Kinder, Jugend und Familie im Gegensatz zu anderen Bereichen, die das MAGS betreffen, kaum Abstriche hat hinnehmen müssen.

Auch im Bereich Hochschule, Forschung und Wissenschaft nehmen wir ernst, daß es sich hier um Zukunftsinvestitionen handelt. Während viele Haushalte Kürzungen oder zumindest unveränderte Ansätze hinnehmen mußten, wurden die Mittel für die Forschungsförderung um 3,6 % und die Mittel für Lehre und Forschung an den Hochschulen um 2,8 % gesteigert. Auch das erstmals 1996 angelaufene Innovationsprogramm Forschung, das die Förderung interdisziplinärer Zukunftsprojekte zum Ziel hat, konnte noch einmal aufgestockt werden.

Frauenförderung, die sich nicht mehr auf das Ressort der zuständigen Ministerin allein beschränkt, sondern wie ein roter Faden von der Wirtschaftspolitik bis zur Frauenpolitik alle Ressorts durchzieht, ist gerade auch im Wissenschaftsbereich wichtig. Die Nachwuchsförderung mit dem Schwerpunkt Frauen, die Wiedereinstiegsstipendien für Frauen, die Mittel für Frauenbeauftragte an den Hochschulen und das Gutachten für eine Frauenhochschule - alle diese Programme werden auf gleichem Niveau oder mit verstärktem Etat fortgesetzt.

(C)

Auch wenn es bezüglich des Gutachtens für eine Frauenhochschule keine zusätzlichen Mittel gibt, haben wir doch die Zusage der Ministerin, ein solches Gutachten auf den Weg zu bringen. Und wenn ich mir vor Augen führe, daß es in der Bundesrepublik keine einzige weibliche Professur für Geburtskunde gibt, muß ich feststellen, daß die Hochschulen hier in der Tat einen ordentlichen Schub nötig haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Frauenoffensiv" heißt eine Kampagne der Bündnisgrünen-Partei. Dieses Motto könnte aber auch über dem Landeshaushalt stehen, eben weil Frauenpolitik in vielen Ressorts im Aufwind ist. Besonders deutlich wird dies natürlich im Haushalt der Gleichstellungsministerin, aber auch in den frauenspezifischen Programmen im Wirtschaftsetat.

(D)

Die Regionalstellen Frau und Beruf wurden vom Modellprojekt in eine ständige Einrichtung überführt und ausgebaut. Sie leisten wertvolle Arbeit für die Berufswahlorientierung von Mädchen, für den Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf und für die Beratung von Existenzgründerinnen. Das Programm für Existenzgründerinnen wurde wieder mit 5 Millionen DM ausgestattet. Im Rahmen der Landesinitiative "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" werden erste Projekte bewilligt. Das Zentrum "Frau in Beruf und Technik" soll als Transferstelle für das Landesprogramm ausgebaut werden.

Für Maßnahmen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen, für den Schutz von Opfern von sexuellen Straftaten und - besonders erfreulich - für die Förderung der Notrufe und Beratungsstellen für vergewaltigte Frauen und Mädchen stehen mit diesem Haushalt erstmals Landesmittel zur Verfügung. Bei allem, was auch

(Nacken [GRÜNE])

(A) in diesem Bereich zu tun bleibt, ist Rot-Grün ein Gewinn für die Frauen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angesichts des sozialpolitischen Dramas auf der Bonner Bühne müssen wir unsere sozialpolitische Verantwortung ernst nehmen. Natürlich können wir die soziale Schieflage und die Armutsentwicklung aufgrund Bonner Entscheidungen nicht auffangen. Dazu trifft den Landeshaushalt die verfehlte Bonner Steuer- und Wirtschaftspolitik zu sehr. In dem Tempo, wie in Bonn immer neue Feuer entfacht werden

(Ministerpräsident Dr. Johannes Rau stellt der Rednerin ein gefülltes Glas Wasser neben das Rednerpult. - Beifall bei SPD, GRÜNEN und des Ministers Dr. Michael Vesper)

- ein Kavalier alter Schule, unser Ministerpräsident -, können wir nicht löschen. Aber wir versuchen gegenzusteuern, solange in Bonn die Mannschaft samt Kapitän noch nicht ausgetauscht wird.

Gelungen ist uns das in diesem Haushalt im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Sie wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Mit den Sozialen Betrieben haben wir ein neues Instrument, das 1997 voll zum Einsatz kommen wird und vor allem Langzeiterwerbslose in reguläre Arbeit bringen soll.

(B)

In anderen sozialpolitischen Bereichen wie zum Beispiel der qualitativen Weiterentwicklung des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" oder der Alten- und Gesundheitspolitik wird das Jahr 1997 erst zeigen, inwieweit uns der Durchbruch gelingen wird. Viele dieser aus unserer Sicht dringend erforderlichen Maßnahmen sind 1996 trotz Finanzen nicht umgesetzt worden. Besonders kraß ist die Diskrepanz zwischen Anspruch und tatsächlichem Handeln in der Drogen- und Suchtpolitik. Ob hier die notwendige Reformpolitik für die Opfer der herrschenden Drogenpolitik darstellbar ist, ist fraglich.

Herr Linssen, hören Sie gut zu: Es geht uns um die Opfer, nicht um die Dealer oder einen laxen Umgang mit Drogen und Suchtgefahren.

Insgesamt mußte dieser Politikbereich starke Kürzungen hinnehmen, obwohl gerade hier Verstärkungen oder zumindest ein Halten der Ansätze nötig gewesen wäre, was nicht nur die Fachpolitikerinnen schwer hinnehmbar finden.

Trotz der schwierigen finanziellen Situation sind und bleiben wir ein verlässlicher Partner für die

Kommunen. Wir verschieben unsere Probleme nicht wie Bonn auf die Kommunalfractionen. Die Schlüsselzuweisungen steigen trotz sinkender Steuereinnahmen stetig. 1997 weisen wir 170 Millionen DM mehr an Schlüsselzuweisungen aus. Die von uns kritisierte Befrachtung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1996 in Höhe von rund 300 Millionen DM wird, wie zugesagt, mit diesem Haushalt zurückgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gemeinden, die vom Abzug von Streitkräften besonders hart betroffen sind, können mit unserer finanziellen Hilfe rechnen. 6 Millionen DM stehen hierfür erstmalig zur Verfügung.

Auch die Umstrukturierung der Zuweisungen auf der Grundlage der ifo-Untersuchung wird mit diesem Gemeindefinanzierungsgesetz fortgesetzt. Dabei ist uns der Strukturfonds mit 250 Millionen DM für die Jahre 1997 bis 1999 für diejenigen Städte und Gemeinden, die besondere Verluste hinnehmen müssen, wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen, daß all das angesichts der leeren Kommunalkassen noch zu wenig ist. Aber auch hier gilt: Das Land kann nicht zum Ausfallbürgen für den Bund werden. Nicht wir haben den hohen und nach wie vor ansteigenden Anteil der Sozialleistungen, die die Kommunen erbringen müssen, zu verantworten.

(D)

Aus unserer Sicht bedauerlich ist in diesem Bereich die Senkung der Investitionspauschalen.

Gerade im Bereich der liberalen Bürgerinnenrechte und der Migration weht ein neuer Wind in diesem Land. Nordrhein-Westfalen ist ein Einstieg in eine völlig andere Migrationspolitik gelungen, den wir mit diesem Haushalt fortsetzen und verstärken werden. Wir haben nicht nur einen Migrationsausschuß in diesem Hause, sondern auch umfangreiche Programme zur Unterstützung der Selbstorganisation von Eingewanderten. Und das ist richtig so; denn diese Menschen leben zum Teil in der dritten Generation mit uns zusammen und tragen auch zum ökonomischen Funktionieren dieser Gesellschaft bei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein umfangreiches Antidiskriminierungsprogramm haben wir mit zwei Modellprojekten im Bereich der Polizei gestartet. Wir werden das fortsetzen. Das Migrationsinstitut ist ein weiterer Baustein.

(Nacken [GRÜNE])

- (A) Für die Menschen, die in unserem Land Zuflucht vor Verfolgung suchen, haben wir mit der SPD gemeinsam die Ansätze für die Kirchen bei der Flüchtlingshilfe und -beratung gestärkt. Ein positives Signal, das ich aus Bonn vermisste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und auch im Bereich der Lesben- und Schwulenpolitik ist es uns gelungen, einen Ansatz zu veranschlagen, der zur Prävention von Gewalt gegen diese Menschen genutzt werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte Sie, Herr Linssen: Sprechen Sie in diesem Zusammenhang nicht immer von Klientelpolitik! Es geht hier um meist rechtsradikal motivierte Gewalt gegen Menschen, weil sie anders sind als Sie und ich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein Anschlag gegen die zivile Gesellschaft, gegen das Zusammenleben von sehr unterschiedlichen Menschen, der für uns nicht hinnehmbar ist. Er sollte es auch für Sie nicht sein. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat dies als Problem erkannt, wie ich gestern noch an einem neuen Informationsblatt sehen konnte. Sie sollten sich dem auch nicht verschließen.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Fonds zur Hilfe für Opfer des Nationalsozialismus ist im Vergleich zum Vorjahr gekürzt worden. Um hier gleich Spekulationen entgegenzutreten: Dies entspricht aber aufgrund der bisherigen Erfahrungen den zu erwartenden Anforderungen an diesen Fonds - und das, obwohl es mit Unterstützung des Innenministers gelungen ist, nicht nur einmalige, sondern auch laufende Leistungen zu ermöglichen und miteinander zu vereinbaren. Hierfür, aber vor allem für seine Zusage, wenn Mittel über die im Haushalt veranschlagten 4,5 Millionen DM hinaus notwendig sind, für Deckung zu sorgen, möchte ich dem Innenminister ausdrücklich danken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es gibt auch in diesem Politikbereich die Möglichkeit für die Koalitionspartner, ihr eigenes Profil deutlich zu machen. So wird es mit uns keine Hetzkampagne gegen Scientology geben. Wir nehmen diese Sekte und ihre Methoden sehr ernst, aber die Antwort kann nicht in einer Neu-

auflage des Berufsverbotes bestehen. Die Zeiten sollten ein für allemal vorbei sein. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und auch ein "Lauschangriff", ob groß oder klein, paßt nicht in unsere zivile Gesellschaft. Er führt auch nicht zum gewünschten Erfolg und ist daher mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

In der Rechtspolitik will ich eines hervorheben: Von der Fachwelt wird uns bescheinigt, daß unser Ansatz beim Täter-Opfer-Ausgleich und Umgang mit Tätern, nämlich Resozialisierung statt Rache, europaweit vorne liegt. Davon können sich andere Länder ein Stück abschneiden.

So weit, meine Damen und Herren, zu den einzelnen Haushaltsbereichen, die unsere Fachpolitikerinnen und -politiker in der zweiten Lesung detailliert dargestellt haben und dabei auch sehr viel deutlicher in den verschiedenen Ressorts zeigen konnten, wo wir GRÜNEN Erfolge hatten, wo wir eine Verstärkung von Mitteln für nötig gehalten haben, aber nicht erreichen konnten, oder an gegenteiligen Forderungen unseres Koalitionspartners gescheitert sind.

Ich denke aber, ich habe sehr deutlich machen können, unter welchen Rahmenbedingungen dieser Haushalt steht, und welche Anforderungen an uns gestellt werden. Ich meine, dieser dritte gemeinsame Haushalt mit rot-grüner Handschrift zeigt deutlich den Reformwillen dieser Koalition. Er zeigt deutlich, daß wir uns gemeinsam den Anforderungen im Interesse der Menschen in diesem Land stellen und in der Lage sind, Lösungen anzubieten. (D)

Um das beurteilen zu können, reicht es nicht, Herr Linssen, auf die 70 Millionen DM zu gucken, die wir als Fraktionen nach Vorlage des Entwurfs bewegt haben, und dies dann in Ihrer üblichen Art und Weise schnoddrig als "grüne Spielwiesen" zu bezeichnen.

(Zuruf von der CDU: Stimmt doch auch!)

Wenn Sie wollen, daß wir Ihre Kritik und Anregungen ernst nehmen, dann müssen Sie schon den Blick fürs Ganze haben, sonst springen Sie immer wieder zu kurz. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN - Beifall bei der SPD - Heinz Paus [CDU]: Die Rede stieß auf großes Interesse der eigenen Fraktion!)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Kollegin Nacken. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau das Wort.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verabschiedung eines Landeshaushalts, der Beschluß über den Fahrplan für ein ganzes Jahr, ist eine außerordentlich wichtige Debatte. Ich habe dieser Debatte mit großem Interesse zugehört.

Bitte erlauben Sie mir dennoch eine persönliche Bemerkung. Um 15 Uhr treffen sich die Regierungschefs der Länder mit dem Bundeskanzler, und die zeitliche Dimension dieser Aussprache war nicht vorherzusehen.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Grüßen Sie den Bundeskanzler!)

- Das will ich gerne tun.

(Laurenz Meyer [CDU]: Das ist immer ein lohnenswerter Termin!)

- Da bin ich nie ganz sicher. Manchmal stehen Länder gegen den Bund, manchmal einigt man sich, manchmal gelingt das nicht. Aber es ist jedenfalls gut, wenn man dabei ist, wenn solche Gespräche geführt werden.

(B)

Ich bitte um Nachsicht. Es ist schon zwanzig nach eins, und ich würde gerne auch von dem Recht Gebrauch machen, etwas zum Landeshaushalt und zur Rede des Oppositionsführers zu sagen. Ich weiß nur nicht, ob ich an allen Runden, die möglicherweise noch folgen, noch teilnehmen kann. Ich habe das dem Landtagspräsidenten und damit dem Parlament vorher mitgeteilt.

Meine Damen und Herren! Auch bei diesem Haushalt werbe für diesen Haushalt, werbe für diese Koalition und diese Landesregierung und werbe für unser Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Rede, die Sie, Herr Kollege Linssen, hier gehalten haben, war ja wohl die in der vergangenen Woche angekündigte Abrechnung. Nun gestehe ich: Nicht alle Zitate haben mich gefreut, die Sie genüßlich vorgetragen haben; manches hat mich geärgert. Aber "Abrechnung" kommt von "abrechnen", und "abrechnen" kommt von "rechnen". Wer richtig rechnen will, bei dem müssen

die Zahlen stimmen. Genau daran hapert es nicht nur in Ihrer heutigen Rede gewaltig. Ich will nachher an einigen ganz konkreten Beispielen darauf zurückkommen, zunächst aber zu einigen anderen Punkten Stellung nehmen.

(C)

Sie haben von einer Polis-Umfrage aus der Staatskanzlei gesprochen, die auch Herr Kollegen Matthiesen zitiert hat. Ich muß Sie enttäuschen: Die gibt es nicht. Richtig ist, daß der SPD-Landesverband eine Untersuchung in Auftrag gegeben hat - keine Umfrage, sondern eine nicht repräsentative Untersuchung.

Da haben in kleinen Gesprächsgruppen mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus unterschiedlichen Kreisen der Gesellschaft die Forscher über Stärken und Schwächen unseres Landes gesprochen, über Erfolge und Mißerfolge. Was hätte die SPD davon gehabt, wenn ihr die Forscher eine heile Welt gezeigt hätten? Von schlechten Zensuren für den Wirtschaftsstandort NRW kann aber nun wirklich keine Rede sein.

Sie haben meinen Hinweis kritisiert, daß sich die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen seit Ende der 80er Jahre nicht so schlecht entwickelt hätte wie im Durchschnitt der westlichen Länder. Ich frage Sie: Was stört Sie daran, daß wir uns im Ländervergleich verbessern?

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage das doch nicht, um die Probleme zu verharmlosen. Ich teile die Sorge, die Klaus Matthiesen hier ausgesprochen hat. Wenn wir es nicht zustande bringen, Menschen Berufsperspektiven zu geben, dann werden nicht nur wir abgewählt, dann wird das parlamentarische System auf dem Prüfstand stehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will nicht verharmlosen, wahrlich nicht. Aber ich will nicht und ich will nicht zulassen, daß gegen alle Wirklichkeit so getan wird, als gebe es in Nordrhein-Westfalen eine Sonderentwicklung zum Schlechten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Darum noch einmal: Ich freue mich darüber, daß der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Arbeitslosen im Westen der Bundesrepublik von 34 % Ende der 80er Jahre auf inzwischen 29,8 % im November dieses Jahres zurückgegangen ist.

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Sie haben, Herr Kollege Linssen, die Wohnungsbaupolitik der Landesregierung kritisiert. Das ist schwer verständlich.

(Laurenz Meyer [CDU]: Es werden immer weniger Wohnungen gebaut!)

Sie müßten die Zahlen doch auch kennen. Bis Ende Juli wurden in Nordrhein-Westfalen über 50 000 Neubauwohnungen genehmigt. Das sind 0,8 % mehr als im Vorjahr.

(Zurufe von der CDU)

Bundesweit gingen die Genehmigungen um 14,5 % zurück.

(Hört, hört! bei der SPD)

Der Wohnungsbau hat sich in Nordrhein-Westfalen besser entwickelt als in anderen Ländern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Übrigens führen die Bausparkassen diesen Erfolg ganz wesentlich auf die neue Eigenheimzulage zurück. Früher stieg die staatliche Wohnungsbauförderung mit dem Einkommen; heute ist sie vom Einkommen unabhängig. Das gibt vielen Familien erst die Möglichkeit zu bauen.

- (B) Diese einkommensunabhängige Förderung haben CDU/CSU und F.D.P. über zehn Jahre lang in Bonn blockiert. Die Landesregierung hat schon in den 80er Jahren im Bundesrat einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Erst vor zwei Jahren konnten wir der Bundesregierung - Sie haben eben den Zuruf "Töpfer" gemacht - diese neue Wohnungsbauförderung abringen.

Das zeigt: Die Bundesregierung war über zehn Jahre lang ein Investitionshindernis für den Wohnungsbau, vor allem für Familien mit mittlerem Einkommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Sie haben sich in den breiten bundespolitischen Passagen Ihrer Rede auch zur Steuerpolitik geäußert. Niedrigere Steuersätze bei breiterer Bemessungsgrundlage - da gibt es keinen Unterschied. Aber die praktische Steuerpolitik der Bundesregierung hat weiter soziale Schlagseite und fördert weder Investitionen noch Beschäftigung.

Das jüngste Beispiel ist die Abschaffung der privaten Vermögensteuer. Meine Damen und Herren, damit entlasten Sie in Nordrhein-Westfalen

etwa 38 000 Vermögensteuerzahler. Gleichzeitig müssen aber vom nächsten Jahr an alle, die ein Haus oder eine Eigentumswohnung kaufen, 1,5 % mehr Grunderwerbsteuer zahlen. 1995 waren das 282 000 Käuferinnen und Käufer. Das ist Ihre praktische Steuerpolitik: Damit 38 000 Frauen und Männer mit großem Vermögen entlastet werden, zahlen Hunderttausende mehr. Anders wäre der Ausgleich für Länder und Gemeinden nicht zustande gekommen. Mir bleibt ungreiflich, daß die Bundesregierung und die CDU nicht bereit waren, die private Vermögensteuer verfassungsgemäß neu zu gestalten. Es ging nur um die Sätze. (C)

(Beifall bei der SPD)

Sie haben beklagt, daß es in Nordrhein-Westfalen zu wenig Selbständige gibt. Das stimmt. Sie wissen, daß die Landesregierung viel dafür tut, daß sich das ändert. Es stimmt aber auch, daß sich in dieser Frage schon in den vergangenen Jahren einiges verändert hat. Die Selbständigenquote ist in Nordrhein-Westfalen zwischen 1980 und 1994 um einen Prozentpunkt gestiegen: von 7,8 auf 8,8 %.

Sie haben kritisiert, daß es in der Bundesrepublik Deutschland und auch bei uns noch zu wenige Teilzeitarbeitsplätze gibt. Auch diesen Hinweis halte ich für berechtigt. Aber auch hier sollte man nicht so tun, als gäbe es keine Veränderungen. 1995 lag die Teilzeitquote in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft bei 11,4 %. Sie ist im Vergleich zu 1980 damit um etwa 60 % gestiegen. (D)

Deutlich anders, und zwar besser, sieht die Situation im öffentlichen Dienst aus. 22,3 % der Beschäftigten im Landesdienst arbeiten Teilzeit. Die Teilzeitquote ist von 1980 bis 1995 fast um die Hälfte gestiegen.

Übrigens, Herr Kollege Linssen: Es ist doch der Bundesinnenminister, der die Einstellungsteilzeit für Beamte blockiert. Die Länder wollen diese Möglichkeit schaffen. Vielleicht sprechen Sie einmal mit dem Bundesinnenminister.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: In Nordrhein-Westfalen sind unternehmende Unternehmer willkommen. Sie finden hier günstige Voraussetzungen für Investitionen, auch im Bereich der Biotechnik und der Gentechnik. Das Wissenschaftszentrum hat am 9. Dezember eine Veranstaltung zum Thema "Bio- und Gentechnologie" mit 400 Teilnehmern

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gemacht. Sie hat außerordentlich große und gute Resonanz gefunden. Dabei hat Professor Dr. Stadler mehrfach die ausgezeichneten Standortbedingungen in Nordrhein-Westfalen betont.

(Laurenz Meyer [CDU]: Ist das jetzt Ihre persönliche Meinung oder die der gesamten Landesregierung?)

- Das ist meine Meinung und die von Professor Stadler, den ich eben zitiert habe, den ich aber nicht ---

(Laurenz Meyer [CDU]: Können Sie auch für die gesamte Landesregierung sprechen?
- Zurufe von der SPD)

- Die Sorge, ob ich für die gesamte Landesregierung spreche, brauchen Sie sich nicht zu machen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir brauchen keine Diskussionen mit Schlagworten. Wir brauchen Diskussionen darüber, was wir wollen, was ethisch verantwortbar und was ethisch geboten ist. Auch diese Diskussionen will ich. Ich will nicht, daß nur Christdemokraten und Sozialdemokraten und GRÜNE auf katholischen oder evangelischen Akademietagungen über die ethische Dimension der Wirtschaft sprechen, sondern daß wir das auch hier tun. Das will ich auch.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich will Ihnen, Herr Dr. Linssen, nicht vorwerfen, daß Sie sich wiederholen. Das ist in der Politik in vielen Fällen sogar nötig. Ernst Bloch hat einmal gesagt: "Ich wiederhole mich so oft, bis man mich versteht." - Da müssen Sie noch lange reden ...

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auf Dauer sind nämlich vernünftige Argumente durch nichts zu ersetzen. Und wer sich nicht an die Tatsachen hält, der gewinnt bei den Menschen kein Vertrauen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Genau das ist das Problem der Opposition, und das seit 30 Jahren. Sie haben große Schwierigkeiten, die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen so wahrzunehmen, wie sie ist. Natürlich ist nicht alles falsch gewesen, was Sie gesagt haben. Aber die Schwäche Ihrer Argumentation zeigt

sich darin, daß ein falsches Bild von Nordrhein-Westfalen entsteht. Darum will ich falsche Behauptungen richtigstellen, damit sich keine falschen Eindrücke festsetzen. Im Sommer haben Sie vom "Ritt in den Staatsbankrott" gesprochen. Damit haben Sie nicht den Bundeshaushalt gemeint, sondern den Landeshaushalt.

(C)

Im gleichen Atemzug haben Sie der Landesregierung vorgeworfen, im Haushaltsentwurf sei eine Reserve, da sei ein Reptilienfonds versteckt. Das haben Sie heute nicht wiederholt. Das ist ein Fortschritt. Noch besser wäre es gewesen, wenn Sie es nie behauptet hätten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was?)

Denn das war von Anfang an ohne Wirklichkeitsgehalt.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Können Sie das einmal belegen?)

- Das kann ich Ihnen gern belegen.

Sie fallen von einem Extrem ins andere, von einer Luftbuchung zur anderen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Sommer beschwor die Opposition eine Reserve, die es nicht gab. Jetzt erfinden Sie eine Lücke, die es nicht gibt. Ich kann heute feststellen: Was Sie dem Finanzminister und der Landesregierung vorwerfen, hält keiner Überprüfung stand.

(D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Doch!)

Der Haushaltsentwurf ist keineswegs Makulatur, und es gibt überhaupt keinen Grund, heute über einen anderen Haushaltsentwurf zu diskutieren.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Das Problem ist nicht der Haushaltsentwurf. Das Problem ist die Opposition und ihre Strategie.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie bezeichnen den Haushaltsentwurf als nicht beratungsfähig. In Wirklichkeit sind Sie selber nicht beratungsfähig.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Sie werfen dem Finanzminister vor, er habe die Steuereinnahmen für 1997 erheblich zu hoch angesetzt. Die Erfahrung lehrt, daß Heinz Schleußer seriös und auf solider Basis arbeitet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) 1995 hatten wir bei den Steuereinnahmen eine Punktlandung. Die tatsächlichen Steuereinnahmen lagen um 51 Millionen DM über dem Haushaltsansatz. Das ist eine Abweichung von weniger als 0,1 %.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Und 1996?)

Der Bundesfinanzminister hatte die Steuereinnahmen des Bundes 1995 um fast 17 Milliarden DM zu hoch eingeschätzt. Nach der Steuerschätzung im Mai dieses Jahres haben alle Finanzminister im Bund und in den Ländern die Steuereinnahmen nach unten korrigieren müssen. Der Bund und alle Länder waren gezwungen, in den laufenden Haushalten zu kürzen und zu streichen. Darum hat unser Finanzminister am 24. Mai mit einer Haushaltssperre reagiert.

Der Unterschied zwischen der Finanzpolitik des Landes und der des Bundes zeigt sich auch bei der Entwicklung der Neuverschuldung. 59,9 Milliarden DM Neuverschuldung stehen im Haushaltsplan des Bundes für das Jahr 1996. Schon heute ist klar, daß es am Ende dieses Jahres weit über 70 Milliarden DM sein werden, vielleicht sogar 80 Milliarden DM. Das kommt davon, daß in Bonn nicht seriös gerechnet und nicht solide gewirtschaftet wird.

- (B) (Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Für uns in Nordrhein-Westfalen wäre eine solche Erhöhung der Neuverschuldung gegenüber den Haushaltsansätzen um ein Viertel oder gar um ein Drittel außerhalb jeder Vorstellungskraft. Und darum sage ich Ihnen, Herr Dr. Linssen: Sie haben Ihre Vorwürfe im falschen Parlament erhoben und ihren Antrag im falschen Parlament gestellt. Sie verwechseln die Haushaltspolitik des Bundes mit der unseres Landes. Das sollten Sie nicht tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bin froh darüber, daß wir in Nordrhein-Westfalen einen soliden und strengen Finanzminister haben, übrigens einen Finanzminister, der über alle Parteigrenzen hinweg in der ganzen Bundesrepublik Deutschland anerkannt ist. Wir überlassen den "Herrn der Löcher" gern dem Bund.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie kritisieren die notwendige Neuverschuldung. Auch mir wäre es viel lieber, wenn wir mit weniger Krediten auskämen. Aber gute Wünsche helfen nicht. Wir müssen uns mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. Und diese Wirklichkeit ist anders, als auch ich sie mir wünsche.

Im Vergleich zur Finanzplanung hat sich die Haushaltssituation für das Jahr 1997 um 3,3 Milliarden DM verschlechtert: geringere Steuereinnahmen auf der einen und zwangsläufige Mehrausgaben auf der anderen Seite. Über die Hälfte dieser verschlechterten Situation haben wir durch Kürzungen und Einsparungen aufgefangen. Die andere Hälfte müssen wir durch zusätzlichen Kredit finanzieren. Das ist, meine Damen und Herren, konjunkturpolitisch und arbeitsmarktpolitisch richtig und vernünftig.

Daß die Landesregierung verantwortungsbewußt mit den Steuergeldern umgeht, zeigt ein Rückblick auf die Jahre seit 1990. Wir haben in jedem Jahr seit 1990 weniger neue Kredite aufgenommen, als im Haushaltsplanentwurf vorgesehen waren. Zusätzliche Steuereinnahmen haben wir nicht verwendet für zusätzliche Ausgaben, sondern dafür, die Kreditaufnahme zu verringern.

Von 1990 bis 1995 betragen die Steuereinnahmen gegenüber dem Soll 4,5 Milliarden DM; weniger Kreditaufnahme gegenüber dem Soll: 5,5 Milliarden DM. Das heißt: Alle zusätzlichen Steuereinnahmen sind zur Verringerung der Neuverschuldung verwendet worden. Darüber hinaus haben wir noch 1 Milliarde DM eingespart.

Sie tun so, als ob Nordrhein-Westfalen stärker verschuldet sei als alle anderen Länder. Das stimmt nicht: Nordrhein-Westfalen liegt mit seiner Verschuldung je Einwohner im Vergleich der westlichen Flächenländer auf dem vierten Platz. Nur drei Länder stehen besser da als wir: Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Damit bin ich noch nicht zufrieden; aber diese Zahl zeigt: Von einer negativen Sonderentwicklung Nordrhein-Westfalens kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Wir haben uns seit 1990 um zwei Plätze verbessert. Damals lagen wir auf Platz sechs.

Ich erwarte ja nicht, daß diese Zahlen von der CDU-Fraktion ständig verbreitet werden. Das wäre gewiß zuviel verlangt. Aber ich muß doch erwarten, daß Sie die Wirklichkeit nicht immer wieder auf den Kopf zu stellen versuchen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie beklagen den Rückgang der Investitionsquote. Es stimmt: Der Anteil der Investitionen am Landeshaushalt ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stark zurückgegangen. Das gilt für alle Länder. Übrigens: Wenn Sie schon Vergleiche ziehen und uns vorwerfen, bei uns sei die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie in Baden-

(C)

(D)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- A) Württemberg, warum sagen Sie dann bei der Kritik an der Investitionsquote nicht auch, unsere sei so hoch wie die in Baden-Württemberg? Wir haben die gleiche Investitionsquote wie Baden-Württemberg. Ich rate auch ab - da darf ich Frau Kollegin Nacken mit ihren Bemerkungen aufgreifen - von pauschalen Urteilen über die Bedeutung von Investitionen und Ausgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Investitionen in die Köpfe und die Qualifikation der Menschen zählen zu den wichtigsten Investitionen für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist inzwischen über alle Parteigrenzen hinweg unbestritten. Diese Investitionen in die Köpfe, in Bildung, Ausbildung, in Hochschulen, Forschung und Technologie sind in der Systematik des Landeshaushalts ganz überwiegend keine Investitionen, sondern konsumtive Ausgaben. Das wissen Sie doch auch.

Warum behaupten Sie trotzdem, wir hätten den Gegenwartskonsum befriedigt, seien aber den Ansprüchen an die Zukunft nicht gerecht geworden? Was meinen Sie denn damit?

- (B) Ich habe von den Hochschulen, den Schulen, von Forschung und Technologie gesprochen. Dies sind Beispiele, die zeigen, wie weit weg von der Wirklichkeit Ihre Argumentation ist.

Ich will Ihnen aber noch ein anderes Beispiel nennen: Kein Land in der Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren mehr für die Förderung von Kindertagesstätten ausgegeben als Nordrhein-Westfalen. Von 1990 bis 1996 waren es über 7 Milliarden DM. Jetzt ist die Investitionsaufgabe zum Glück zum größten Teil erledigt. Bis spätestens Ende 1998 werden wir die Mittel bereitgestellt haben, die nötig sind, damit der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in unserem Land überall erfüllt werden kann. Darum können die Investitionsmittel für Kindertagesstätten im kommenden Jahr von 283 Millionen DM auf 226,5 Millionen DM zurückgehen.

Die Betriebskostenzuschüsse des Landes dagegen steigen um 165 Millionen DM auf insgesamt 1,6 Milliarden DM. Diese Verschiebung zwischen Investitionen und laufenden Kosten trägt natürlich dazu bei, daß die Investitionsquote im Landeshaushalt sinkt.

Angesichts dessen frage ich Sie, Herr Kollegen (C) Linsen: Ist das Gegenwartskonsum? - Ich antworte Ihnen: Nein, das ist Zukunftsvorsorge. Das ist Politik für Kinder. Das ist Politik für Mütter und Väter. Das ist Politik für eine gute Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber die Opposition kritisiert ja nicht nur ein Zuwenig an Investitionen, sondern sie fordert darüber hinaus dringend mehr Stellen, und zwar im Finanz-, Justiz- und Schulbereich, um nur drei Beispiele zu nennen. Mehr Investitionen und mehr Personal aber sind schwer miteinander zu vereinbaren. Das sehen Sie doch auch.

Also haben Sie als Ausweg, daß die zusätzlichen Stellen aus der allgemeinen Verwaltung kommen sollen. Auch bei diesem Thema bitte ich Sie darum, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen. In der Finanzverwaltung, in der Justizverwaltung, in den Schulen, den Hochschulen und bei der Polizei gibt es insgesamt 311 000 Stellen. Das sind 90 % des gesamten Stellenbestandes. Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt es bei uns jedoch keine Kürzungen im Schulbereich, auch nicht bei Lehre und Forschung. Alle Lehrerinnen und Lehrer, die aus dem Schuldienst ausscheiden, werden ersetzt.

(D)

In der Finanzverwaltung und in der Justizverwaltung steigern wir die Effektivität durch neue Organisationsformen und den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken. Insgesamt kommen wir in Zukunft mit weniger Stellen aus. Aber wir setzen auch dabei Schwerpunkte. Darum gibt es mehr Personal als bisher vorgesehen für die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung.

Wir sind in allen Bereichen dabei, die Leistungsfähigkeit zu erhöhen und die Zahl der Stellen zu verringern. Das geht nicht von heute auf morgen, und wir entlassen auch niemanden. Aber ich gebe allen recht, die auf mehr Tempo drängen.

Wer der Einbringungsrede des Finanzministers zugehört hat, der weiß, daß wir zusätzliche Maßnahmen vorbereiten, damit kw-Stellen schneller verwirklicht werden können. Auch alle Ministerien werden überprüft, und dort werden Stellen abgebaut. Warum sagen Sie es nicht einmal: Nordrhein-Westfalen hat schon seit langem die niedrigste Bürokratiequote aller Länder, und wir werden diesen Vorsprung noch weiter ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Dr. Rau)

- (A) Wir haben die niedrigsten Personalausgaben pro Einwohner. Wir haben die niedrigsten Kosten für die politische Führung. Und der Ländervergleich zeigt auch, daß schon heute von einer Aufblähung in den Ministerien keine Rede sein kann. In Nordrhein-Westfalen entfallen, Herr Kollege Linssen, 1,3 % aller Stellen im Landesdienst auf die Ministerien. Die Bayerische Staatsregierung beansprucht 1,6 %.

Daß die Opposition weit neben der Sache liegt, zeigt sich auch an ihrem Vorwurf, daß unter der Ägide von Finanzminister Schleißer 10 000 neue Stellen geschaffen worden seien. Die Zahl ist richtig, aber sie ist ein Beispiel dafür, wie man sogar mit richtigen Zahlen die Wirklichkeit verzerren kann. Denn Sie, Herr Kollege Linssen, wollten ja den Eindruck erwecken, wir hätten die Bürokratie um 10 000 Stellen aufgebläht. Darum möchte ich Ihnen noch einmal sagen, warum und wo diese Stellen entstanden sind.

Ich kann mich noch gut an das Jahr 1988 erinnern. Damals hatten wir einen sehr moderaten Tarifabschluß im öffentlichen Dienst. Zugunsten einer kürzeren Arbeitszeit wurden geringe Lohnsteigerungen verabredet. Das hatte 1989 und 1990 zur Folge, daß 1 570 zusätzliche Stellen geschaffen werden mußten und daß über 1 000 kw-Vermerke gestrichen wurden.

- (B) Ich sage Ihnen auch noch, wo seit 1988 neue Stellen geschaffen worden sind: über 2 000 Stellen mehr für den Unterricht an unseren Schulen; fast 6 000 Stellen mehr an den Hochschulen einschließlich der Medizinischen Einrichtungen; fast 3 000 Stellen bei der Polizei. Das sind doch genau die Bereiche, in denen Sie Jahr für Jahr mehr Personal gefordert haben - übrigens auch in diesem Jahr.

(Beifall bei der SPD)

So kommt viel Ungereimtes zustande, wenn man an der Oberfläche bleibt, wenn man nicht nach der Wirklichkeit hinter den Zahlen fragt.

Nein, meine Damen und Herren, dieser Haushalt gibt die richtigen und die notwendigen Antworten auf die Probleme und Aufgaben in unserem Land. Er wahrt die Chance, daß wir unser selbstgesetztes Konsolidierungsziel erreichen.

Während die Bundesregierung die Arbeitsmarktförderungsmittel zusammenstreicht und damit einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen vor allem in den neuen Ländern provoziert oder

doch in Kauf nimmt, sieht der Landeshaushalt wieder 780 Millionen DM zur Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt vor. Damit setzen wir in den beiden ersten Jahren dieser Legislaturperiode schon mehr als 1,5 Milliarden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Gut zwei Drittel dieser Summe finanziert das Land selbst; der andere Teil kommt aus Beiträgen der Europäischen Union. Für die Verbesserung der Ausbildungschancen geben wir im kommenden Jahr 90 Millionen DM aus; weitere 120 Millionen DM zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. (C)

Auch für die Wirtschaftsförderung vorwiegend im Mittelstand und beim Handwerk wollen wir noch mehr tun als bereits in diesem Jahr. Einschließlich der EU-Hilfen sieht der Haushalt 1,3 Milliarden DM vor. Wir wollen mehr tun für die Existenzgründung. Dazu kommt die Meistergründungsprämie von wieder 30 Millionen DM. Im Handwerk sind bisher 1 600 Existenzgründungen mit Meistergründungsprämien gefördert worden. Dadurch entstanden fast 5 000 neue Stellen.

Die Zahl der Gründungsberatungen bei den Kammern ist um 80 % gestiegen. Jede zweite Gründungsberatung findet inzwischen in Nordrhein-Westfalen statt. Die Genossenschafts-Zentralbank verzeichnet eine Zunahme der öffentlich geförderten Gründungskredite um 27 %, einen Anstieg des Volumens um 70 % allein bei den Volksbanken. In Nordrhein-Westfalen sind 1996 fast so viele Unternehmen neu gegründet worden - 10 000 - wie in Bayern und Baden-Württemberg zusammen. (D)

Wir bündeln die Mittel. Wir konzentrieren uns noch mehr auf Schwerpunkte und Prioritäten für die Durchsetzung nachhaltigen Wirtschaftens in unserem Land. Das geschieht mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt", für das in diesem Haushaltsplan 1997 2,6 Milliarden DM vorgesehen sind. Auch 1997 gibt es wieder Fördermittel für den Bau von 27 000 neuen Wohnungen. Vom nächsten Jahr an ist die Förderung daran geknüpft, daß die Wohnungen dem Niedrigenergiehaus-Standard entsprechen.

Wir setzen unsere Politik zum Wohl des Landes und seiner Menschen fort.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen klare Signale für Investitionen und neue Arbeitsplätze, für Existenzgründer und innovative Unternehmen, für nachhaltiges Wirtschaft-

(Ministerpräsident Dr. Rau)

(A) ten, für moderne Technik und Forschungstransfer, für soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Wenn ich ein Jahr zurückdenke, dann hat sich in der Wahrnehmung unseres Landes viel verändert - offenbar nicht bei der Opposition: Sie bleibt in einer Minderheitenposition. Sie, Herr Kollege Linssen, haben Herrn Dr. Kirchhoff zitiert, den Präsidenten der Arbeitgeberverbände. Ich möchte mich gerne revanchieren und den Hauptgeschäftsführer zitieren: "Bei Antritt der Landesregierung 1995 hatte die Wirtschaft die große Sorge, daß der Standort Nordrhein-Westfalen ins Hintertreffen gerät. Diese Sorge hat sich nach einem Jahr als nicht berechtigt herausgestellt, soweit die wirtschaftspolitischen pragmatischen Entscheidungen der Landesregierung hier zu betrachten sind." - So Herr Dr. Döpp im Westdeutschen Rundfunk.

(Beifall bei der SPD)

Ich war froh darüber.

(Beifall bei der SPD)

Und ich fände es gut, wenn Sie wenigstens solche Äußerungen zur Kenntnis nähmen. Sie brauchen sie ja nicht nachzusprechen.

(B) Sie tun so, als herrschten hier schlechte Bedingungen für Investitionen und Beschäftigung. Sie bemühen immer wieder Wachstumsvergleiche mit anderen Ländern. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Anteil eines starken Landes an der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik dann zurückgeht, wenn die schwächeren Länder aufholen. Genau das ist doch politisch gewollt.

Ich will zum Länderfinanzausgleich aufgreifen, was Klaus Matthiesen angesprochen hat. In 36 Jahren haben wir an andere Länder gezahlt. In der gleichen Zeit, seit es den Länderfinanzausgleich gibt, hat Bayern 38 Jahre lang von anderen Ländern kassiert. Wenn Bayern so stark aufgeholt hat, dann ist das nicht zuletzt auf die Leistungen anderer Länder, vor allem Nordrhein-Westfalens, zurückzuführen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

In diesem Jahr trägt Nordrhein-Westfalen allein über 30 % des Länderfinanzausgleichs. Wir führen aus unserem Umsatzsteueraufkommen über 3 Milliarden an andere Länder ab. Das sind Mittel, die uns hier nicht zur Verfügung stehen.

Ich stehe auch in Zukunft zum Länderfinanzausgleich; aber ich sehe gemeinsam mit Klaus Mat-

thiesen und Heinz Schleußer deutlichen Reformbedarf. Es kann und darf nicht sein, daß nach allen Finanzoperationen finanzstarke Länder finanzschwach werden und umgekehrt.

(C)

Ihre Rechnung, Herr Kollege Linssen, geht nicht auf. Ich bin froh, daß sie nicht aufgeht. Wenn jemand Probleme mit den Zahlen hat, dann muß das nicht unbedingt an den Zahlen liegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und GRÜNEN)

Sie haben mehrfach auf meine Stimmung und darauf angespielt, ob ich denn nun vorhanden sei oder nicht. Ich habe ein schönes und schweres Amt. Daß ich es habe, das macht mich dankbar und fröhlich und auch ein bißchen stolz - solange ich es habe und danach. - Glück auf!

(Anhaltend lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Dr. Rau. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Linssen. Bitte sehr.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN - Loke Mer-nizka (SPD): Wie schlecht muß es denen gehen!)

(D)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, Herr Ministerpräsident: Sie müssen nach Bonn und brauchen dafür sicherlich eine Dreiviertelstunde bis zu einer Stunde. Deshalb will ich auf Ihre Rede auch nur ganz kurz eingehen.

Jedes Wort, das Sie hier zu den Zahlen vorgetragen haben, kann man direkt widerlegen. Es fängt an mit den Zahlen zu den Wohnungsbaugenehmigungen, die Sie hier vorgebracht haben. Sie wissen ganz genau, daß es hier um den Haushalt geht, um den sozialen Wohnungsbau und daß Sie die Zahlen um 10 % gekürzt haben. Wenn die Genehmigungen in Nordrhein-Westfalen für den Bau allgemein steigen, ist das aufgrund besonderer Konjunktur, besonderer bundespolitischer Mittel so weit gekommen. Das wissen Sie alles ganz genau, und trotzdem tragen Sie es hier anders vor.

Wenn Sie zur Arbeitslosigkeit sprechen, dann tragen Sie prozentuale Veränderungen vor und sagen: Wenn wir in Nordrhein-Westfalen von 10

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) auf 11 % kommen, dann sind das 10 % Steigerung; wenn Baden-Württemberg von 5 % auf 6,5 % kommt, sind das 30 % Steigerung. Trotzdem sind mir die 6,5 % wesentlich lieber als die 11 %!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie zur Vermögensteuer sprechen, dann lutschen Sie dieses Bonbon natürlich noch so lange, wie es eben geht, bis keiner mehr darüber spricht; das ist ja abgesprochene Strategie bei der SPD in allen Ländern, auch in Bonn. Sie wissen ganz genau, daß Sie die betriebliche Vermögensteuer, für deren Abschaffung Sie plädieren, nicht von der privaten trennen können, es sei denn ---

(Widerspruch bei der SPD)

- Nein, Sie können dann alle privaten Gesellschaften unter "privater Vermögensteuer" abbuchen. Damit diskriminieren Sie gerade mittelständische Unternehmen gegenüber den Großunternehmen.

(Beifall bei der CDU)

Das wissen Sie alles ganz genau! Sie wissen, was die Einheitsbewertung kostet. Sie wissen, daß der Finanzminister Vorteile davon hat, wenn er endlich einmal diese für unser Land sicherlich fast 200 Millionen DM Einzugskosten sparen kann.

(B)

Wenn Sie über Existenzgründer sprechen, Herr Ministerpräsident, dann verschweigen Sie, daß der gesamte Mittelstand bei uns im Lande 35 Millionen DM von Ihnen zugeteilt bekommt und allein das CentRO in Oberhausen über 500 Millionen DM Subventionen bekommen hat.

(Beifall bei der CDU)

So sind die Zahlen in Wirklichkeit!

Wenn Sie zur Gentechnologie sagen, Herr Ministerpräsident, daß am 4. Dezember beim Wissenschaftszentrum ein Kongreß stattgefunden hat, dann ist das ja wirklich erwähnenswert. Auch daß dort positiv über die Gentechnologie gesprochen worden ist, ist erwähnenswert. Sie sollten aber lieber darüber sprechen, wie Sie denn zum Konsens mit diesen GRÜNEN hier in dieser Regierung kommen. Das ist doch das Entscheidende!

(Beifall bei der CDU)

Über die unterschiedlichen Zahlen der Steuer-schätzung habe ich am Donnerstagnachmittag in

der zweiten Lesung lang und breit gesprochen. (C) Das wissen Sie alles. Dazu brauche ich mich nicht länger auszulassen.

Wenn Sie allerdings sagen, dieser Haushalt setze klare Signale für Investitionen, dann wissen Sie, daß Sie die Unwahrheit sagen, daß in Ihrer Periode die Investitionsquote am Landeshaushalt halbiert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Tatsache! Sie können doch nicht die Reduzierung von 22 % auf 10,4 % heute als ein klares Signal für Investitionen verkaufen! Das nimmt Ihnen doch keiner mehr im Lande Nordrhein-Westfalen ab!

Sie sollten lieber über Braunkohle sprechen, wie wir das 20-Milliarden-Kraftwerkserneuerungsprogramm bekommen: indem nämlich ein klares Ja zu Garzweiler II gesagt wird!

(Beifall bei der CDU)

Das wären Investitionsblöcke, auf die unsere Unternehmen dringend warten.

Wenn Sie zu den Kindertagesstätten sagen, was auf diesem Sektor von 1990 bis 1995 alles passiert sei, dann verschweigen Sie natürlich, daß in den 80er Jahren in Nordrhein-Westfalen so gut wie nichts geschehen ist und deshalb dieser enorme Nachholbedarf bestand. Auch das gehört zur Wahrheit! (D)

(Beifall bei der CDU)

Wenn hier lobend erwähnt wird, daß der Haushalt des Wirtschaftsministers um 209 Millionen DM gestiegen sei, wird verschwiegen, daß dieser Zuwachs allein darauf zurückzuführen ist, daß aus einem Versprechen von 1991, nämlich Zahlungen für die stillzulegende Zeche Sophia-Jacoba, 202 Millionen DM im Jahre 1997 bezahlt werden müssen. Das ist der Zuwachs!

(Beifall bei der CDU)

Warum verheimlichen Sie denn so etwas? Das ist doch ärgerlich, der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen völlig falsche Tatsachen vorzugaukeln!

Sie sprechen von mehr Personal, das wir fordern. Jawohl, wir haben mehr Personal für ganz bestimmte Bereiche gefordert. Aber wir haben immer gesagt: Wir tun es nur, wenn wir gleichzeitig aus der Verwaltung diese Positionen heraus-schneiden. Wir können den Stellenplan nicht ver-

(Dr. Linssen [CDU])

(A) größern. Unter der Ägide Ihres Finanzministers sind seit 1988 10 000 Stellen mehr geschaffen worden. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

Dann sprechen Sie von einem Programm "Arbeit und Umwelt". Ihr eigener Finanzminister sagt doch, daß in dem 5-Jahres-Zeitraum von 1990 bis 1995 14 Milliarden ausgegeben wurden und jetzt von 1996 bis 2000 nur 13,1 Milliarden DM ausgegeben werden. Das Programm wird also vermindert, und Sie verkaufen das im Lande Nordrhein-Westfalen als eine große Herkulestat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit nutzen, in der verbleibenden Zeit - wir haben sicherlich noch eine lebhafte Debatte vor uns; dies wünsche ich mir jedenfalls im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen - etwas zu den vier Entschließungsanträgen vorzutragen, die wir heute vorgelegt haben

Einmal haben wir gesagt: das Projekt Garzweiler II voranbringen! Wir möchten hier und heute gerne von dieser Koalition wissen, da Sie sich der Aussprache zu diesem Punkt bisher verweigert haben - ich habe nicht erkannt, daß Sie dieses heiße Eisen angefaßt haben; nur Kollege Matthiesen hat die alte Position der SPD vorgetragen -, ob Sie in der Lage sind, ein gemeinsames, klares Ja zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Der Abstimmung, die gleich stattfinden wird, können Sie sich nicht entziehen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Bisher haben Sie alle unsere Versuche, eine direkte Abstimmung zu verlangen, torpediert, indem Sie alles in die Ausschüsse verlagert haben. Das war der üble Trick. Aber jetzt zur dritten Lesung müssen Sie springen, und darüber freuen wir uns!

(Beifall bei der CDU)

Wir möchten dann von Ihnen wissen, was Sie zur Ausbildungsabgabe sagen, ob es stimmt, was auch Herrn Döpp zu diesem Kommentar verführt hat, daß er sich Rot-Grün schlimmer vorgestellt hat. Das hat er gesagt - das müssen Sie übrigens wissen -, nachdem der Ausbildungskonsens

unterschrieben war und er zu Recht gesagt hat: Das hätte ich von dieser Regierung nicht erwartet. (C)

Daß aber nachher die GRÜNEN Theater machen, weil sie nicht dabei waren, weil sie dem überhaupt nicht zustimmen, bringt doch wieder zusätzliche Verunsicherung in die Wirtschaft hinein. Das ist doch eine Tatsache! Da müssen Sie dem Zitat von Herrn Döpp schon die genaue Situation hinzufügen. Das gebietet die Ehrlichkeit, Herr Ministerpräsident.

Außerdem möchten wir gerne etwas zur Bio- und Gentechnologie wissen. Natürlich möchten wir den Wirtschaftsminister unterstützen und ein klares Votum dieser Koalition für die Bio-Regio Rheinland und für alle Förderungen in diesem Bereich haben. Wir möchten vor allen Dingen nicht, daß GRÜNE durch die Gegend laufen und sagen: Man könne sich nicht davon distanzieren, wenn Freilandversuche torpediert würden, aber man begrüße es auch nicht. So die stellvertretende Landtagspräsidentin, meine Damen und Herren, die uns draußen repräsentiert. Wörtlich: Ich kann das nicht begrüßen, aber ich kann auch nicht Abstand davon nehmen.

Das ist die Haltung der GRÜNEN. Deshalb möchten wir gerne von Ihnen wissen, wie Sie zu diesem Thema stehen. Die wahren Zukunftsaufgaben dieses Landes sind, daß wir für solche Zukunftstechnologien Wege freimachen. (D)

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

- Herr Appel, wenn Sie dazwischen schreien: Das sieht der Wirtschaftsminister genauso wie ich. Sie haben eben diese Chaos-Koalition, damit müssen Sie fertig werden. Heute müssen Sie bei der dritten Lesung endlich etwas dazu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben wir das Thema Rhein-Ruhr-Flughafen Düsseldorf aufgegriffen - wir haben ja nur vier Anträge aus dem ganzen Spektrum, das man hier vorführen könnte, ausgewählt. Dazu möchten wir gerne wissen, ob Sie denn den Wirtschaftsminister in seiner Haltung zum Rhein-Ruhr-Flughafen unterstützen. Es wird interessant werden. Wir haben die Frage der Privatisierung noch gar nicht angesprochen; dazu könnten wir noch einen Antrag stellen.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) Wir wollen es dabei belassen und möchte gerne von Ihnen hören, wie Sie sich zu diesen existenziell wichtigen Fragen im Lande Nordrhein-Westfalen stellen. Denn daran entscheidet sich, ob jemand für Nordrhein-Westfalen arbeitet.

Was ich mir hier alles habe anhören müssen! Über den Versuch von Herrn Matthiesen, klarzumachen, wer für den Abbau der Vermögensteuer sei, arbeite, gegen die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen, kann ich nur lachen. Diejenigen, die solche Projekte wie Garzweiler II in Nordrhein-Westfalen verschieben und verhindern, arbeite gegen die Interessen der Arbeitnehmer, gegen die Arbeitsplätze bei uns. Deshalb wollen wir von Ihnen eine Entscheidung haben!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Linssen, Ihr Abgang war gekennzeichnet von einer treffenden Formulierung: nicht zum Haushalt, nicht zu einer Sachfrage. Sind das die Modelle, für die Sie stehen?

(B)

Ich wollte eigentlich zum Haushalt etwas sagen und zu den Behauptungen, die Sie in den letzten Tagen aufgestellt haben. Ich habe mich daran erinnert, daß ich dem Kollegen Schauerte bei so mancher Gelegenheit sagen mußte, daß sein Umgang mit Zahlen ein wenig sorglos sei. Denn hinterher, wenn aus Planzahlen korrekte Zahlen wurden, konnte man dies belegen.

Seitdem aber der Fraktionsvorsitzende auch noch die Alleinzuständigkeit für Finanzpolitik hat, also sozusagen das Monopol hat, sich zu äußern, auch zur Finanzpolitik wird es eher ein bißchen chaotisch. Da hilft auch der Generalsekretär der CDU nicht sonderlich weiter.

Ich habe am letzten Donnerstag nicht hier sein können, Kollege Dr. Linssen, sondern habe nachlesen müssen, was Sie in Ihren vier Auftritten gesagt haben und was der Generalsekretär zusätzlich geäußert hat. Ich fand das schon beeindruckend.

Der Generalsekretär der CDU stellt hier zum Haushalt fest:

"Das Ding, das Sie da eingebracht haben, das steht auf ganz wackligen Füßen. Und wenn Sie immer noch nicht begriffen haben, kann ich Ihnen einmal erklären, wie das denn mit dem Haushalt ist und mit den Rechnungen ist. Wenn ein Bäcker 1 000 Brötchen backt, er aber nur 500 verkaufen kann, bleibt er auf dem Rest sitzen. Das ist das Problem."

(C)

Herr Kollege Reul, wenn Sie so mit dem doch sehr komplizierten Haushalt umgehen, dann kann daraus nichts werden; dann bleiben Sie lieber dabei und backen weiter Brötchen.

(Heiterkeit - Zuruf von der SPD: Kleine! - Beifall bei der SPD)

- Natürlich ganz kleine Brötchen, 500 Stück.

Ich will noch etwas zum Jahressteuergesetz sagen, Herr Kollege Linssen, und zu Ihrem Antrag. Zur Vermögensteuer, Herr Kollege Matthiesen, bedanke ich mich nachdrücklich. Ich habe bereits in der zweiten Lesung gesagt, daß die auf die gestellten Fragen gegebenen Antworten zur Kompensation ausreichend sind, daß dies aber steuerpolitisch falsch ist. Ich habe zur Steuerschätzung vom November wiederholt gesagt, daß diese Steuerschätzung eine ausreichende Risikoversorge im Haushalt 1997 hat. Dabei bleibt es. Auch die Steuereingänge des Dezember bestärken mich darin, daß wir da auf einem soliden Weg sind.

(D)

Nur, Herr Kollege Linssen, wer hier im Landtag behauptet, daß dieser Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben nicht gedeckt sei, der ist auch als Parlamentarier verpflichtet, entsprechende Anträge zu stellen. Ich kenne einen solchen Antrag nicht. Dazu hätte Sie Artikel 81 der Landesverfassung gezwungen.

Zu Ihrem Vorwurf der ungebremsten Verschuldung - Herr Ministerpräsident hat einiges dazu gesagt -: Ich will nicht auf die nicht ausgenutzte Kreditermächtigung eingehen, sondern will Ihnen nur sagen, daß wir Jahr für Jahr die Kriterien von Maastricht erfüllen, auch als sie noch gar nicht existent waren.

Herr Kollege Diegel, was mich allerdings beeindruckt - das ist ein entscheidender Punkt -: Da ringt man europaweit um eine Fixierung dessen, wie staatliche Stabilität aussieht. Gerade die Bundesregierung, besonders mein Kollege Waigel, bemüht sich darum, zu präzisen Ergebnissen zu kommen. Dem ist es nun in Dublin weitgehend

(Minister Schleußer)

A) gelungen. Über die Frage, wie Staatsstabilität aussehen könnte, haben wir also eine europaweite Verständigung. Dann sagen Sie aus der Provinz heraus, daß drei Promille besser seien als das, worauf sich ganze Regionen und Regierungen verständigt haben. Das finde ich schon beeindruckend.

Ich bemühe mich, sehr schnell mit dieser Bundesregierung zu Ergebnissen zu kommen, auch was die Umsetzung auf Nordrhein-Westfalen angeht. Wir werden vernünftige Positionen mit vernünftigen Ergebnissen haben. Vielleicht gibt es die Bereitschaft, darüber sachlicher zu reden, wenn das verabschiedet ist.

Ich will noch ansprechen, daß die Experten unsere Positionen in Nordrhein-Westfalen zur Konsolidierung deutlich besser beurteilen. Das gilt für das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung. Es bestätigt nämlich nachdrücklich, daß wir den striktesten Konsolidierungskurs aller Flächenländer haben. Das gilt auch für Standard & Poors, die festgestellt haben, daß ungeachtet aller konjunkturellen Belastungen und Strukturprobleme die Finanzpolitik in NRW von strikter Disziplin und soliden Haushaltsabschlüssen geprägt ist. Da frage ich schlicht und ergreifend: Warum ignorieren Sie Fachkompetenz?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Linssen, ich kann ja verstehen, daß Sie von Ihren Auftritten erschöpft sind und jetzt in sich gehen und sich ausruhen müssen,

(Beifall bei der SPD)

aber Sie sollten sich einen entscheidenden Eckpunkt Ihrer falschen Darstellung noch einmal vor Augen führen, damit das in den Folgejahren nicht wiederholt wird: Der Steueranteil der Länder am Gesamtsteueraufkommen sei deutlich gestiegen, und Bayern und Baden-Württemberg hätten diesen Anstieg ihrer Einnahmen genutzt, um die Netto-Kreditemächtigung abzusenken. Das war Ihre Grundaussage. Das ist geradezu eine Verdrehung der Wirklichkeit. Es ist eine ganz dreiste Behauptung, denn richtig ist: Selbst nach der Abgrenzung des Bundesfinanzministers gibt es ein Steuer-Plus von 233,8 % in den neuen Ländern, in den alten Ländern ein Minus von 0,4 %.

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn man dann die notwendigen Abgrenzungen des Bundesfinanzministers, die er auf seinen Haushalt gemünzt gemacht hat, berücksichtigt, nur die Bahnstrukturreform und den Systemwechsel beim Kindergeld nimmt, der alleine eine Verschiebung von 44 Milliarden DM mit sich gebracht hat, erkennt man, daß die Steuereinnahmen in den neuen Ländern um 104,5 % steigen, während sie in den alten Ländern um 3,7 % sinken. In Nordrhein-Westfalen sinken sie um 6,6 % - unstrittige Zahlen, völlig unstrittig innerhalb der gesamten Finanzministerkonferenz, unstrittig auch mit dem Bundesfinanzminister.

Sehen Sie, mit diesem Minus von 6,6 % an Einnahmezunahme des Landes Nordrhein-Westfalen - aller alten Länder um 3,7 % - hätten wir die Kindertagesstätten finanziert, wie Sie wiederholt behauptet haben. Herr Kollege Paus, ich erinnere mich daran, daß Sie in der vergangenen Woche das Flüchtlingsaufnahmegesetz auch noch aus diesem Minus von 6,6 % zusätzlich finanzieren wollten. Das ist Ihre Methode. Nur nicht sonderlich erfolgreich, kann ich Ihnen da nur sagen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Wachstumsschwäche ist einiges gesagt worden.

Was Sie schlicht und ergreifend einfach ignorieren, ist, daß wir im Grundgesetz die Aufforderung haben, daß wir uns um Angleichung der Lebensverhältnisse bemühen sollen.

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Finanzminister, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, daß Sie alle da sind. Aber damit ist auch die Verpflichtung verbunden, nicht ständig miteinander zu reden. - Bitte schön.

Heinz Schleußer, Finanzminister: Die entscheidende Frage bleibt, daß wir jetzt wieder, beginnend mit dem Jahre 1995, erhebliche Leistungen in den Länderfinanzausgleich bringen. Die Zahlen sind hier genannt worden. Dies bringt mit sich, daß die anderen aufholen, ihre Chancen verbessern. Wenn wir erfolgreich sind, wird das Ergebnis sein, daß der Anteil Nordrhein-Westfalens am Bruttoinlandsprodukt weiter zurückgeht.

(C)

(D)

(Minister Schleißer)

(A) Herr Kollege Linssen, dann zur Bürokratie und zum Personal: Der Ministerpräsident hat Ihnen exakte Zahlen genannt - sowohl was in der allgemeinen Verwaltung zuhause ist als auch in den Bereichen, in denen sich Schule, Hochschule, Justiz und Finanzen bündeln - und hat Sie dann gefragt, wie Sie denn da noch weiter umschichten wollen.

Sie nehmen nicht zur Kenntnis, daß unsere Personalsteuerquote in den letzten fünfzehn Jahren um fast 8 Prozentpunkte nach unten gedrückt worden ist, daß wir weit vor allen anderen Ländern liegen, daß selbst Baden-Württemberg um 7 Prozentpunkte höher, Bayern um 5 Prozentpunkte höher liegt als wir und daß die Untersuchungen, die wir gemacht haben, zu der Erkenntnis führten - nebenbei: Wir halten uns da nicht für besser als Daimler und die Deutsche Bank, wir brauchen eine solche Begleitung -, daß wir Ergebnisse erzielt haben, die beispielhaft für andere Länder sind und von den anderen Ländern genutzt werden.

Über die Investitionsquote ist geredet worden. Daß wir die große Zeit der öffentlichen Investitionen hinter uns haben - das war die Zeit der 60er und 70er Jahre -, gilt für alle alten Länder. Die neuen Länder haben heute die Quoten, die wir in den 60er und 70er Jahren hatten. Das ist auch in Ordnung so, weil die nachholen müssen.

(B) Mich hat besonders beeindruckt, Herr Kollege Linssen, daß Sie die Selbstständigkeitslücke entdeckt haben. Dazu ist eben von allen Rednern der Koalition und vom Ministerpräsidenten Stellung genommen worden. Mich wundert aber, daß sie ausgerechnet Bayern als Beispiel nehmen, daß Sie sozusagen den Freistaat loben und ihn als leuchtendes Beispiel hinstellen.

(Zuruf von der CDU: Die sind gut!)

Wenn man sich dann ansieht, warum die in der Selbständigenquote gut sind, stellt man fest, daß 82 % der Landwirte in Bayern Selbständige sind. In der Konsequenz hieße das, daß wir uns intensiv darum kümmern müßten, in Nordrhein-Westfalen möglichst viele bäuerliche Kleinbetriebe neu zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lothar Hege-
mann [CDU]: Das ist doch unter Ihrem Niveau! - Unruhe)

Diese Landwirte müßten, damit sie mit Frau Höhn da zurechtkommen, möglichst noch mit ökologi-

schem Anbau arbeiten. Dann gäbe es keine Selbstständigkeitslücke mehr in Nordrhein-Westfalen. (C)

Herr Kollege Linssen, ich freue mich, daß Sie wieder wach geworden sind. Sie glaubten eben, uns eine Reihe von Prophezeiungen mit auf den Weg geben zu müssen, was eine mögliche Haushaltssperre und den möglichen Nachtragshaushalt angeht. Ich bin ganz sicher, daß Sie da irren werden, wie Sie fast immer geirrt haben.

Natürlich werden wir die Spar-Gruppe brauchen. Wir haben nämlich das ehrgeizige Ziel, im Jahre 2000 nur noch 1 Milliarde DM Neuverschuldung zu haben. Dazu ist jeder Gedanke und jede Idee recht.

(Zuruf von der CDU: Das Ziel ist der Weg!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer politisch arbeitet, wer politisch tätig wird, der muß sich und muß seine Arbeit bewerten lassen - auch kritisch bewerten lassen. Aber es geht darum, wer so etwas sagt und wer bewertet. Es ist doch nicht völlig unwichtig, ob eine überzeichnende Opposition Stellung nimmt oder Menschen mit unstreitigem Sachverstand.

In wenigen Wochen wird der Haushaltsabschluß 1996 vorliegen. Ich bin sicher, Herr Kollege Linssen, daß dieser Abschluß des Haushaltes 1996 - das wird so sein, wie in all den Jahren zuvor - eine sichere Basis für einen verlässlichen Haushalt 1997 abgeben wird. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Kollege Appel, bitte schön.

(Ilka Keller [CDU]: Das muß wirklich nicht sein, Herr Appel!)

Roland Appel (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben so lange auf Herrn Linssen warten müssen, daß man sich jetzt zumindest ein bißchen mit seinen Argumenten auseinandersetzen muß, obwohl er heute morgen, wie man sagen muß, ein bißchen aus dem Kaffeesatz zitiert hat. Sie haben ja weniger von Fakten und Haushaltsdaten geredet, Herr Dr. Linssen, als von irgendwelchen Prognosen oder Stimmungsuntersuchungen. Sie ha-

(Appel [GRÜNE])

(A) ben sozusagen die Psychologie oder die vermutete Psychologie der Wirtschaft zitiert.

Sie haben dann natürlich sehr stark auf das abgehoben, was Abbildung scheinbarer Realität ist. Sie haben aber dabei die Realität übersehen. So hat sich diese Landesregierung ein 13,1 Milliarden DM-Programm für Arbeit und Umwelt vorgenommen und setzt es um. Nordrhein-Westfalen ist außerdem der größte Einzahler in den Bundesländer-Finanzausgleich.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Außerdem ist die Tatsache zu sehen, daß Nordrhein-Westfalen einen erheblichen Strukturwandel bei Kohle und Stahl mit vielen wegbrechenden Arbeitsplätzen in den letzten zwanzig Jahren schon bewältigt hat und ihn weiter bewältigen wird. Sie haben vor allen Dingen ignoriert, daß es die nordrhein-westfälische rot-grüne Landesregierung ist, die hier ein Existenzgründungsprogramm mit 300 Millionen DM

(Beifall bei den GRÜNEN)

und ein Programm für 25 Millionen DM für Meistergründungsprämien aufgelegt hat. Diese Summe ist verstetigt worden. Außerdem ist Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland neben Bayern und Baden-Württemberg, in dem Risikokapital zur Verfügung gestellt wird.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie versuchen, das hier wegzuwischen. Das werden Sie nicht schaffen.

Sie haben dann noch Herrn Kirchhoff, den Arbeitgeberpräsidenten, und seine Einschätzung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zitiert. Dazu kann ich nur sagen: Ich schätze ja Herrn Kirchhoff. Nur, Herr Kirchhoff hat in seinen Äußerungen schon des öfteren gezeigt, daß sie sehr interessegeleitet sind und daß er manchmal weit an der Realität vorbeigeht. So können Sie in einer Broschüre des nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbandes, die Herr Kirchhoff mit einem freundlichen Schreiben übrigens an alle Schulen verschickt hat, nachlesen, daß der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon seit 1995 gar nicht mehr im Landtag ist. Ich kann sagen, Herr Kirchhoff hat viel mit den Realitäten in diesem Land zu tun.

(Laurenz Meyer [CDU]: Der scheint seiner Zeit voraus zu sein!)

Aber das ist nicht das einzige, wo er falsch liegt.

Sie haben sich auch sehr darum bemüht, über die Chancen der Gentechnologie zu reden. Wer in diesen Tagen die Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland in Bonn betritt, kann dort im Foyer auch über eine Werbeveranstaltung der Gentechnikfreunde stolpern. Interessant ist es, wenn man sich einmal die Untersuchungen über die Arbeitsplatzrelevanz der Gentechnologie ansieht. Wir haben nicht gesagt, daß wir in Nordrhein-Westfalen völlig dagegen wären. Das Wesentliche zu diesem Thema sagt die Koalitionsvereinbarung.

(C)

Ich muß Ihnen aber auch folgendes sagen, Herr Linssen: Gentechnik ist nicht das, was uns Hunderttausende von Jobs in den nächsten Jahren bescheren wird. Zwar sagt eine Studie des Prognos-Instituts aus Basel, die der Bundesminister Rüttgers gern zitiert, daß in der Biotechnologie möglicherweise bis zum Jahr 2000 maximal 100 000 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Es ist aber nicht die Rede von dem, was Herr Rüttgers in früheren Jahren gesagt hat, daß es dort 10 Millionen Arbeitsplätze gäbe. Und die Schweizer sagen ganz genau: Das ist ein Oberwert. Es könnten auch weitaus weniger Jobs sein.

Zum Zweiten: Es wird nicht gefragt, wieviel alte Jobs dort ersetzt werden, weil sie teilweise oder ganz wegrationalisiert werden. Dazu müßten Sie sich eigentlich auch äußern. Da sagt zum Beispiel ein Bremer Wirtschaftswissenschaftler, Herr Dolata, daß die Gentechnik mittelfristig für einen Arbeitsplatzzuwachs von plus minus null sorgen würde. Auch da hat Herr Linssen wieder Bilder an die Wand gemalt, die an der Realität vorbeigehen.

(D)

Herr Linssen hat sich an anderer Stelle auch ausführlich mit dem sogenannten "Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen" auseinandergesetzt. Deshalb möchte ich auch ein Wort über die Rahmenbedingungen verlieren, unter denen wir hier einen soliden Haushalt vorgelegt haben. Zu den Rahmenbedingungen gehört doch auch, daß zum Beispiel 1996 Milliarden DM - unter anderem dadurch, daß Nordrhein-Westfalen eine Milliarde DM mehr im Bund-Länder-Finanzausgleich

(Unruhe - Glocke)

zahlen mußte - auf uns zugekommen sind.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Appel, ich bitte Sie, einmal zu unterbrechen. Wir

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) warten jetzt ab. - Ihre eigene Fraktion nimmt Sie offensichtlich auch nicht so ganz ernst.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

- Die anderen auch nicht. Ich sage das deshalb, weil wir nicht nur Rücksicht auf den Redner nehmen müssen, sondern auch auf uns selber, damit wir etwas von dem mitbekommen, was er sagt. Ich sage das auch im Hinblick auf die Damen und Herren, die auf der Tribüne sitzen. Was sollen die Besucher eigentlich für einen Eindruck bekommen?

(Beifall auf der Tribüne)

- Beifallsbekundungen sind hier auch nicht zulässig, meine Damen und Herren. Daran müssen Sie sich auch gewöhnen. - Herr Kollege Appel, bitte schön.

Roland Appel (GRÜNE): Ich hoffe, Herr Präsident, daß die Bürgerinnen und Bürger draußen im Lande, aber auch die Zuschauer auf der Tribüne sich ihr Urteil immer danach bilden, was hier gesagt wird und vor allen Dingen danach auch wirklich eingehalten wird.

(Zurufe von der CDU)

- (B) Ihr Verweis auf Baden-Württemberg, Herr Linssen, das Sie uns als Hochtechnologieland vorgehalten haben, hinkt auch an einer anderen Stelle. Ich möchte darauf hinweisen, daß es Baden-Württemberg ist, das trotz statistischem Wirtschaftswachstum in den letzten vier Jahren 220 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert, verloren hat.

Ich will Ihnen auch erklären, warum. Sie haben heute morgen versucht, uns Nachhilfe in Ihrer Art von Klippschulökonomie zu geben. Sie haben uns erzählt, die Unternehmergewinne müssen endlich wieder steigen, damit die Unternehmer dann so nett sind und Arbeitsplätze schaffen. Ich möchte Ihnen anhand einer Statistik versuchen nahezubringen - vielleicht möchten Sie das ja zur Kenntnis nehmen -, wie sich die Unternehmensgewinne in den letzten Jahren entwickelt haben: Allein 1995 hatten wir eine Steigerung der Unternehmensgewinne in der Bundesrepublik Deutschland um 15 %. 1988 betragen die Gewinne der Unternehmen bundesweit 407 Milliarden DM, 1992 510 Milliarden DM und 1995 653 Milliarden DM - ohne Zinsen, Dividenden und sonstige Vermögenseinkommen. Das ist die Unternehmensgewinnentwicklung in den letzten Jahren.

Was macht die Bundesregierung in dieser Situation? Die Bundesregierung läßt nicht nur zu, daß die Unternehmen so viele Gewinne machen und diese dann offensichtlich, weil sie keine politischen Impulse geben kann - zum Beispiel im ökologischen Umbau in ein anderes Verkehrssystem zu investieren -, ins Ausland transferiert werden. Nein, Sie sorgen auch dafür, daß Sie durch Ihre verfehlte Steuerpolitik in dieser Situation die Vermögensteuer in Bonn abschaffen.

Dazu möchte ich Ihnen auch etwas vorhalten: Sie, Herr Linssen, haben die Abschaffung der Vermögensteuer in einer Situation unterstützt, in der in Westdeutschland 50 % der Haushalte, das heißt die Hälfte der Menschen, einmal gerade über 9 % des Vermögens von Nettogeld verfügen, aber 5,5 % der Haushalte über ein Drittel des Nettogeldvermögens besitzen. Das ist eine ziemliche soziale Schieflage.

Wir haben gleichzeitig 10 Millionen Menschen in der Bundesrepublik, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Und in dieser Situation fällt Ihnen nichts besseres ein, als die Abschaffung der Vermögensteuer nicht nur zu fordern, sondern auch hier zu unterstützen. Sie entlasten damit nicht nur gerade 38 000 Leute hier in Nordrhein-Westfalen. Sie sorgen auch dafür, daß viele junge Familien, deren Einkommen gerade ausreicht, um sich ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung zu leisten, jetzt durch die entsprechenden Steuerausgleiche mehr belastet werden. Sie haben wieder zugunsten der Reichen umverteilt. Sie haben ihre Politik des Umverteilens von unten nach oben weitergeführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von diesen Rahmenbedingungen werden auch Ihre kleinen Anträge, die Sie heute wieder auf den Tisch des Hauses gelegt haben, wirklich nicht ablenken. Wir werden deswegen in unserer Politik in Nordrhein-Westfalen nicht wackeln. Wir haben gezeigt und zeigen weiter, daß es notwendig und auch möglich ist, durch den ökologischen Umbau Arbeitsplätze zu schaffen, vor allen Dingen zukunftssichere Arbeitsplätze, Herr Linssen. Das ist das, was uns von Ihnen unterscheidet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist das, was auf lange Sicht wirklich dauerhaften Erfolg bringen wird. Es nützt nämlich nichts, wenn Sie Billig-Jobs auf kurze Frist schaffen und zu gesellschaftlichen Verhältnissen kommen, wie sie in den Vereinigten Staaten von

(C)

(D)

(Appel [GRÜNE])

A) Amerika inzwischen üblich sind. Dort haben sie die Sozialleistungen völlig rasiert. Die Menschen haben zum Teil zwei oder auch drei Jobs, leben in Abhängigkeiten und kommen gerade einmal so mit ihren Haushaltsgeldern über die Runden.

Im übrigen treffen Sie mit dieser Form von Politik vor allem Frauen. Sie treffen diejenigen, die die gesellschaftliche Arbeit der Kindererziehung nach wie vor in dieser Gesellschaft in erster Linie leisten, weil sich die Männer meistens davor drücken. Sie unterstützen eine weibliche Armut in dieser Gesellschaft, die mit Ihrer vorgeblichen christlichen Politik eigentlich in überhaupt keiner Weise zu vereinbaren ist.

Nun haben Sie uns heute wieder einen Entschließungsantrag vorgelegt: Garzweiler II schnell vortreiben.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Schön!)

- Es ist schön, Herr Linssen. Ihr Erinnerungsvermögen ist ziemlich kurz. Das wissen wir ja alle. Deshalb haben Sie auch vergessen, daß Sie im März 1995, kurz vor Ende der Legislaturperiode, als die Mehrheit des Landtags diesen Garzweiler-Beschluß gefaßt hat, dagegen gestimmt haben.

(Widerspruch des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(B)

- Lesen Sie einmal im Protokoll nach, wer alles in Ihrer Fraktion sich damals zum Gegner von Garzweiler aufgeschwungen hat.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Das haben Sie vergessen, und nun wollen Sie uns da etwas unterstellen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

Ich muß Sie ernsthaft etwas fragen, Herr Linssen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Appel, ich darf Sie einmal unterbrechen. - Wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Stump zulassen?

Roland Appel (GRÜNE): Ach ja.

Werner Stump¹⁾ (CDU): Herr Kollege Appel, Sie erwähnten den Beschluß zum Tagebau Garzweiler II. Ist Ihnen bekannt, daß es zwei Anträge gab, einen Antrag der SPD und einen Antrag der

CDU, die einen inhaltlichen Unterschied ausweisen, **(C)**

(Leo Dautzenberg [CDU]: Das selektive Wahrnehmungsvermögen!)

und deshalb die CDU nur dem CDU-Antrag zustimmen konnte, und zwar pro Garzweiler II?

(Zurufe von der CDU)

Roland Appel (GRÜNE): Das ist mir nicht bekannt, Herr Kollege Stump.

(Oh! Oh! von der CDU)

Wenn Sie mich darauf hinweisen, nehme ich das gern an. Ich kann mich aber noch so weit erinnern, daß Ihr Antrag darauf abzielte, nicht nur in Garzweiler einiges kräftig abzubaggern, sondern auch noch die Atomenergie in Nordrhein-Westfalen wieder einzuführen.

(Ja! und demonstrativer Beifall bei der CDU - Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Jetzt haben Sie zwei Probleme!)

Ich möchte Sie aber ernsthaft fragen: Wie wollen Sie, lieber Herr Linssen, eigentlich die Zusage von Bundeskanzler Kohl auf dem Weltklimagipfel von Rio erfüllen, zwischen 1990 und 2005 den CO₂-Ausstoß um 25 % zu verringern? Wie wollen Sie das mit Großkraftwerken und Garzweiler erfüllen? **(D)**

(Dr. Helmut Linssen [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Das würde mich wirklich einmal interessieren.

Wir meinen nach wie vor, daß es richtig ist, statt in unsinnige Großkraftwerke weiter Geld zu verschwenden, eine dezentrale Energiestruktur in Nordrhein-Westfalen durchzusetzen mit Kraft-Wärme-Kopplung, wobei die Kraftwerke über 85 % Wirkungsgrad ermöglichen. Das ist mehr als der doppelte Wirkungsgrad, den Braunkohlekraftwerke je erreichen können. Wir haben in diesem Haushalt bereits mit Anschubfinanzierungen begonnen, damit dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung in diesem Land zusätzlich gefördert wird. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg.

Die RWE Energie hat ja in den letzten Tagen ihren Geschäftsbericht veröffentlicht. Da kann man lesen, daß sie inzwischen 38 Milliarden DM Rücklagen haben. Das sind Gelder, die zum großen Teil aus den Stromgroschen der kleinen Leute stammen. Das ist nicht einfach verfügbares Kapi-

(Appel [GRÜNE])

(A) tal, um das eine oder andere zum Konzern hinzuzukaufen,

(Laurenz Meyer [CDU]: Machen Sie sich keine Sorgen! Das schwätzt er überall!)

sondern das ist zurückgelegt worden - genehmigt durch die staatliche Monopolpreiskontrolle - für die Erneuerung des Kraftwerkparks, für die Aufgabe der Energieversorger, die Monopolunternehmen sind, ihre Kraftwerke immer auf dem neuesten, das heißt auf dem ökologischsten und dem besten technischen Stand zu halten. Diese einfache Tatsache weigert sich das RWE zur Kenntnis zu nehmen. Es hat dieses Geld sozusagen zurückgehalten. Es macht eine Investitionsblockade und weigert sich, in eine dezentrale Energietechnik zu investieren.

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

Ich fordere von dieser Stelle nochmals das RWE auf, endlich diese unsinnige Investitionsblockade aufzugeben.

(Dr. Helmut Linssen [CDU] zur SPD: Ihr habt ja Vögel bei euch!)

Sie würden damit im übrigen auch sehr viele Arbeitsplätze bei den Bauunternehmen, im Maschinen- und Anlagenbau und im Handwerk schaffen und sichern.

(B)

(Minister Dr. Michael Vesper: Bauunternehmen sind wichtig!)

Damit und nur damit sind die Klimaschutzziele von Rio zu erreichen. Sie bestehen nicht nur darin, daß der CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2005 um 25 % reduziert werden soll, sondern auch darin, daß bis zum Jahr 2050 der CO₂-Ausstoß auf diesem Planeten um 75 % reduziert werden soll. In der allgemeinen Diskussion - wir betreiben ja viel Tagespolitik - wird dieses Klimaschutzziel oft vergessen. Wir meinen, daß auch mit diesem Haushalt ein wichtiger Schritt in eine andere Richtung getan worden ist. Das ist für uns Grund zu sagen: Hier werden Investitionen in die Zukunft getätigt.

Im übrigen, Herr Linssen, haben Sie heute morgen erzählt, wo wir eine neue Unternehmer- und Unternehmenskultur bräuchten. Ich frage Sie: In welcher Branche sind denn in den letzten zehn Jahren die meisten Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen worden? - Ich will es Ihnen sagen:

700 000 Arbeitsplätze sind im Umweltschutz geschaffen worden. 700 000 Arbeitsplätze!

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist mehr als in der gesamten Chemieindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. Das heißt: Umweltschutz und ökologisches Wirtschaften, wie wir es in Nordrhein-Westfalen betreiben, sind kein Jobkiller, sondern Jobknüller.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen Zukunftsfragen zu lösen. Vielleicht haben Sie in der Zeitung gelesen, was unser Wirtschafts- und Verkehrsminister Clement auf dem Verkehrsforum gesagt hat: Wir müssen bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus mit fast einer Verdoppelung des Güterverkehrs rechnen. Sie glauben doch nicht ernsthaft, daß Sie durch Autobahnausbau einem derartigen Verkehrsaufkommen Herr werden können. Das heißt: Wir werden sinnvoll nur wirtschaften können, wenn wir den Umstieg hinbekommen, wenn wir Schienengüterverkehrskonzepte bekommen, mit denen der Ost-West-Verkehr durch Nordrhein-Westfalen von Rotterdam bis Polen und weiter in den nächsten Jahrzehnten in großem Maßstab von den Autobahnen und von den Straßen direkt auf die Schiene geleitet wird.

(Laurenz Meyer [CDU]: Da sind Sie doch genauso dagegen!)

(D)

Da sind die Arbeitsplätze, da sind die Zukunftschancen, Herr Meyer,

(Laurenz Meyer [CDU]: Da sind Sie doch genauso dagegen!)

nicht in irgendwelchen Löchern am Niederrhein, wo Braunkohle abgebaggert und mit niedrigem Wirkungsgrad verfeuert wird.

Wir sind inzwischen als Medienland bundesweit führend. Ihre besondere wirtschaftspolitische Qualifikation, Herr Linssen, haben Sie dadurch bewiesen, daß Sie in Ihrem Kasperle-Änderungsantrag letzte Woche gefordert haben, 15 Millionen DM für die Filmstiftung zu streichen. Das wäre nicht nur insgesamt gesetzwidrig gewesen. Wir haben ja eine Gegenfinanzierung aus den Einnahmen des Rundfunks. Das wäre auch völlig unsinnig gewesen, denn Sie hätten die Filmförderung damit kaputtgemacht.

Daß dies aufstrebende mittelständische Unternehmen sind und daß diese eine wichtige Bran-

(Appel [GRÜNE])

(A) che in Nordrhein-Westfalen darstellen, ist an Ihnen offensichtlich vorbeigegangen.

Bezüglich Ihrer Bemerkung, wie schlecht es den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen geht, glaube ich, Ihnen noch einmal ins Gedächtnis rufen zu müssen, daß die Kaufkraft der Arbeitnehmer seit 1980 - das sagt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung - kaum gestiegen ist: Das durchschnittliche Bruttoeinkommen ist von 36 200 DM im Jahre 1980 zwar auf 60 100 DM im Jahre 1995 gewachsen, aber nach Abzug der Steuern und Sozialversicherung bleibt lediglich ein Unterschied von knapp 10 000 DM. Berücksichtigt man die Inflation, beträgt die Erhöhung des Realwertes der Einkommen ganze 800 DM; dies sagt das DIW.

(Lothar Hegemann [CDU]: Lassen Sie uns zum Schluß kommen!)

Das muß in diesem Zusammenhang auch einmal deutlich gesagt werden. Sie haben mit den Sorgen der Menschen und mit den Sorgen der kleinen Leute in diesem Lande wenig am Hut, die Angst um ihren Arbeitsplatz und Angst davor haben, daß ihre Renten von Herrn Kohl zusammengestrichen werden, und befürchten müssen, daß ihnen beim nächsten Steuerloch Herr Waigel noch tiefer in die Taschen greift.

(B) Wir haben versucht - und wir werden das weiter tun -, in Nordrhein-Westfalen Zeichen zu setzen, um diesem entgegenzusteuern. Wir haben mit diesem Haushalt gezeigt, daß es auch unter schwierigen Rahmenbedingungen möglich ist, Reformen durchzuführen, und wir werden uns in der Koalition weiter darum bemühen.

Auch darin unterscheiden wir uns von Ihren CDU-regierten Bundesländern, daß wir den Haushalt weiter konsolidieren. Wir werden eine Arbeitsgruppe an die Arbeit bringen, und wir werden die Vorschläge, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Haushaltsberatungen auf den Tisch gelegt haben, weiter beraten. Wir werden im Bereich der kommunalen Finanzen dafür sorgen, daß hier Maßnahmen, Leistungen und Gesetze auf den Prüfstand kommen, um herauszufinden, wie die Mittel rationeller und besser eingesetzt werden können. Wir werden auch dafür sorgen, daß im Landeshaushalt alle Einsparmöglichkeiten, die in Zukunft vorhanden sind, genutzt werden, um die Nettokreditaufnahme und die Verschuldung des Landes entsprechend zurückzuführen. Wir sind dabei auf einem guten Weg.

Herr Linssen, ich habe immer gedacht, daß uns die Opposition in richtige Schwierigkeiten hätte bringen können, wenn Sie so manchen Antrag, über den wir uns mit der SPD gestritten haben - nicht wahr, Herr Trinius? -, eingebracht hätten. Auf diese Idee sind Sie aber nicht gekommen. Zuerst nehmen Sie eine ganze Weile nicht teil, und dann ergehen Sie sich in Allgemeinplätzen bzw. philosophischen Betrachtungen. So eine schlechte Opposition, Herr Linssen, hat das Land nicht verdient, und die haben noch nicht einmal die CDU-Wähler verdient.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich kann Ihnen nur folgendes raten: Setzen Sie sich hin und überlegen Sie, ob dieser Zustand so beibehalten werden kann. Versuchen Sie zumindest in Zukunft, hier ein bißchen ordentliche Oppositionsarbeit zu leisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Trinius für die Fraktion der SPD das Wort.

(Laurenz Meyer [CDU]: Der begründet jetzt, warum sie den Anträgen zustimmen)

Reinhold Trinius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß Herr Kollege Linssen als Vorsitzender beschlossen hat, die CDU-Fraktion aus der Quarantäne im Trappisten-Kloster wieder zu entlassen.

(Ah-Rufe bei der CDU)

Ich habe mich eigentlich auf Ihre Beiträge gefreut, und ich möchte Ihnen noch einen Spruch sagen, Herr Linssen: "Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer." Das gilt sinngemäß auch für Ihre Fraktion: Ein Fraktionsvorsitzender Linssen macht noch keine CDU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte gerne von Ihren Kollegen gehört, was sie zu all dem zu sagen haben, um das es uns hier gehen muß.

(Unruhe - Lothar Hegemann [CDU]: Komm zum Thema! - Glocke)

Die Bürger des Landes stellen uns angesichts der Tatsache, daß wir eine zusätzliche Schuldenauf-

(C)

(D)

(Trinius [SPD])

- (A) nahme von 7,1 Milliarden DM allein für das Land Nordrhein-Westfalen beschließen, folgende Frage: Wie kommt ihr dazu, und was gedenkt ihr zu tun, um von diesem Schuldenberg einmal herunterzukommen? - Das ist eine Frage, die uns die Bürger stellen.

Deswegen ist alles, was hier zur Konsolidierung gesagt wird, ernst zu nehmen. Auch deswegen haben wir in unsere Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben, daß wir Jahr für Jahr die Nettokreditermächtigung senken wollen, um im Jahre 2000 eine Nettokreditermächtigungslinie von 1 Milliarde DM zu erreichen und nicht zu überschreiten.

(Zurufe von der CDU)

Nun ist hier zu Recht darauf hingewiesen worden, daß wir von dieser Gesamtlinie im Haushalt 1997 abweichen. Das stimmt zwar, aber Sie vergessen dabei, darauf hinzuweisen, daß wir Ausfälle von mindestens 1,7 Milliarden DM zu verkraften hatten.

- (B) Nun stellt sich die Frage, wie man an ein solches Problem herangeht. Die Lösung, die der Finanzminister dem Landtag vorgeschlagen hat und die wir mittragen, lautet: Weil das alles wirtschaftsentwicklungsbedingt war, können wir nicht alles durch Einsparungen erbringen, denn dann würden wir zusätzlich die Konjunktur abwürgen und dämpfen. Wir können aber auch nicht den gesamten Betrag auf die Nettokreditermächtigung drauflegen, und deswegen ist ein Mittelkurs gefunden worden, der dazu führt, daß wir von der ursprünglichen Konsolidierungslinie für das Jahr 1997 abweichen. Wir werden die Hälfte des Betrages durch Einsparungen und die andere Hälfte durch Erhöhung der Nettokreditermächtigung erbringen. Das ist die Grundlage, und das heißt - dies können Sie auch nachlesen -, daß die reinen Ausgaben des Landes um weniger als die Hälfte dessen, was der Finanzplanungsrat empfohlen und für zulässig erklärt hat, steigen, und das sind genau 0,9 %.

Sie, Herr Kollege Linssen, sind mit Ihrer Fraktion nicht weiter gekommen als bis zu dem Grundsatz: Sparen tut not. Aber Sie haben in keinem Ausschuß einen einzigen Antrag vorgelegt, bei dem wir darüber hätten abstimmen können, wo die CDU wirklich sparen will. Solche Anträge gibt es nicht.

Wer nur den Grundsatz vor sich herträgt, politisch aber nicht konkret handelt, der wird auch in

(C) seiner grundsätzlichen Aussage unglaubwürdig; denn jeder muß umgekehrt auch sagen können, meine Damen und Herren von der CDU: Wenn Sie sparen wollen, dann teilen Sie uns doch bitte auch mit, was an welcher Stelle in welcher Höhe wann eingespart werden soll. Das tun Sie nicht.

Ich habe im übrigen den Eindruck, daß Sie mehr Wert darauf gelegt haben, die Schwierigkeiten des Landes zu vergrößern, als an der Erarbeitung von Erfolgen teilzuhaben. Sie haben die Absicht der Bundesregierung, die Vermögensteuer wegfällen zu lassen, zum Anlaß genommen zu sagen, der ganze Haushalt sei Makulatur, weil das nicht berücksichtigt sei. Sie haben, nachdem die Kompensation im Bundesrat erreicht worden war - wir hoffen, daß das morgen endgültig so beschlossen wird -, nicht etwa gesagt, das sei ein großartiger Erfolg, sondern Sie haben sich auch hier im Landtag geweigert, in irgendeiner Weise für Kompensation für das Land zu sorgen. Sie haben sich dafür eingesetzt, daß die Steuereinnahmenseite des Landes geschmälert wird. Wir hatten hier eine Abstimmung darüber.

(D) Sie hätten uns schon sagen müssen - wenn Sie denn wirklich der Auffassung sind, die Steueransätze seien zu hoch -, um wieviel sie Ihnen denn zu hoch erschienen. Dann hätten wir die Nagelprobe machen können. Sie reden hier schlankweg von 800 Millionen oder 1 Milliarde DM an steuerlicher Einnahmeerwartung zuviel. Deshalb hätten wir von Ihnen erfahren müssen, ob Sie zusätzlich 1 Milliarde DM sparen oder 1 Milliarde DM auf die Nettokreditermächtigung zusätzlich drauflegen wollen. Davor haben Sie sich gedrückt.

Was die behauptete Verfassungswidrigkeit des eingebrachten Entwurfs betrifft, so gilt auch hier, Herr Kollege Dr. Linssen: Wenn Sie diesen Vorwurf ernst meinen, dann müssen Sie Butter bei die Fische tun, dann müssen Sie vom Verfassungsgerichtshof in Münster feststellen lassen, ob das, was Sie behaupten oder befürchten, zutreffend ist oder nicht. Aber Sie gehen diesen Schritt nicht, weil Sie das alles in einer Dunstglocke halten wollen. Sie wollen keine Klarheit, sondern Sie profitieren davon, daß Sie Nebel werfen. Ich kann Ihnen nur sagen: Dann sorgen Sie bitte dafür, daß hier Klarheit eintreten kann, oder hören Sie auf, davon zu reden, dieser Haushalt sei verfassungswidrig - entweder das eine oder das andere.

(Trinius [SPD])

- (A) Sie haben das Hohelied von Wissenschaft und Forschung und insbesondere über die Gentechnologie gesungen. Darf ich Sie nicht nur daran, daß jetzt ein Wettbewerb Biotechnik Rheinland gewonnen worden ist, und ähnliches erinnern, sondern auch daran, daß es die Bonner Koalition war - keine politische Entscheidung hier -, die die Institute für Gentechnik von Jülich nach Braunschweig abziehen wollte, und daß es das Land Nordrhein-Westfalen gewesen ist, das ausschließlich mit eigenen Mitteln dafür gesorgt hat, daß diese Technik- und Forschungsrichtung, die Sie hier hoch feiern, dieser wichtige Forschungszweig also, entgegen der erklärten Absicht der Bonner Koalition nicht nach Braunschweig verlegt wurde, sondern hier im Lande blieb?

Deswegen kommt mir all das, was Sie hier sagen, unglaublich vor. Ich habe nichts davon gehört, daß Sie sich für den Verbleib dieser Einrichtung hier bei uns in Jülich eingesetzt hätten, als es darum ging, sie zu halten. Ich weiß auch nichts davon, daß Sie sich etwa bei Kohl oder beim Zukunftsminister in Bonn dafür eingesetzt hätten, diese Beschlüsse rückgängig zu machen. Nichts dergleichen!

- (B) Sie haben sich zur Sozialpolitik ausgelassen. Ich will nur auf Ihre grandiose Idee hinweisen - das ist fast untergegangen -, aus Gerechtigkeitsgründen eine allgemeine Dienstpflicht für alle jungen Männer einzuführen. In Wirklichkeit geht es dabei nicht um Gerechtigkeit. Sie haben vielmehr erkennen müssen, daß das Konzept des Bundes für ein Freiwilliges Soziales Jahr nicht funktioniert, kaschieren jetzt einen Fehler, eine unzulängliche Regelung des Bundes beim Freiwilligen Sozialen Jahr und erklären nun hier, aus Gerechtigkeitsgründen müsse eine allgemeine Dienstpflicht her.

Sie haben heute das Hohelied der Tarifautonomie gesungen. Das hat mich gewundert. Ich hätte dieses Hohelied von Ihnen gern vor einem Jahr gehört,

(Beifall bei der SPD)

als zum ersten Mal von Horst Zwickel von der IG Metall der Vorschlag für ein Bündnis für Arbeit gemacht wurde. Sie wissen, daß die Gewerkschaftsseite, um möglichst mehr Menschen Arbeit zu verschaffen, dabei wichtige Grundsätze ihrer bisherigen Tarifpolitik hintangestellt hat, nämlich die Orientierung des Lohnes an der Produktivitätsentwicklung, und sogar bereit war, bei Einstellung von Langzeitarbeitslosen mit einer untertariflichen Entlohnung auf Zeit einverstan-

den zu sein. Das waren die Angebote. Von der Unternehmerseite wurde erwartet, daß sich die Unternehmer verpflichten, in einem bestimmten Zeitraum 300 000 Menschen zusätzlich in Beschäftigung und Arbeit zu bringen.

Ich habe damals von Ihnen nicht gehört, daß Sie sich voll und ganz hinter diesen Vorschlag gestellt hätten - nichts dergleichen! -, sondern Sie haben sich an der Rosinenpickerei zu Lasten dieses wirklich riskanten, aber mutigen Vorschlags von Horst Zwickel von der IG Metall beteiligt. Diese Rosinenpickerei haben Sie bis hin zu dem Bruch des Versprechens fortgeführt, daß die Tarifparteien selbst eine Regelung zur Lohnfortzahlung finden sollten. Diesen Weg haben Sie bewußt versperrt, indem Sie an die Stelle der tariflichen Vereinbarung eine politische Regelung gesetzt haben, die nun zum Glück in den Verhandlungen zwischen den beiden jeweiligen Tarifparteien offensichtlich zum Scheitern gebracht worden ist.

Herr Kollege, Sie sind für das Land Nordrhein-Westfalen in der Tat keine Alternative. Ich schlage Ihnen vor: Warten Sie den Kassenbericht für das Jahr 1996 ab, und Sie werden sehen, daß Sie mit Ihren schwarzen Prophezeiungen das falsche Los gezogen haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile dem Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herrn Clement, das Wort.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesen Haushaltsberatungen haben die Beschäftigungspolitik und die Beschäftigungslage eine herausragende Rolle gespielt. Das ist zu Recht geschehen; denn die Beschäftigungslage überall in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen kann man nur als außerordentlich dramatisch bezeichnen. Ich glaube deshalb, daß es deshalb richtig ist, wenn alle Anstrengungen darauf konzentriert und gerichtet werden, den bisher nicht gebrochenen Abwärtstrend am Arbeitsmarkt zu stoppen. Das gilt selbstverständlich auch für Nordrhein-Westfalen; das gilt, denke ich, für die ganze Bundesrepublik.

(C)

(D)

(Minister Clement)

(A) Dabei spielt das eine wesentliche Rolle, was wir normalerweise als Rahmenbedingungen bezeichnen: was die Abgabenbelastung in der Bundesrepublik angeht, was die Steuerbelastung in der Bundesrepublik angeht, und auch, was beispielsweise durch das Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall an Schaden für die Unternehmen, für die Wirtschaft insgesamt angerichtet worden ist. Darüber ist gesprochen worden, auch schon in der zweiten Lesung. Ich glaube, das Notwendige dazu ist, jedenfalls von seiten der Sozialdemokraten, gesagt worden.

Ich möchte deshalb diese Gelegenheit der Debatte benutzen, um auf einige Themen, die Herr Kollege Linssen angesprochen hat, einzugehen und einige klare Antworten zu geben.

Herr Kollege Dr. Linssen hat heute die Beschäftigungslage allgemein und auch die Frage der Kohlefinanzierung angesprochen. Ich will hier, damit wir klare Worte sprechen und damit hier in Düsseldorf wie auch außerhalb Düsseldorfs klar ist, an welchem Stand der Finanzierungsverhandlungen für die Kohle wir stehen, sehr deutlich sagen, daß wir - die Landesregierung Nordrhein-Westfalen - eine Lösung der Kohleproblematik erstens für dringend erforderlich halten, weil weiterer Aufschub wirklich im Interesse der Unternehmen wie der Beschäftigten unakzeptabel wäre, so daß im Februar eine Entscheidung fallen muß, und daß zweitens eine Entscheidung über die Finanzierung der deutschen Steinkohle sich an dem Vorschlag der IG Bergbau und Energie und der Ruhrkohle, nämlich in der Größenordnung von 7 Milliarden DM, orientieren muß.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Damit kein Irrtum entsteht, Herr Kollege Dr. Linssen: Sie haben von 5 Milliarden DM gesprochen. Ich war nicht so sicher, ob Sie damit den Beitrag des Bundes oder die Gesamtfinanzierung meinen. Ich will sehr deutlich sagen, denn das muß auch außerhalb des Landes, jedenfalls in Bonn - als Synonym für die Bundesregierung - bekannt sein: Eine Verständigung muß sich eindeutig an dem Vorschlag der Ruhrkohle orientieren.

Ich möchte von denjenigen, die glauben, wir könnten tiefer abschließen, gerne wissen, wie Sie denn mit dem jetzigen Stand der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen - deutlich über 800 000 - umgehen wollen, wenn durch politische Entscheidungen zu Lasten der Kohle, die tiefer gehen würden als dieser Vorschlag, mindestens 100 000 Arbeitsplätze zusätzlich verlorengehen.

Das kann niemand verantworten. Wir sind dringend darauf angewiesen, daß diese Zahlenspiele zu Ende geführt werden und daß wir zu klaren Entscheidungen kommen, nicht zuletzt, um die nicht mehr hinnehmbare Unsicherheit der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familie endlich zu beenden.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn ich übrigens über die Beschäftigungslage in unserem Land spreche, dann rede ich auch über sehr viele Unternehmen, die zur Zeit in äußerst kritische Situationen geraten oder sich in einer äußerst kritischen Lage befinden. Ich erlebe zur Zeit täglich, daß Unternehmen des Mittelstandes mit zwischen 100 und 500 Beschäftigten in, wie man so schön sagt, Schief lagen geraten: Konkurs, Vergleichsverfahren oder, wenn wir Glück haben, noch im letzten Moment Maßnahmen zur Verhinderung von Vergleichsverfahren, die fast immer zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in solchen Unternehmen gehen, die Arbeitsplätze kosten und die im Standort Deutschland insgesamt - denn dieser Prozeß ist überall im Gange - unseren Industriestandort gefährden.

Ich kann nur mit allem Nachdruck darauf hinweisen, wie wichtig Maßnahmen sind, die Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland wieder konkurrenzfähig zu gestalten. Ich könnte dies im übrigen auch anhand von wichtigen Großunternehmen, die vor wichtigen Standortentscheidungen in unserem Land stehen, belegen. Ich will das nicht tun, weil ich nicht die Unternehmen allesamt an die Öffentlichkeit zerren will. Aber ich möchte dem Landtag doch bei dieser wichtigen Beratung die äußerst dramatische Lage vor Augen führen.

(D)

Herr Kollege Linssen, Sie haben dann die Notwendigkeit angesprochen,

(Unruhe - Glocke)

den Spitzentechnologien in Nordrhein-Westfalen Spitzenpositionen einzuräumen. Das ist die Position, die diese Landesregierung einnimmt. Sie haben aus dem "Spiegel" zitiert, was ich dort zu Multimedia, zu Bio- und Gentechnologien und zum Umweltschutz gesagt habe. Ich will noch einmal sehr deutlich sagen: Nordrhein-Westfalen bzw. die Bundesrepublik Deutschland liegt im Bereich Multimedia im Verhältnis zu den USA zur Zeit vermutlich um drei bis vier Jahre zurück. Ich

(Minister Clement)

(A) bin fest davon überzeugt, daß die Bundesrepublik, namentlich Nordrhein-Westfalen, auf diesem Sektor erheblich aufholen kann und wir die gute Chance haben, zu den USA aufzuschließen.

Allerdings ist dazu Voraussetzung, daß alle Instrumente zur Förderung von Kommunikationspolitik, von Medien und Telekommunikation eingesetzt werden. Dazu gehört - das wiederhole ich; das habe ich schon in der zweiten Lesung gesagt - auch, daß die Instrumente zur Film- und Fernsehförderung, insbesondere der Filmstiftung, voll zur Verfügung stehen. Wir brauchen nicht eine Kürzung der Mittel der Filmstiftung, sondern wir brauchen eine Ausweitung. Ich hoffe sehr, daß wir diese Ausweitung durch private Beteiligung an der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen hinbekommen. Mein dringender Appell ist - auch an Ihre Adresse, Herr Kollege Dr. Linssen, an die Adresse der CDU-Fraktion -, sich zu überlegen, ob der Kurs einer Beschneidung der Mittel der Filmstiftung in Anbetracht der Konkurrenzlage, in der wir uns hier befinden, wirklich vernünftig sein kann.

Sie haben, Herr Kollege Dr. Linssen, als zweites erwähnt, daß wir im Bereich des Umweltschutzes - worauf ich hingewiesen habe - im Weltmarkt hinter die USA zurückgefallen sind.

(B) Die Konsequenz daraus kann doch nur sein, daß das, was die Koalition vereinbart und sich vorgenommen hat, nämlich im Bereich des Umweltschutzes die nächste qualitative Stufe zu erreichen, die Stufe des produktionsintegrierten Umweltschutzes, auch tatsächlich vollzogen werden muß und daß Sie mit allem Nachdruck das unterstützen müßten, was von seiten der Koalition im Bereich der Umwelttechnologien und insbesondere des produktionsintegrierten Umweltschutzes unternommen wird.

Als drittes haben Sie, Herr Kollege Linssen, die Bio- und Gentechnologie angesprochen. Da möchte ich Ihnen aus meiner Sicht zunächst einmal völlig klar sagen, daß ich mich von Herzen gefreut habe, daß die Bio-Region Rheinland unter den drei Spitzenregionen Deutschlands ist und daß wir vom Bundesforschungsminister, von Herrn Kollegen Rüttgers, 50 Millionen DM zur weiteren Förderung der bio- und gentechnologischen Infrastruktur und der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen erwarten können.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich kann im übrigen zum Bereich Bio- und Gentechnologie nur die Veröffentlichungen des Wissenschaftsministeriums hervorheben und Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen. Es ist außerordentlich wichtig, über Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie zu sprechen, was wir ja in der Koalition tun. Wir sprechen selbstverständlich auch über die Risiken und auch über die Grenzen, um zu erkennen, welche Potentiale, welche Aufgaben für Wissenschaft und Wirtschaft in diesem Sektor liegen. Deshalb ist völlig klar - so wie es in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen ist -, daß wir die Bio- und gentechnologische Initiative, in deren Reihen die Chancen und Risiken ebenfalls abgewogen werden, weiter fördern werden.

Ich möchte Ihnen gern mitteilen, daß wir die Absicht haben, der bio- und gentechnologischen Initiative für ihre weitere Arbeit zusätzlich rund 9 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. So ist dies vorgesehen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Minister, darf ich Sie einmal unterbrechen. Herr Kollege Uhlenberg hat den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Aber sehr gern. Bitte schön, Herr Kollege Uhlenberg!

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Minister, sind Ihnen auch die Stellungnahmen Ihrer Kabinettskollegin Frau Höhn zum Thema Bio- und Gentechnologie und zum Thema Freilandversuche bekannt?

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Aber selbstverständlich ist mir das bekannt. Es ist in der Politik wie in Kabinetten wohl keine Schande, daß es unterschiedliche Meinungen gibt. Die gibt es bei uns. Das mag Sie ja stören; das kann ich durchaus einsehen. Aber es ist so: Entscheidend ist - da habe ich ja schon einmal den Bundeskanzler zitiert -, was hinten herauskommt. Das heißt: Entscheidend sind die Ergebnisse, und eines der schönsten Ergebnisse war die Anerkennung der Bio-Region Rheinland mit einer vorbildli-

(C)

(D)

(Minister Clement)

(A) chen Infrastruktur, die unter anderem mit Förderung dieser Landesregierung dort entstanden ist.

Es wird ja Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, daß wir im Rechtsrheinischen in Köln zur Zeit dabei sind, ein S-3-Sicherheitslabor aufzubauen, in dem kleine und mittlere Unternehmen die Chance erhalten, ihre bio- und gentechnologischen Verfahren - selbstverständlich unter Abwägung all dessen, was da abzuwägen ist, und das ist ja nicht unkompliziert - durchzuführen. Sie wissen ja, daß wir in Nordrhein-Westfalen inzwischen eine außerordentlich dichte Struktur von bio- und gentechnologischen Unternehmen haben. Die Landesinitiative Bio- und Gentechnik hat bereits zur Zeit 150 Projektvorschläge von Unternehmen und Institutionen vorliegen, die in der nächsten Zeit durchgeführt werden sollen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen - das sage ich auch im Hinblick auf die Unternehmensgründungsappelle von Herrn Linssen - allein während des Bewerbungsverfahrens zum Bio-Regio-Wettbewerb des Bundesforschungsministers 16 Unternehmensgründungen für Bio- und Gentechnologie gehabt. Das sage ich auch als Antwort auf die angebliche Abschreckungswirkung, die diese Landesregierung und diese Koalition haben sollen. Ganz offensichtlich sehen Unternehmen das nicht so. Das erste Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen - ich nenne es ausnahmsweise mit Namen -, Quiagen aus Hilden, ist inzwischen weltweit bekannt, ist inzwischen an der amerikanischen Börse und hat hier bei uns 350 Mitarbeiter, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe.

(B) Sie sehen also: Entscheidend ist, was stattfindet. Selbstverständlich haben wir Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen zu führen. Diese führen wir unter der Überschrift, die wir in der Koalitionsvereinbarung gewählt haben, daß wir die Chancen und Risiken abwägen. Aber Sie sehen - und das möchte ich Ihnen deutlich machen -, daß wir entschlossen sind, die Chancen zu nutzen. Und die Chancen werden genutzt.

Herr Kollege Linssen hat auch die Ausbildungsfrage angesprochen, und auch andere haben das getan; zu Recht. Es gibt ja auch Veröffentlichungen, die darauf hinweisen, daß es der deutschen Wirtschaft nicht gelungen ist, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen, daß das, was sie sich vorgenommen und dem Bundeskanzler zugesagt

hat, nicht eingelöst worden ist. Das ist ein Faktum, das auch für Nordrhein-Westfalen gilt: daß die Zahl der Ausbildungsplätze im Ausbildungsjahr 1995/96 nicht erhöht worden ist.

Um so mehr ist es, glaube ich, von Bedeutung, daß es durch eine Verständigung zwischen den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Arbeitsverwaltung und der Landesregierung möglich war, ein Versprechen abzugeben, das jedem Jugendlichen, jeder jungen Frau und jedem jungen Mann in Nordrhein-Westfalen des Ausbildungsjahrgangs 1995/96 einen Ausbildungsplatz zusichert.

Ich wiederhole hier gern, daß dieses Versprechen eingelöst werden wird und daß am 1. Februar nächsten Jahres - so ist unsere Einschätzung und unsere Zusage - jeder junge Mann und jede junge Frau dieses Ausbildungsjahrgangs einen Ausbildungsplatz haben wird, bis zu 2000 in überbetrieblichen Ausbildungsplätzen. Gerade in einer Zeit, in der das Ausbildungsplatzangebot zurückgeht, ist dies von entscheidender Bedeutung. Da ist endlich einmal aus Statistik konkretes Handeln gemacht worden, und dieses konkrete Handeln bedeutet, daß bei uns jeder junge Mann und jede junge Frau auf einem Ausbildungsplatz untergebracht wird. Das sind nicht leere Worte, das sind nicht irgendwelche Verkündigungen, das sind nicht Parteitagsbeschlüsse, sondern das ist klares Handeln und das steht zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der Wirkungsmöglichkeiten einer Ausbildungsplatzabgabe habe ich mich ja hinlänglich geäußert. Im übrigen würde kein Wirtschaftspolitiker und kein Sozialpolitiker auf die Idee kommen, eine Ausbildungsplatzabgabe für ein Land einzuführen, sondern das müßte auf Bundesebene geschehen, und es wird selbstverständlich auf der Bundesebene diskutiert. Meine Meinung dazu ist ja hinlänglich bekannt.

Ich möchte zum Thema Verkehr - weil Sie das auch angesprochen haben, Herr Dr. Linssen - zum einen die Aussagen unterstreichen, die Herr Kollege Appel zum ÖPNV gemacht hat, und damit auch Ihnen widersprechen, was eine moderate Erhöhung der Mineralölsteuer zugunsten des ÖPNV angeht. Wer ernsthaft erreichen will, daß in nennenswertem Maße Verkehr von der Straße auf die Schiene kommt, und zwar auch Personenverkehr, der kann nicht anders, als für einen qua-

(C)

(D)

(Minister Clement)

- (A) litativen Sprung zugunsten des ÖPNV einzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein solcher notwendiger qualitativer Sprung, der mindestens die Rhein-Ruhr-Region im öffentlichen Personennahverkehr auf das Niveau von großen Weltmetropolen bringen muß, ist ohne zusätzliche finanzielle Mittel nicht darzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Solche zusätzlichen finanziellen Mittel sind nach meiner Einschätzung - jedenfalls ist mir bisher nichts Klügeres bekanntgeworden - über eine Erhöhung der Mineralölsteuer um beispielsweise 10 Pfennig pro Liter einzuholen.

Wenn es uns gelänge, auf diese Weise den Taktverkehr im öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen zu verdoppeln, dann kann ich mir vorstellen, daß wir mindestens den Zuwachs im Personenverkehr und vielleicht noch etwas mehr in den öffentlichen Personennahverkehr bringen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das wird notwendig sein, wenn wir den Verkehrsfluß auf unseren Straßen im dichtesten Gebiet ---

(B)

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

- Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Kollege Hardt.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

- Selbstverständlich wissen Sie, Kollege Hardt, daß ich da nicht schematisch denke, sondern daß selbstverständlich den Menschen vor Ort in den Verkehrsverbänden - die haben ja die Verantwortung dafür -, die dies viel phantasievoller können als ich, dann die Möglichkeit gegeben ist, den Takt in den Berufsverkehren vor Ort noch mehr als nur auf fünf Minuten zu verdichten und ein Verkehrsmittel nach dem anderen fahren zu lassen. Eines unserer Probleme ist doch heute unzweifelhaft, daß im Berufsverkehr, gerade wenn öffentliche Verkehrsmittel gebraucht werden, nicht genug Beförderungskapazität zur Verfügung steht. Das wissen Sie, und das muß meines Erachtens korrigiert werden.

Ich halte es für ein wichtiges Ziel, eine solche Verdichtung des Taktverkehrs etwa bis zum Jahre 2010 hinzubekommen. Das hört sich ziemlich

langfristig an, ist aber, wenn ich die politische und auch die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik sehe, ziemlich ehrgeizig. (C)

Ich will Ihnen dazu nur sagen, Herr Kollege Dr. Linssen, weil Sie diesbezüglich auf die Standortkonkurrenz mit unseren Nachbarstaaten hingewiesen haben, daß sich im Bereich der Mineralölpreise diese Konkurrenzsituation in dieser Form, wie Sie es hier dargestellt haben, nicht stellt. Ich glaube, daß es sehr wohl vernünftig ist, in dieser Richtung zu überlegen.

Hinsichtlich der Flughafenentwicklung in Nordrhein-Westfalen möchte ich auch noch eine Bemerkung machen. Das tue ich ausdrücklich im Hinblick auf öffentliche Bemerkungen, die dazu getan worden sind, weil ich meine, daß das Parlament dazu da ist, daß wir auf alle Fragen wirklich klare Antworten zu geben versuchen.

Zunächst einmal fand ich es einigermaßen bemerkenswert, daß die niederländische Verkehrsministerin soeben wegen unserer Überlegungen zum Flughafen Weeze-Laarbruch, der ja zur Zeit noch in militärischer Hand ist und 1999 übergeben wird, bereits ihre Bedenken gegen eine Entwicklung des Flughafens in Weeze-Laarbruch angemeldet hat. Ich hätte es ganz gut gefunden - ich werde die niederländische Kollegin demnächst darauf ansprechen -, wenn wir in ebensolcher Weise informiert würden, wenn in den Niederlanden Verkehrsprojekte von ziemlicher Dimension geplant, vorbereitet und durchgeführt werden, etwa in Maastricht oder in anderen Verkehrsprojekten, und ein solcher enger Austausch stattfände, wie er jetzt mit Blick auf Weeze-Laarbruch gefordert worden ist. Ich glaube, daß wir hier im Verhältnis zwischen den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik insgesamt zu einem sehr engen Austausch kommen müssen. (D)

Was die Flughäfen und insbesondere den Flughafen Düsseldorf angeht, hat mich Frau Kollegin Nacken öffentlich einigermaßen charakterisiert bis karikiert. Und dazu würde ich doch einige Bemerkungen machen.

Frau Kollegin Nacken hat öffentlich gesagt, daß - wenn ich das ungefähr richtig in Erinnerung habe; ich bin nicht so ganz sicher; Sie sind ja sonst sehr liebenswert mit mir umgegangen, aber das haben Sie trotzdem erwähnt - die internationale Öffentlichkeit über mich lache, schmun-

(Minister Clement)

(A) zele, weil ich den Flughafen Düsseldorf auf Amsterdamer Niveau bringen wolle.

(Zuruf des Leo Dautzenberg [CDU])

Also, da muß ich wirklich sagen: Das wäre in der Tat ausgesprochen ehrgeizig, Frau Kollegin Nacken. Mir geht es darum, daß der wichtigste nordrhein-westfälische Flughafen, nämlich der in Düsseldorf, nicht auf das Niveau eines Regionalflughafens absinkt,

(Beifall bei SPD und CDU)

sondern internationalen Maßstäben genügt. Und internationalen Maßstäben genügt ein solcher Flughafen, der 70 % unseres Luftverkehrs abwickelt, wenn er über eine Start- und Landebahn verfügt, von der aus man jeden Punkt der Welt - das heißt natürlich jeden Flughafen der Welt - erreichen kann.

(Zustimmung des Leo Dautzenberg [CDU])

Das ist nun einmal so. Dazu darf ich vielleicht der Stadt Ratingen, an der das ja zur Zeit im wesentlichen scheitert, und auch an die Adresse der Anwohnerinnen und Anwohner sagen: Eine solche Startbahnverlängerung um 400 Meter ist möglich, ohne daß es dort - soweit wir das übersehen können - zu einer zusätzlichen Lärmbelästigung für die Anwohnerinnen und Anwohner kommt.

Meine dringende Bitte ist, in aller Ruhe und Sachlichkeit abzuwägen, ob dies nicht der vernünftigste Schritt ist, der jetzt an diesem Flughafen getan werden muß. Wir müssen jedenfalls bedenken, daß die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens, die auf diesen Standort angewiesen ist, ihr Vertrauen in diesen Flughafen nicht verliert. Dazu gehören solche Schritte.

Das heißt nicht, daß wir in Düsseldorf etwa fünf Startbahnen - das ist das, was zur Zeit in Amsterdam gebaut wird; Frau Kollegin Nacken ist jetzt schon vorsichtshalber aus dem Raum gegangen; dennoch will ich es erwähnen - für Interkontinentalflüge bauen wollten - da sind Sie jetzt wieder, wie ich sehe -, aber daß wir die vorhandene Interkontstart- und Landebahn um 400 Meter verlängern müssen, ist aus meiner Sicht absolut unbestreitbar und an einem solchen Standort notwendig.

(Beifall bei der SPD - Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Das ist absurd!)

An die Adresse der Kollegen der CDU-Opposition möchte ich allerdings gerne sagen: Dazu braucht man alle politischen Kräfte. Dazu braucht man keine demonstrativen Beschlüsse hier, die auf diesem Sektor nur relativ wenig bewegen können, sondern dazu braucht man die Bereitschaft der Stadt Ratingen, diesen Prozeß mitzugehen.

Im übrigen vollzieht es sich dann so, daß die Geschäftsführung eines Flughafens eine solche Verlängerung einer Startbahn beantragt und dann nach Recht und Gesetz über einen solchen Antrag befunden wird.

Frau Kollegin Nacken hat auch erwähnt, daß es völlig illusorisch sei - so haben Sie, glaube ich, gesagt -, daß der Flughafen Düsseldorf auf 22 Millionen Passagiere anwachsen könne.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

- Herr Kollege Busch, auf Sie will ich da nicht eingehen. Sie haben sich nicht so dezidiert geäußert, wie Frau Kollegin Nacken, sondern sehr pauschal in einer Form, in der ich nicht zu diskutieren pflege.

(Beifall bei der SPD)

Dazu möchte ich Ihnen gerne sagen, daß wir am Flughafen Düsseldorf mit einem jährlichen Anwachsen der Passagierzahlen zwischen 5 und 7 % zu rechnen haben. Losgelöst von der Frage einer Lärmkontingentierung und der zusätzlichen Bewegungsmöglichkeiten, die sich daraus ergeben können, resultiert allein daraus ein Anwachsen der Passagierzahlen, das diese Größenordnung als nicht unrealistisch erscheinen läßt.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß es zur Zeit im Bereich des Verkehrsministeriums ein Lärmkontingentierungsverfahren gibt. Sie können sich darauf verlassen, daß dieses Verfahren, das mit einiger Sicherheit gerichtlich überprüft werden wird, absolut nach Recht und Gesetz sowie der Beschlußlage des Landtags, nach der die Lärmreduktionspotentiale, die sich aus der technischen Entwicklung ergeben, sowohl den Anwohnerinnen und Anwohnern als auch dem dortigen Flugverkehr zugute kommen sollen, ablaufen wird. Frau Kollegin Nacken, wenn Sie das zusammenführen, werden Sie sehr rasch - und zwar in überschaubarer Zeit - bei der Passagierzahl für Düsseldorf zu Größenordnungen kommen, für die dieser Flughafen vorbereitet sein muß.

(C)

(D)

(Minister Clement)

- (A) Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit wir über klare Sachverhalte sprechen können, wollte ich das zu diesen wichtigen Fragen anfügen. Ich halte es nämlich nicht für möglich, alle Fragen in allgemeinpolitischen Beschlüssen darzustellen, sondern schon für notwendig, daß wir wissen, worüber wir reden. Denn nur über diese Faktoren, über die ich jetzt gesprochen habe, reden wir und dabei gleichzeitig über eine Vielzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in unserem Land. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Dr. Bajohr für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von der CDU: Nein! - Oliver Wittke [CDU]: Holt den Matthiesen rein!)

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Herr Linsen hörte, daß ich reden werde, ist er sicherheitshalber gegangen.

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU] - Unruhe - Glocke)

(B)

- Herr Meyer Ich hätte mich gerne mit ihm auseinandergesetzt über das, was er heute morgen gesagt hat. Er ist ja der einzige Interpret der CDU-Meinung und hat dem Landeshaushalt vorgeworfen, er sei unsolid finanziert, die Steuereinnahmeschätzungen für das nächste Jahr seien zu hoch angesetzt, es klaffe ein Milliardenloch. Gleichzeitig hat er ein grandioses Steuersenkungsprogramm verkündet und gesagt, bei der Einkommensteuer möge der Spitzensteuersatz auf unter 40 % und der Eingangssteuersatz auf unter 20 % gesenkt werden.

(Beifall des Leo Dautzenberg [CDU])

Ich weiß nicht, wo Herr Linsen Mathematik gelernt hat; er sollte berücksichtigen, daß dies ein Steuereinnahmeloche von mindestens 60 Milliarden DM bedeutete.

(Zustimmung der Alexandra Landsberg [GRÜNE] - Leo Dautzenberg [CDU]: 100 Milliarden DM!)

Das sind zwei Drittel des Umfangs des Landeshaushalts 1997. Hinzu kommt, daß die Vermögensteuer schon so gut wie weg ist. Hinzu

(C) kommt, daß die CDU will, daß die Gewerbesteuer verschwindet. Hinzu kommt, daß Sie weiter davon reden, auch andere Steuerarten sollten gesenkt werden.

Das bedeutet, daß sich nicht nur das Haushaltsloch des Herrn Waigel, sondern leider infolge einer solchen Steuersenkungsoperation - wenn sie in der Verantwortungslosigkeit, wie sie Herr Linsen vorschlägt, denn käme - auch das Steuereinnahmeloche des Bundes noch vergrößern würde. Einen Rekord gibt es schon: Noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hat es im Bundeshaushalt ein solches Loch gegeben. Das ist der erste Rekord.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider versteht es diese Bundesregierung ja, einen Rekord nach dem anderen aufzustellen. Der zweite Rekord bezieht sich nämlich auf den Schuldenstand des Bundes. Ich kann mich noch daran erinnern, daß 1981/82 genau diese Partei mit diesem Parteivorsitzenden Kohl dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Verfassungsklage an den Hals gehängt hat, weil angeblich Verschuldung und Neuverschuldung des Bundeshaushalts zu hoch gewesen seien. Damals hat man vom "Schuldenkanzler" gesprochen. Ich weiß nicht, wie man den Kanzler nennen soll, der die Bundesrepublik und ihre Finanzen wirklich derart in die Misere gefahren hat, wie das in den vierzehn Jahren unter Kohl, Waigel, Stoltenberg und den anderen Finanzministern geschehen ist.

(D)

(Zustimmung der Alexandra Landsberg [GRÜNE])

Diese Steuerausfälle in Höhe von 60 Milliarden DM, die durch das hervorgerufen würden, was Ihr Fraktionsvorsitzender, der wohl als einziger noch für Ihre Fraktion zu sprechen befugt ist, vorgetragen hat, würden nach Ihrer Logik zu einer noch größeren Demontage des Sozialstaates führen. Sie haben ohnehin schon die Hürden für den Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe erheblich nach oben gesetzt. Es hat erhebliche Einschnitte bei den sozialen Leistungen gegeben, und zwar bei den sozialen Leistungen für Behinderte, bei den sozialen Leistungen für Familien, bei den sozialen Leistungen für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, bei den sozialen Leistungen für die Wiedereingliederung.

Diese grandiose Demontage des Sozialstaates, die ja nicht nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, son-

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) dern viele Menschen in diesem Lande fragen läßt, wie es mit Ihrem Verfassungsverständnis in bezug auf die soziale Verfaßtheit des Bundesstaates bestellt ist, hat zu einer Spaltung dieser Gesellschaft in Gewinner und Verlierer geführt. Diese Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer wollen Sie offensichtlich fortsetzen. Und die Verlierer wirft Ihr Herr Linssen dann zurück auf eine Familienideologie, die nun wirklich in das 19. Jahrhundert gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese rückwärtsgewandte Ideologie, die die Familie als Keimzelle des Staates und aller sonstigen Organisationen versteht, ist dermaßen überholt, daß sie mit den Realitäten, wie sie Familie in der Bundesrepublik Deutschland heute charakterisieren, überhaupt nichts mehr zu tun hat.

(Roland Appel [GRÜNE]: Keimzelle des Elends und der Armut!)

- Kollege Appel, genau darauf wollte ich zu sprechen kommen.

Tun Sie doch nicht so und schwingen Sie sich nicht zu den Freundinnen und Freunden, zu den Förderern der Familie auf. Sie wollten doch die Kindergelderhöhung verschieben. Daß die Kindergelderhöhung trotzdem jetzt vorgenommen wird, haben die Menschen doch den SPD-geführten Bundesländern und insbesondere den rot-grünen Bundesländern in dieser Republik zu verdanken.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten die Kindergelderhöhung verschoben, damit die Vermögensteuer für die Reichen fortfallen kann.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Das ist dummes Zeug!)

- Warum ist das "dummes Zeug"? Sollte die Kindergelderhöhung denn nicht verschoben werden? Reden Sie doch nicht davon, wenn Sie es nicht besser wissen.

Es gibt heute Millionen von Kindern, die in Armut aufwachsen. Das denken wir uns nicht aus, sondern das ist das Ergebnis von Recherchen der Wohlfahrtsverbände.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Lindlar zulassen?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ja, gerne. Im Unterschied zu Herrn Linssen bin ich zu einer Diskussion gerne bereit. (C)

Hans Peter Lindlar^{*)} (CDU): Herr Kollege Bajohr, erlauben Sie, daß ich meinen Zwischenruf dahin erkläre und Ihnen die Frage stelle, ob Ihnen noch nicht bewußt geworden ist oder Sie noch nicht zur Kenntnis genommen haben, daß die allgemein aus Ihrer Richtung verbreitete These, die Abschaffung der Vermögensteuer schone die Millionäre, völlig falsch ist, weil nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts - ja, es war wohl das Bundesverfassungsgericht - eben diese hohen Einkommen in der Tat von der Vermögensteuer nicht mehr zu treffen sind, sondern die Vermögensteuer so, wie sie nach Ihren Vorstellungen verbleiben würde, lediglich gegen den Mittelstand und mittelständische Unternehmen gerichtet wäre?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Herr Kollege, zunächst darf ich Sie aufklären! Sie liegen richtig, es war das Bundesverfassungsgericht. Jemand anderes wäre dazu sicher nicht befugt gewesen.

Es ist völlig unrichtig, was Sie sagen. Denn die Vermögensteuer trifft sowohl die Reichen als auch die Superreichen, wenn sie in einer verfassungskonformen Form erhoben wird. Es bleibt auch nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts sehr wohl Spielraum für die Erhebung der Vermögensteuer bei den sehr, sehr großen Einkommen. Deswegen sind es übrigens auch die Vertreter dieser sehr, sehr großen Einkommen, die sich mit besonderer Verve gegen die Vermögensteuer ausgesprochen haben und aussprechen. Aber wir werden sie nach 1998, wenn es eine rot-grüne Bundesregierung gibt, wieder einführen, und dann können wir ja sehen, wen es wirklich trifft. (D)

Ich habe, ehe die Zwischenfrage kam, gesagt, daß Armut von Kindern eine besondere Rolle in dieser Bundesrepublik spielt. Jedes achte Kind in der Bundesrepublik wächst unter Armutsverhältnissen auf. Und es ist auch umgekehrt so, daß Kinder zu haben, Kinder zu bekommen anerkanntermaßen als das größte Armutrisiko in dieser Republik gilt. Ich frage mich: Wie können Sie von Familie reden, wie können Sie davon reden, daß die Familie die Keimzelle sei, wenn Sie gleichzeitig dafür sorgen, daß diejenigen, die eine Familie

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) haben, die eine Familie gründen wollen, mit dem Risiko der Armut behaftet sind?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage gleichzeitig: Wie können Sie so scheinheilig von dieser heilen Welt der Familie sprechen und diese als Alternative zu den sozialen Systemen anbieten, wenn Sie wissen, daß gerade auch in Familien die Gewalt ein besonderes Problem darstellt und Gewalt immer mehr zuzunehmen droht? - Meine Damen und Herren von der CDU: Es ist vorbei mit der Zeit aus Biedermeier und Gemütlichkeit. Das haben spätestens Ihre politischen Freundinnen und Freunde in Bonn besorgt.

Woher kommt diese Situation? Woher kommt es zu diesen Gewaltausbrüchen insbesondere auch in der Familie? Warum müssen wir denn beim Haushalt in so vielen Positionen dafür sorgen, daß es Beratungs- und Hilfsangebote für geprügelte Kinder, für mißbrauchte Kinder, für geprügelte und vergewaltigte Ehefrauen gibt? Warum ist das denn der Fall? Warum hat sich diese Gesellschaft so entwickelt? - Die große kulturelle Wende hat Ihr Bundeskanzler 1982 eingefordert und angekündigt. Wenn dieses Ausmaß an Gewalt das Ergebnis Ihrer kulturellen Wende ist, dann bin ich froh, daß wir damit nichts zu tun haben.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dann beklagen Sie die Arbeitslosigkeit in diesem Land und stellen fest, daß es auch in Nordrhein-Westfalen Massenerwerbslosigkeit gibt. Wir haben rund 800 000 Menschen, die ohne Erwerb sind und nach einer Arbeitsstelle suchen. Es ist Ihnen schon mehrfach vorgehalten worden: Sie nehmen einfach nicht zur Kenntnis, daß wir in Nordrhein-Westfalen uns in einer relativ stabilen Situation befinden, daß der Anteil Nordrhein-Westfalens, was die Arbeitslosigkeit in den westlichen Bundesländern angeht, rückläufig ist. Ich will gar nicht behaupten, daß das ein Trost für uns wäre. Auch diese 800 000 Arbeitslosen sind natürlich viel zuviel. Jeder Arbeitslose, jede erwerbslose Frau ist zuviel. Aber für die Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt, die sich seit 1982 Monat für Monat und Jahr für Jahr vollzieht, für diese Katastrophe ist nicht diese Landesregierung verantwortlich, sondern Ihre politischen Vorturner in Bonn.

Sie bzw. Ihr Oberbuddha in Bonn kündigen an, bis zum Jahre 2000 die Arbeitslosigkeit halbieren

zu wollen. Dann würde ich einfach einmal folgendes tun: Ich würde mich einmal mit den Ergebnissen der Ifo-Studie auseinandersetzen, die Ihnen jetzt bescheinigt, daß es im kommenden Jahr deutlich über 4 Millionen Erwerbslose in der Bundesrepublik geben wird. Da sind wir bei einem weiteren Rekord, den diese Bundesregierung aufstellt: neben den Schulden, neben der Neuverschuldung, neben dem Haushaltsloch auch ein Rekord an Erwerbslosigkeit - jedes Jahr neu, jedes Jahr wieder!

(C)

Das Ifo-Institut bescheinigt auch, daß es völlig unrealistisch ist, annehmen zu wollen, die Erwerbslosigkeit könne unter den gegebenen politischen Bedingungen bis zum Jahre 2000 auch nur annähernd halbiert werden. Das wissen Sie natürlich auch.

Und was schlägt deshalb Ihr Fraktionsvorsitzender vor? Was schlägt er den Tarifvertragsparteien, was schlägt er der Landesregierung, was schlägt er den Koalitionsfraktionen vor? Er schlägt - ich versuche jetzt, so gut ich kann, aus der Rede Dr. Linssens zu zitieren; ich habe mich bemüht, vorhin mitzuschreiben - Löhne vor, die "im Rhythmus der Konjunktur atmen". Wissen Sie, was das auf deutsch heißt? - Auf deutsch heißt das: Er will Löhne, die sich mit jedem Einbruch der Konjunktur automatisch absenken. Das heißt Lohnkürzungen, d. h. Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, d. h. Mehrarbeit, das ist ein Generalangriff auf das, was sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den 50 Jahren seit dem Ende des zweiten Weltkrieges erkämpft haben. Das sind Löhne, die "im Rhythmus der Konjunktur atmen".

(D)

Es gibt ohnehin bereits eine Reallohnstagnation. Es gibt eine Explosion der Nettogewinne der Unternehmen. Es gibt eine Spaltung bei den Einkommen und bei den Vermögen zwischen Arm und Reich. Es gibt ein Absinken der Brutto Lohnquote am Volkseinkommen. Dies Ganze wird hervorgerufen und zugleich unterstützt durch die unsolide Steuerpolitik, die einseitig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land belastet. Dies ist der Kurs der rücksichtslosen Spaltung dieser Gesellschaft, gegen die ein Land mit seinen beschränkten Mitteln nur bedingt ansteuern kann.

Wir haben hier einen rot-grünen Haushaltsentwurf mit ganz erheblichen Erfolgen, mit ganz erheblichen Reformschritten für dieses Land vorgelegt, von denen wir uns eine Verbesserung der

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

(A) Situation im Rahmen dessen, was die Bonner Bedingungen zulassen, versprechen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Au, heute hat der Bajohr aber Kreide gefressen!)

- Das ist keine Kreide, sondern das ist Einsicht in die Notwendigkeiten, Kollege Matthiesen.

Wir haben Investitionen in die Umwelt beschlossen. Wir haben Investitionen in Arbeit beschlossen. Dazu gehört beispielsweise die Verwendung der Öko-Abgabe Abwasser für Zwecke des Gewässerschutzes, der Gewässerreinigung, der Renaturierung. Dazu gehört ein Programm zum Ausbau der Fernwärme. Dazu gehört das Technologieprogramm Schiene, mit dem wir erreichen wollen, daß Nordrhein-Westfalen ein nicht nur konkurrenzfähiger, sondern vorbildlicher Standort für Schienenverkehrstechnologie wird, weil wir meinen, daß die Schienenverkehrstechnologie größere Zukunftschancen hat als jede andere im Bereich der Mobilität angesiedelte Technologie, beispielsweise die Automobiltechnologie.

Rot-Grün will gleichzeitig dafür sorgen, daß Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt durch die Politik dieser Bundesregierung kaum noch eine Chance haben, wieder in den Erwerbsprozeß integriert werden können. Deshalb wird das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" fortgeführt, deshalb wird das Programm "Soziale Wirtschaftsbetriebe" fortgeführt.

(B)

Wir setzen uns für den Bereich Schule und Weiterbildung, für Politik für Kinder ein. Wir decken den steigenden Unterrichtsbedarf im Umfang von rund 10 000 Stellen sozialverträglich ab; wir werden im kommenden Jahr davon gut 3 000 Stellen erwirtschaften.

Es gibt das Programm "Verlässliche Halbtagschule von 8.00 bis 13.00 Uhr", das es Frauen und Männern mit Kindern, die sich im Grundschulalter befinden, ermöglicht, in Teilzeitarbeit verlässlich erwerbstätig zu sein.

Es gibt ganz erhebliche Investitionen in Kindertagesstätten. Alle Befürchtungen, daß in irgendeiner Weise Anträge der Kommunen oder anderer Träger nicht erfüllt werden könnten, erledigen sich dadurch.

Es werden Verstärkungen im Bereich der Hochschulen vorgenommen.

Wir werden - die Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte das schon gesagt - im Bereich Frauen eine Offensive voranbringen. Es

wird mehr Frauen- und Mädchenhäuser geben. Es wird mehr Hilfsangebote für vergewaltigte Frauen geben. - Der Herr Kollege Appel meldet sich.

(C)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Appel, bitte schön!

Roland Appel (GRÜNE): Herr Kollege Bajohr, würden Sie meine Einschätzung teilen, daß angesichts der Schlußdebatte um den Landeshaushalt die CDU hier wieder einmal ihre besondere Präsenz als starke Oppositionsfraktion demonstriert?

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Ja, Herr Kollege Appel, ich teile diese Ansicht. Ich schwanke immer noch: Ist es Faulheit, oder ist es Sonthofen? Ich weiß nicht, was von beidem eigentlich dahintersteckt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf jeden Fall ist es eine erschreckende Nichtteilnahme.

(Regina van Dinther [CDU]: Dafür kann man ja Schmerzensgeld verlangen!)

Die CDU, Kollege Appel, weiß, daß dieser Haushalt solide finanziert ist. Sie behauptet zwar ständig das Gegenteil; aber sie würde diesen Beweis ja wahrscheinlich mit Vehemenz und auch mit voller Anwesenheit führen, wenn sie ihn führen könnte. Sie weiß, daß dieser Haushalt solide finanziert ist, und drückt sich vor der Wahrheit.

(D)

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie legt ihre Diäten sozusagen auswärtig an!)

- Ja, das ist vielleicht eine Chance, die wir hier verpassen.

Aber es ist auch so: Wir werden über diese solide Haushaltsfinanzierung hinaus Einsparungen vornehmen. Zwischen den Koalitionsfraktionen ist vereinbart, unter der Leitung des Finanzministers eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit dem Thema Sparen befassen soll, und zwar nicht mit Sparen an für sich, sondern mit intelligentem Sparen, damit wir nicht später in eine Situation kommen, in der wir bei den sozialen Leistungen einsparen müßten. Wir werden diese Arbeitsgruppe bilden. Ich gehe davon aus, daß sie auch bald zu tragbaren Ergebnissen kommen wird, die dann dazu beitragen können, die Nettoneuverschuldung gegenüber dem abzusenken, was jetzt mit 7,1 Milliarden DM vorgesehen ist. Dafür brau-

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

A) chen wir aber die Hilfe der Opposition nicht; wir schaffen das auch allein.

Herr Linssen hatte gesagt, die GRÜNEN seien das Problem für die Investitionen. Ich will noch einmal deutlich sagen: Nicht die GRÜNEN sind das Problem für die Investitionstätigkeit hier im Lande oder in der Bundesrepublik. Das Problem ist, daß sich diese Bundesregierung weigert, verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen, die sich im Bereich von Umwelttechnik, im Bereich vorsorgenden Umweltschutzes engagieren wollen. Was sollen die denn tun, wenn sie nicht wissen, ob die entsprechenden Gesetze tatsächlich kommen, ob also diese Investitionen Rendite versprechen oder nicht? Dies ist der Punkt!

Meine Damen und Herren, Herr Minister Clement hatte sich zum Flughafen Düsseldorf geäußert. Das will ich nicht ausweiten. Ich meine nur, der Angerland-Vergleich kann nicht zur Disposition stehen. Es ist ein Vergleich, auf den sich die Menschen verlassen können müssen. Es geht nicht nur darum, daß sich die Wirtschaft auf etwas verlassen können muß; die Anwohnerinnen und Anwohner haben ebenfalls ein Recht darauf, sich auf Dinge, die man vor Gericht vereinbart hat, verlassen zu können. Das Alter dieses Vergleichs kann dabei kein Maßstab für seine Richtigkeit sein.

(B) Weiterhin ist es so, daß heute erstmals vor Gericht eine mündliche Verhandlung über die Frage der Zulässigkeit des Zwei-Bahn-Systems stattfindet. Wir halten am Ein-Bahn-System und an der Begrenzung auf 91 000 Flugbewegungen fest.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen schöne Weihnachten, und der CDU wünsche ich, daß sie sich noch einmal darauf besinnt, ob sie diese Obstruktionspolitik im kommenden Jahr fortsetzen will.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile dem Minister für Bauen und Wohnen, Herrn Dr. Vesper, das Wort.

Dr. Michael Vesper, Minister für Bauen und Wohnen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Letzte Woche war die CDU physisch anwesend und geistig abwesend. Heute ist sie -

mittlerweile jedenfalls - physisch abwesend; ob sie geistig anwesend ist, wage ich zu bezweifeln. **(C)**

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Von dieser Haushaltsdebatte jedenfalls wird sich die CDU nach meinem Eindruck, wenn ich die Presse richtig verfolgt habe und wenn ich auch die öffentlichen Äußerungen richtig interpretiere, lange nicht erholen:

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

erst zwei Tage Sprachlosigkeit, dann eine Rede des Oppositionsführers, die mit dem Haushalt nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte, und schließlich das Eingeständnis, daß die CDU immer mehr zu einer One-man-show - "One-puppet-show" hätte ich beinahe gesagt - wird, daß hier also offenbar nur noch ein einziger Mann für die CDU sprechen darf.

Dem Abgeordneten Lindlar, der es eben gewagt hat, dem Abgeordneten Bajohr eine Zwischenfrage zu stellen, muß man einen Sonderpunkt für Zivilcourage geben,

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiterkeit)

daß er den Mut hatte, diese One-Man-Show zu durchbrechen. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie können es mir abnehmen - ich weiß ja, wie man Opposition macht; ich habe es selbst fünf Jahre lang hier getan -, **(D)**

(Klaus Matthiesen [SPD]: Probiert!)

so schlecht muß man es nicht machen, man kann es auch besser machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von der Opposition können Impulse ausgehen, und diese Impulse haben Sie an diesen drei Tagen vermissen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ein Oppositionsführer mindestens haben sollte, ist ein gutes Gedächtnis. Eben hat der Ministerpräsident zu seinem Vorwurf des "Reptilienfonds" Stellung genommen. Herr Linssen hat dazwischengerufen, das hätte er überhaupt nicht gesagt, wie man ihm so etwas unterstellen könnte. Ich stelle fest, daß Ihr Gedächtnis nicht einmal bis zum 16. Juli 1996 zurückreicht, denn an diesem Tag hat Herr Linssen ausweislich seines eigenen Sprechzettels vor der Landespressekonferenz ausgeführt:

(Minister Dr. Vesper)

(A) "Schleußer will das Finanzloch durch zusätzliche Schulden und Investitionssenkungen schließen, wobei sich ein rechnerischer Überhang von 0,3 Milliarden DM ergibt, für den der Finanzminister noch keine Verwendung genannt hat. Es ist nicht auszuschließen,"

so Herr Linssen weiter,

"daß diese 300 Millionen DM zur Befriedung des GRÜNEN Koalitionspartners und dessen Klientelbeglückung reserviert sind."

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Das ist Ihre Sprache! Dann kommt der Satz:

"Angesichts der desolaten Finanzlage des Landes ist ein solcher Reptilienfonds unverantwortlich und unsolide."

Wenn der Oppositionsführer sich wenige Monate danach an seine eigenen Worte nicht mehr erinnert, ist das ein trauriges Bild. Das Gedächtnis reicht aber noch nicht einmal bis zur letzten Woche zurück. Denn er hat auch bestritten, daß er den Begriff "Abrechnung" gebraucht hat. Ich zitiere aus dem Plenarprotokoll:

"Wir haben ja Gelegenheit, diese Generalabrechnung in der dritten Lesung fortzusetzen."

(B) So Herr Oppositionsführer Linssen. Ich kann nur sagen: Diese Gelegenheit haben Sie heute vertan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn viele in der vergangenen Woche noch gerätselt haben, wie Sie auf diesen strategischen Fehler verfallen konnten und was die Gründe dafür waren, daß Sie in der zweiten Lesung geschwiegen haben, so haben wir heute die Antwort in Form der Rede von Herrn Linssen gehört. Diese Rede gibt eine deutliche Antwort. Jetzt wissen wir, daß Sie sich deswegen zurückgehalten haben, weil Sie nichts zum Haushalt zu sagen haben.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Mehr Stoff ist nicht da!)

Sie haben sich in keiner Weise auf den Landeshaushalt eingelassen. Sie haben sich - da kann ich das, was Herr Matthiesen und Frau Nacken gesagt haben, nur unterstreichen - auch in der Bonner Gemengelage nicht als Anwalt der Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen gezeigt.

(Beifall bei der SPD)

Der Bergarbeiterwohnungsbau ist nur das drastischste Beispiel dafür. Sie haben mit dazu beigetragen, daß über die Vermögensteuer ganz wenige entlastet und dafür ganz viele belastet werden. Die Anhebung der Grunderwerbsteuer von 2 % auf 3,5 % - gerade vor wenigen Jahren wurde sie auf 2 % gesenkt - kann einen Bauminister nicht erfreuen, weil das dem, was Sie hier mit tränenreicher Stimme einfordern, nämlich eine Belebung der Baukonjunktur, gerade nicht dient.

Deswegen können wir uns über diese Aktion "Streichung der Vermögensteuer und Erhöhung der Grunderwerbsteuer" nicht freuen.

Ich will Ihnen ein Zitat vorhalten, meine Damen und Herren von der CDU, das Sie nachdenklich machen sollte:

"In der Bundesrepublik verstärkt sich die Gefahr, daß die hergebrachten Vorstellungen der früheren Einkommensgliederungen neu aufleben. Es ist eine konservative, ja reaktionäre Vorstellung, daß einer kleinen Schicht Wohlhabender eine große Masse sozial schwacher Einkommensgruppen entgegensteht. Dies ist nicht vereinbar mit den Zielen der sozialen Marktwirtschaft, immer weitere und breitere Schichten unseres Volkes zu Wohlstand zu führen. Sozial kann sich eine Wirtschaftsordnung nur nennen, wenn sie den wirtschaftlichen Erfolg allen zugute kommen läßt."

Ein hochaktueller Text!

"Im Gegensatz zur liberalistischen Wirtschaftsordnung der Vergangenheit muß die soziale Marktwirtschaft eine Sozialisierung des Gewinns und des Fortschritts bewirken, um durch eine breit geschichtete Massenkraft die konservative Sozialstruktur dauerhaft zu überwinden. Das soziale und demokratische Element unserer Wirtschaftsordnung findet seine Verwirklichung in Verteilungsgerechtigkeit. Denn die Demokratie ist noch niemals durch mächtige Organisationen vor dem Verfall bewahrt worden. Sie wird nur solange bestehen, als sie von den Menschen getragen wird."

Das ist gerade zu der Aktion "Reiche zu entlasten und Normalverdiener stärker zu belasten" ein sehr aktueller Text. Diesen Text hat vor vielen Jahrzehnten ein Mitglied Ihrer Partei, der frühere Bundeskanzler Ludwig Erhard, geschrieben. Mei-

(C)

(D)

(Minister Dr. Vesper)

(A) ne Damen und Herren, Sie sollten sich an diesem Text ein Beispiel nehmen und daraus lernen.

Meine Damen und Herren, Herr Linssen hat auch den sozialen Wohnungsbau in den Mittelpunkt seiner Rede gestellt. Ich finde es mittlerweile ärgerlich, ja fast infam, daß die CDU uns immer vorhält, wir würden weniger für den sozialen Wohnungsbau tun. Die Wahrheit ist, daß die Bundesregierung in den letzten drei Jahren ihre Bundeszuweisungen halbiert hat. Das Land Nordrhein-Westfalen, das noch vor wenigen Jahren über 800 Millionen DM Bundeszuweisungen bekommen hat, soll im Jahre 1997 nur noch 320 Millionen DM bekommen. Ich frage Sie einmal, wie man solche Senkungen verkraften soll.

Ich sehe zwar, daß der vierte Antrag jetzt verteilt ist, meine Damen und Herren, aber dieses Argument will ich doch gerne noch zu Ende führen, wenn Sie mir das gestatten.

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich finde es infam, uns vorzuhalten, wir täten für den sozialen Wohnungsbau zu wenig, obwohl wir trotz dieser Einschränkungen der Bundeszuweisungen auch im kommenden Jahr wieder deutlich über 27 000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau fördern werden. Wir fördern über ein einkommensorientiertes Modell und über den ersten und zweiten Förderweg. Wir bleiben bei unseren Zusagen.

(B)

Der Finanzminister hat mir sogar zugesagt, jeden Betrag, den der Bund im sozialen Wohnungsbau aufstocken sollte, aus dem Landeshaushalt, wie es im Koalitionsvertrag steht, Mark für Mark zu ergänzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Sie sehen, auch was den Wohnungsbau angeht, ist diese Koalition ratlos und hat keine Argumente ---

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

- die Opposition ratlos und hat keine Argumente,

(Beifall bei den GRÜNEN)

während die Koalition diesen Haushalt in hervorragender Weise vorgelegt hat. Ich bitte Sie deswegen um Zustimmung zum Haushalt in dritter Lesung.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Matthiesen für die Fraktion der SPD das Wort. (C)

Klaus Matthiesen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr stellvertretender Ministerpräsident, lassen Sie sich trösten: Versprecher können vorkommen, aber dieser war gut und hatte einen Sinn, denn Sie haben die schlafende Opposition aufgeweckt.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Zum ersten Mal während der zweiten und dritten Lesung haben wir das Gefühl: Sie sind voll da.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich will nur wenige Bemerkungen zum Abschluß machen, weil es mir wichtig ist, jedenfalls aus der Sicht der SPD-Fraktion eine Schlußbilanz zu ziehen, so wie ich es sehe.

Da ist erstens festzustellen, daß die Opposition nicht nur ein trauriges Bild während der Haushaltsplanberatungen abgegeben hat, sondern sie hat in der Tat, meine Damen und Herren - das ist das Erschreckende -, in der Sache keine Alternative. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese Botschaft, diese Erfahrung muß ins Land hinausgehen. Sie wird auch ins Land hinausgehen.

Das zweite: Die Opposition hat hier mehrfach durch den Oppositionsführer gesagt - andere durften ja nicht reden -, daß der Haushaltsentwurf der Landesregierung nach der Auffassung der Opposition verfassungswidrig sei. Ich habe heute morgen gesagt: Entweder revidieren Sie diesen Vorwurf, oder seien Sie konsequent und gehen zum Verfassungsgerichtshof nach Münster!

(Beifall bei der SPD)

Da Sie diesen Vorwurf heute nicht revidiert und zurückgezogen haben, wünsche ich Ihnen Glück bei der juristischen Reise, denn ich gehe davon aus, daß Sie jedenfalls an diesem Punkt entsprechend Ihrer Ankündigung konsequent sein werden.

(Heinz Hardt [CDU]: Lächerlich!)

(Matthiesen [SPD])

- (A) Sind Sie es nicht, wiederhole ich: Dieses Etikett werden Sie ab heute nicht mehr los, nämlich Etikett einer Politik, die nur noch aus Propagandaformeln besteht und den Tatbestand der politischen Scharlatanerie erfüllt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Drittens ist mir wichtig festzustellen, daß bei allem Knirschen im Getriebe in Einzelfragen - wer wollte das leugnen - diese Koalition - das zeigen diese Haushaltsberatungen - handlungsfähig ist. Auch dies ist ein wichtiges Signal für unser Land.

Insofern hat diese Koalition - ich gehe einmal davon aus, daß wir, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, die Abstimmung auch noch gemeinsam bestehen werden - heute eine Bewährungsprobe bestanden. Die Haushaltsverabschiedung wird ein wichtiges Signal sein.

Vierte Bemerkung: Diese Opposition hat erneut den Versuch gemacht, die Koalitionspartner auseinanderzubringen. Das ist ihr nicht gelungen, das wird ihr auch künftig nicht gelingen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zu allen vorgelegten Anträgen der Opposition gibt es Ihnen und dem Hohen Hause vorgelegte Änderungsanträge beider Koalitionspartner.

(B)

Ich denke, mit der ersten, zweiten und dritten Lesung haben wir ein wichtiges Stück Arbeit für unser Land geleistet. Die Menschen werden es registrieren. Sie werden auch die Rolle registrieren, in die sich die Opposition aus eigenem Antrieb und ohne unser Verschulden - das macht es doppelt pikant - hineinbegeben hat.

Ich kann nur im Interesse einer lebendigen Demokratie hoffen, daß diese selbstgewählte Falle, in die Herr Linssen seine Fraktion hineingeführt hat, durch parteiinterne Kritik und durch einen Aufstand in seiner eigenen Fraktion bald von einer konstruktiven Oppositionsarbeit im Landtag abgelöst wird.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dem Lande würde das guttun, im übrigen auch der Opposition, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen **Laurenz Meyer** für die Fraktion der CDU.

(C)

(Erstaunte Zurufe von der SPD - Stefan Frechen [SPD]: Was haben Sie dem Linssen dafür gegeben?)

Laurenz Meyer¹⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befinden bei der dritten Lesung des Haushalts in einer gespenstischen Lage.

(Beifall bei CDU, SPD und GRÜNEN)

- Passen Sie auf, was ich Ihnen dazu sage. Ich nehme den Beifall im voraus als Zustimmung.

Heute morgen strotzt der Ministerpräsident vor Selbstzufriedenheit und singt das Lied: Kein schöner Land in dieser Zeit!

(Beifall bei der SPD)

Anschließend geht Herr Clement hierher und beschreibt die Lage realistisch als äußerst dramatisch, genauso wie Herr Dr. Linssen dies auch beschrieben und vorgetragen hat.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Matthiesen, wenn Sie da noch lachen, müssen wir das im Land wirklich allen Leuten erzählen. Uns rinnen die Arbeitsplätze wie Sand unter den Händen weg. Und Sie lachen, statt etwas zu tun!

(D)

(Beifall bei der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Aber über Sie!)

Dann reden Sie von Arbeit, Arbeit und Arbeit

(Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und können sich nicht einmal in für unser Land so wichtigen existentiellen Sachfragen wie den vier Punkten, die wir hier vorgelegt haben, verständigen. Das Land ist handlungsunfähig und schippert dahin. Das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident - jetzt muß ich es einmal sagen - ist eben lieber in Bonn beim Bundeskanz-

(Meyer [CDU])

(A) ler, als sich dieses Elend hier mit anzusehen. Das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Daß Sie in der Frage Braunkohle und Garzweiler II nicht handlungsfähig sind, wissen wir seit langem.

(Unruhe und Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Wir werden unmittelbar nach dem Gerichtsurteil im nächsten Jahr die Zeit haben, diesen Punkt zu vertiefen.

Daß Sie in der Frage Gentechnologie, in der Frage Flughafen und in der Frage Ausbildungsplatzabgabe aber noch nicht einmal mehr das bestätigen können, was Sie gestern noch an die Presse als Ergebnis Ihrer Fraktionssitzung gegeben haben, spricht, so meine ich, Bände.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident stellt sich bei der Frage Gentechnik vor die Arbeitgeberverbände des Landes und preist den Erfolg bei der Bio-Regio als großen Erfolg.

(Zuruf von Minister Wolfgang Clement)

(B) - Herr Clement, warten Sie es ab. Sie sind auch so ein Papiertiger, der sich nicht durchsetzen kann.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

Der Ministerpräsident verspricht die Unterstützung des Landes für die anstehenden Projekte. Sie tun das auch im Lande, und Sie machen das überall.

(Zuruf von Minister Wolfgang Clement)

- Herr Clement, wir werden bei Ihnen sorgfältig darauf achten, wie Sie gleich abstimmen, ob Sie Ihren eigenen Worten nicht zustimmen oder ob Sie zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident behauptet außerdem hier, er spräche für die gesamte Landesregierung.

(Zustimmung von den GRÜNEN - Minister Wolfgang Clement: Richtig!)

Anschließend gehen die GRÜNEN her - Herr Vesper, Frau Höhn, und natürlich gilt das für die ganz besonders segensreichen Äußerungen, die

etwa von Frau Dr. Grüber dazu kommen; das ist ganz besonders sachverständig, was da geäußert wird - (C)

(Zustimmung von den GRÜNEN)

und distanzieren sich von dem, was der Ministerpräsident und der Herr Clement gesagt haben. Und keinen Menschen in diesem Hause regt es auf, daß wir in dieser wichtigen Frage streiten. Sie sagen allen Ernstes nein zu dem, was beantragt wird, daß nämlich vom Land die jetzt anstehende Bemühung um zusätzliche Arbeitsplätze unterstützt wird. Zur Frage Gentechnik wollen Sie allen Ernstes heute so beschließen. Sonst kommt die Gentechnik nur in der Bestätigung, daß sie in der Forschung breite Anwendung findet.

Bei Ihnen heißt es dann wirklich: "Die Landesregierung wird dafür eintreten, daß die Gentechnologie in Nordrhein-Westfalen nicht ohne sorgfältige Abwägung von Chancen und Risiken verantwortungsvoll genutzt wird." Hat denn Herr Clement sich bisher zu diesem Thema etwa unverantwortlich geäußert?

(Beifall bei der CDU)

Heißt das, daß Herr Clement dumm ist, daß er nicht weiß, wovon er redet, weil hier noch nicht genug die Chancen und Risiken erforscht worden sind? (D)

Herr Matthiesen, nun zu Ihnen, weil Sie von Arbeitsplätzen reden: Woanders entstehen die Arbeitsplätze, und Sie streiten in Ihrer Koalition um Chancen und Risiken.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die ganze Wahrheit.

Die Investoren werden solche Vorgänge leider zu wichten haben. Dann stehen Sie da in Ihrem langen Hemd,

(Zuruf von der SPD: Kurzen Hemd!)

können draußen reden und sich hier nicht durchsetzen. Man hat doch eben Ihr langes Gesicht gesehen, als Sie diese Vorlagen gelesen haben.

Wie soll der Wirtschaftsminister in einer solchen Situation Verhandlungen mit Investoren führen können?

Zum Stichwort: "Ausbildungsplatzabgabe": Sie können sich dazu gerade noch einmal auf das

(Meyer [CDU])

- (A) Ziel verständigen, daß die Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten sollen. Aber diese Landesregierung, die mit Unterstützung der SPD-Fraktion mit der Wirtschaft einen Ausbildungskonsens geschlossen hat, den wir unterstützen, wird von Ihnen kaltlächelnd um der kurzfristigen Koalitionsvereinbarung willen in den Regen gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem richten Sie draußen bei den Verbänden einen Schaden an. Sie wissen doch ganz genau, daß das hier als Absage verstanden wird. Sie können doch nicht hergehen und der Wirtschaft dafür danken ---

(Zuruf von Minister Wolfgang Clement - Unruhe)

- Herr Clement, seien Sie einmal einen Moment ruhig, denn Sie können gleich noch dazu reden; Sie müssen dazu dann etwas klarer auf den Punkt hin reden als vorhin.

(Unruhe und Zurufe)

- Ja, so etwas kann einen aufbringen, daß das Land zugrunde geredet und nichts getan wird.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Herr Clement, Sie haben für die Landesregierung eine Abmachung für fünf Jahre getroffen. Sie stellen sich vor die Presse und bedanken sich dafür, daß in diesem Jahr der Ausbildungskonsens eingehalten worden ist und daß die Wirtschaft ihren Teil dazu beigetragen hat. Gleichzeitig ist Ihre Fraktion nicht einmal in der Lage mitzutragen, daß die wesentliche Voraussetzung für den Ausbildungskonsens, die Absage an eine Ausbildungsplatzabgabe, für fünf Jahre unterstrichen wird.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Hombach, was sagen Sie eigentlich zu einem solchen Vorgehen? - Da wird man einfach so in den Regen gestellt. Mal sehen, was Sie gleich dazu sagen.

(Unruhe und Zurufe)

SPD und GRÜNE sind nicht in der Lage, sich über diese Punkte zu verständigen und überhaupt nur die wichtigsten Voraussetzungen zu schaffen. Sie haben sich zwar der Wirtschaft gegenüber für fünf Jahre verpflichtet. Herr Matthiesen hat vorhin noch gesagt, ehe diese Anträge kamen, es

sei für ihn ein leichtes, in der SPD-Fraktion die Absage an die Ausbildungsplatzabgabe durchzusetzen. Wo sind Sie denn, Sie Papiertiger?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

In der Fraktionssitzung am Dienstag ist in der SPD vollmundig und natürlich aus vollem Herzen beschlossen worden - wahrscheinlich fast einstimmig beschlossen, genauso wie Sie heute einstimmig das Gegenteil beschließen werden -, daß der Wirtschaftsminister für seine Pläne für die Start- und Landebahn in Düsseldorf und für die Privatisierung des Flughafens Unterstützung erhält. Heute können Sie noch nicht einmal durchsetzen, Sie, die angeblich stärkste Fraktion in diesem Hause, daß das Wort "Landebahn" in dem Antrag überhaupt noch vorkommt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ja, Herr Matthiesen, das nenne ich wirklich Durchsetzungskraft. Das ist wirklich ein starker Fraktionsvorsitzender mit richtigem Rückhalt in seiner Fraktion. Der kann die wirklich wichtigen Dinge für das Land natürlich bewegen. Aber er kann noch nicht einmal an einer solchen Stelle das Wort "Landebahn" in einen Entschließungsantrag hineinbringen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen auch folgendes ganz deutlich: Wir sind der Meinung, daß das Verfahren, das Sie jetzt anwenden werden, gegen jede Grundlage der Geschäftsordnung ist. Wir halten das für Trickseriei.

(Beifall bei der CDU)

Der Kollege Hardt wird dazu noch etwas sagen.

Ich will Ihnen aber an dieser Stelle schon folgendes sagen: Es mag sein, daß Sie sich mit solchen Trickserieien über die heutige Runde retten können. Ich prophezeie Ihnen, Sie sollten sich an diesem Erfolg freuen, denn lange werden Sie nicht mehr Gelegenheit haben, solche Dinge hier umzusetzen. Dafür wird der Bürger in diesem Lande sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Das verspreche ich Ihnen in die Hand.

Wir sind froh darüber, daß wir hier klipp und klar zu unseren sehr einfach und schlicht gefaßten Anträgen

(Zuruf von der SPD: Das ist richtig! - Unruhe)

(C)

(D)

(Meyer [CDU])

(A) von Ihnen eine Absage erhalten. Wir haben es bewußt nicht komplizierter gemacht, als Sie es verstehen können.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind in diesem Land in den wichtigen Sachfragen des Landes keine handlungsfähige Regierung und keine handlungsfähige Mehrheit mehr.

(Beifall bei der CDU)

Das einzige, was Sie noch gemeinsam können - Sie, Herr Matthiesen mit Ihrem Gerede von den Arbeitsplätzen sollten sich an die Nase fassen -, ist, hier auf der Regierungsbank zu helfen, daß beim Klammern an den Posten noch alles beim alten bleibt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte, Herr Kollege Hardt.

(Unruhe und Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit.

(B)

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte im Rahmen der Geschäftsordnung, und zwar betreffend § 86 in Verbindung mit § 79 Abs. 3, etwas sagen, weil dies hier wirklich eine Handlungsweise, Herr Matthiesen, contra legem ist.

(Beifall bei der CDU)

Sie können ja mit der Mehrheit alles machen. Aber Sie können nicht das Recht beugen, indem Sie einer Minderheit Entschließungsrechte minimieren.

(Beifall bei der CDU)

In § 86 steht eindeutig:

"Anträge auf Entschließungen"

- und das haben wir verlangt, meine Damen und Herren -

"enthalten Meinungen, Anregungen, Empfehlungen oder Ersuchen, die mit einem Beratungsgegenstand im Zusammenhang stehen."

Jedes Mitglied dieses Landtags kann Anträge auf Entschließungen stellen. Dazu gibt es keine Änderungsanträge. (C)

(Beifall bei der CDU)

In § 79 Abs. 3 steht eindeutig: "Änderungsanträge können von jedem Mitglied des Landtags gestellt werden", aber zu Gegenständen, die letztlich einen Antrag beinhalten.

Wenn Sie wirklich so weit gehen, Minderheitenrechte in der Demokratie mit dieser subtilen Art von Änderungsanträgen zu beschneiden, nehmen Sie der Minderheit das Recht, hier ihre Meinung zu äußern.

(Beifall bei der CDU)

Sie mögen das Demokratie nennen, aber ich kann nur sagen: Das ist Beugung entsprechend der Geschäftsordnung. Sie haben vorhin davon gesprochen, daß man überlegen soll, ob wir dann so einige auch juristische Schritte einleiten. Jawohl, denn es wird ja noch mehrfach der Fall sein, daß hier ein Minister redet, aber Sie aus Koalitionsinteressen anders handeln. Das darf nicht sein, meine Damen und Herren. Das Wort sei ja, ja oder nein, nein. Deshalb sind Ihre Anträge nach der Geschäftsordnung nicht zulässig. Ich bitte, Herr Präsident, nach § 86 zu verfahren. (D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Fischer, ich erteile Ihnen für die SPD-Fraktion das Wort.

Birgit Fischer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hardt, das war eine Rede zur Geschäftsordnung wider besseren Wissens.

(Zuruf von der CDU: Pfui!)

- Das bezieht sich auf Herrn Hardt, hoffe ich. Sie wissen genau, Herr Hardt, daß in der Geschäftsordnung nicht ausgeschlossen ist, daß Fraktionen Änderungsanträge zu Entschließungen stellen.

(Beifall bei der SPD - Heinz Hardt [CDU]:
Nein, das stimmt nicht!)

Dies ist nicht Bestandteil der Geschäftsordnung. Ich verweise auf die Praxis, die hier seit Jahren

(Fischer [SPD])

- (A) besteht, daß wir Entschließungen wie Anträge behandelt haben und entsprechend Änderungsanträge auch notwendig waren.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, was Sie sich dabei denken, wenn Sie sagen, eine größere Fraktion oder die Mehrheitsfraktionen, die Koalition verbiete einer Opposition hier das Wort. Ich weiß nicht, ob Sie nicht zur Kenntnis nehmen, daß Ihr Antrag vorliegt und über Ihren Antrag abgestimmt wird.

(Heinz Hardt [CDU]: Eben nicht! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Nein, Nein! - Weitere Zurufe)

Das heißt, es liegt ein Änderungsantrag vor.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Herren, Sie können sich noch einmal zu Wort melden, wenn Sie das für notwendig halten. Aber Zwischenrufen trägt nicht zur Klärung der Rechtslage bei.

Birgit Fischer (SPD): Durch unseren Änderungsantrag nehmen wir zum Entschließungsantrag der CDU Stellung und bitten daher um Abstimmung. Nach der Geschäftsordnung sind Änderungsanträge zulässig.

(B)

(Leo Dautzenberg [CDU]: Zu Anträgen!)

- Zu Anträgen und auch zu Entschließungsanträgen. Es wird in der Geschäftsordnung nicht ausgeschlossen. Das, was wir seit Jahren praktiziert haben, kann auch durch die CDU nicht umgekehrt werden, nur wenn es ihr jetzt zufällig einmal nicht in den Kram paßt. Es tut mir leid, wir bitten um Abstimmung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hardt, wenn Sie schon § 86 zitieren, dann hätte ich Sie gebeten, doch einfach mit dem ersten Satz dieses Paragraphen anzufangen.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Der lautet nämlich:

(C)

"Anträge auf Entschließungen enthalten Meinungen, Anregungen, Empfehlungen oder Ersuchen, die mit einem Beratungsgegenstand in Zusammenhang stehen."

Sie muten uns hier vier Anträge zu,

(Leo Dautzenberg [CDU]: Entschließungen!)

die mit dem Beratungsgegenstand Haushalt in keinerlei Zusammenhang stehen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das ist das erste Problem. Wir waren lange genug in der Opposition - fünf Jahre lang. Wir wissen genau, was in eine dritte Lesung gehört und was nicht. Anträge, die überhaupt nicht finanzierungsrelevant sind, gehören für meinen Geschmack nicht in eine dritte Lesung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben hier eine Auslegung der Geschäftsordnung, die sehr großzügig ist, Fünfe gerade sein läßt und sagt: Gut, meinerwegen. Aber andersherum: Nirgendwo in der Geschäftsordnung steht, daß Entschließungsanträge eine Sonderstellung haben und man sie nicht ändern darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Jetzt könnte man sich darüber unterhalten. Ich habe damit gar kein Problem. Im Bundestag, wenn ich mich recht entsinne, macht man das nicht. Dann müßten wir das gemeinschaftlich ändern. Machen Sie einen Vorschlag dazu. Dann ändern wir die Geschäftsordnung und stellen diesen Punkt klar. Das ist kein Problem.

(Heinz Hardt [CDU]: Wir kommen im Ältestenrat zusammen!)

- Herr Hardt, bevor Sie wieder das Wort ergreifen, würde ich gern meine Argumente darstellen. Eine Praxis des Landtags, die es seit Jahren gibt, plötzlich zu ändern, ist nun auch nicht einsehbar. Wir haben ein transparentes Verfahren, die Opposition hat jede Gelegenheit gehabt, Ihre Meinung deutlich zu machen. Sie hat sie teilweise nicht genutzt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: Zwei Tage lang abwesend!)

Das ist ein Problem, das wir nicht zu verantworten haben. Sie können nicht behaupten, daß die Meinung der Opposition hier nicht hätte deutlich

(Dr. Busch [GRÜNE])

(A) werden können. Insofern ist das kein Problem der Geschäftsordnung, sondern der Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Hardt, bitte.

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, durch die Geschäftsordnung ist auch das Miteinander in der Beratung festgelegt. Wenn Sie von der Regierungskoalition andere Auffassungen haben, bitte, dann steht Ihnen das Recht zu, Entschließungsanträge zu stellen und von mir aus unsere abzulehnen und Ihre anzunehmen.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber Sie sind nicht berechtigt, unter der Firmierung der CDU so etwas Diffamierendes zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Das steht eben nicht in § 86 GeschO drin.

(B) Deshalb, meine Damen und Herren, gehe ich auf das Angebot von Herrn Dr. Busch ein. Wir haben in der Tat darüber zu reden. Ich bitte um Unterbrechung der Plenarsitzung und um Einberufung des Ältestenrates.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN - Heinz Hardt [CDU]: Das wird ja langsam schlimm! - Unruhe)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Fischer, bitte schön.

Birgit Fischer (SPD): Herr Hardt, das von Ihnen vorgetragene Anliegen, daß Sie darüber reden wollen, akzeptieren wir selbstverständlich. Es ist eine Frage der Zeit, wann man das tut.

(Zurufe von der CDU: Jetzt! Jetzt! - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Jetzt, solange Sie sich so undemokratisch verhalten wollen!)

Ich erinnere daran, daß die Diskussion, die Sie heute hier anzetteln,

(Heinz Hardt [CDU]: Wir zetteln nichts an!)

(C) keine neue Diskussion ist. Sie haben selbst in zahlreichen Gesprächen darauf hingewiesen, daß es gegebenenfalls ein Wunsch der CDU ist, darüber einmal im Ältestenrat zu beraten.

(Jetzt! und weitere Zurufe von der CDU)

Sie meinen, daß ausgerechnet jetzt der richtige Zeitpunkt ist, weil Sie nicht an den Beratungen des Haushalts teilgenommen, weil Sie sich verweigert haben,

(Zustimmung bei SPD und GRÜNEN)

weil Sie jetzt einen Entschließungsantrag vorlegen und die SPD-Fraktion und die GRÜNEN-Fraktion nicht nur zum Haushalt beraten haben, sondern auch noch eine Meinung zu Ihrem Entschließungsantrag vertreten und ein Änderungsantrag vorliegt. Das ändert alles nichts an der Tatsache, daß wir ein langjähriges Verfahren haben. Wir haben hier eine Praxis, wie mit Entschließungs- und Änderungsanträgen umzugehen ist.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das geht nicht!)

Das ändert auch keine Sitzung vor Weihnachten.

(D) Ich bitte den Präsidenten und stelle hier den Antrag, daß über die Entschließungs- und die Änderungsanträge zunächst abgestimmt wird und keiner Sitzungsunterbrechung zugestimmt wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Heinz Hardt [CDU]: Nein! - Er meldet sich zu Wort.)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Dr. Busch.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Die GRÜNEN machen alles mit!)

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst, Herr Hardt: Sie haben mich ganz offensichtlich falsch verstanden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Verstehen wollen!)

Sie haben mich ganz offensichtlich falsch verstanden, weil ich gesagt habe, daß man grundsätzlich darüber nachdenken kann, Entschließungsanträgen gegenüber Anträgen einen besonderen Status zuzuerkennen. Dazu müßte

(Dr. Busch [GRÜNE])

(A) man die Geschäftsordnung ändern; darüber kann man sprechen.

(Heinz Hardt [CDU]: Die brauchen wir gar nicht zu ändern! - Er meldet sich zu Wort.)

Aber bitte nicht heute, auch nicht vor Weihnachten. Ich würde doch vorschlagen, das im neuen Jahr zu machen. Dann können wir über die Änderung der Geschäftsordnung sicherlich reden.

Wir haben es aber in diesem Landtag so gehandhabt: Wenn eine Fraktion Sitzungsunterbrechung beantragt, wollen wir dem grundsätzlich stattgeben. Ich muß aber sagen: Was Sie hier veranstalten, ist wirklich ein Affenzirkus.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU - Herbert Reul [CDU]: Wie so ein Verein Regierungsfraktion werden kann!)

Ich muß wirklich sagen: Langsam platzt einem der Kragen. Es ist jetzt 16.10 Uhr.

(Zurufe von der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wofür werdet ihr denn bezahlt?)

Sie wissen genau, daß die politische Substanz dieser Veranstaltung von Ihnen immer weiter nach unten gedrückt wird. Ich glaube nicht, daß wir Grund haben, das hier mitzumachen.

(B)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Widerspruch von der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Unglaublich, so zu argumentieren! Wir haben hier keinen Teilzeitjob!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön, Herr Hardt.

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht hier um Grundsätze.

Herr Matthiesen, um 17 Uhr liegt die neue Liste aus. Ich glaube nicht, daß es Probleme mit sich bringt, wenn wir hier länger darüber beraten.

Herr Präsident, wir sind schon der Auffassung, daß wir das in Ruhe im Ältestenrat besprechen sollen, denn das ist contra legem.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Busch, wenn das die Reformkraft ist, die der heutige stellvertretende Ministerpräsident Dr. Vesper in der vorigen Periode angekündigt

hat, kann ich nur sagen: Sie landen hier im Parlament langsam als Bettvorleger. (C)

(Beifall bei der CDU - Stefan Frechen [SPD]: Was hat die Geschäftsordnung mit Bettvorlegern zu tun?)

Wir bestehen darauf - und das ist parlamentarischer Brauch -, dieses ausdiskutieren. § 86 ist eindeutig. Sie beugen hier das Recht einer Minderheit. So weit gehen Sie im Endeffekt!

(Beifall bei der CDU)

Es ist schizophren, uns vorzuwerfen, wir beteiligten uns an Debatten nicht, und wenn wir etwas auf den Tisch legen, bügelt die Mehrheit das herunter. Es ist eine Unverschämtheit, in dieser Form mit uns parlamentarisch umzugehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund, Herr Präsident, bitten wir, den Ältestenrat einzuberufen, um diese Angelegenheit zu besprechen.

(Zustimmung bei der CDU - Birgit Fischer [SPD] meldet sich zu Wort.)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Fischer. (D)

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE] meldet sich zu Wort. - Klaus Matthiesen [SPD] an Dr. Manfred Busch [GRÜNE] gewandt: Halten Sie den doch mal ruhig!)

Birgit Fischer (SPD): Wenn die CDU meint, sich mit derartigen Formalien jetzt profilieren zu müssen, dann stimmen wir einer Sitzung des Ältestenrates zu,

(Ach! von der CDU)

beantragen aber gleichzeitig, daß vor der Unterbrechung über den Haushalt abgestimmt wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch von der CDU - Heinz Hardt [CDU] meldet sich zu Wort. - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ist ja zum Weglaufen hier!)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Dr. Busch.

(Große Unruhe)

(A) **Dr. Manfred Busch (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorschlag von Frau Fischer ist doch ganz ausgezeichnet.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Er bringt die notwendige Ruhe in unsere Verhandlungen, denn dann haben wir schon einmal das Wichtigste abgearbeitet, nämlich den Haushalt verabschiedet. Dann sehen wir weiter.

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte Ihnen einen Gesichtspunkt mit auf den Weg geben, Herr Hardt - hören Sie mir bitte zu -: Sie haben mir darin zugestimmt, daß für das Begehren, das Sie haben, eine Änderung der Geschäftsordnung erforderlich ist. Das heißt im Umkehrschluß, daß Ihr Begehren auf der Basis der jetzt gültigen Geschäftsordnung unberechtigt ist. - Das wollte ich Ihnen mit auf den Weg geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Hardt, bitte schön.

(B) **Heinz Hardt (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Busch, Sie unterliegen einem großen Mißverständnis: Wir müssen nicht die Geschäftsordnung ändern. Im Gegenteil: Sie ist eindeutig, und sie beschreibt die Position, die wir einnehmen. Darüber wollen wir mit Ihnen diskutieren, damit hier keine Fehlentscheidungen getroffen werden.

Meine Damen und Herren, es wäre ja großartig, wenn das Gericht anschließend feststellen könnte, daß die Art und Weise, wie Sie mit uns umgehen, contra legem ist. Dann hätten wir Beschlüsse, die im Endeffekt nicht Rechtens sind. Ich bitte wegen der Klarheit, daß wir die Sache diskutieren.

Da das Plenum dafür nicht der rechte Ort ist, bin ich der Meinung, meine Damen und Herren, daß man die Vorgehensweise hinsichtlich § 86 GeschO vorab im Ältestenrat regelt. In diesem Paragraphen wird eindeutig festgehalten, daß Fraktionen ihre Meinung sagen dürfen. Sie, meine Da-

men und Herren von den Regierungsfractionen, dürfen Ihre Meinung auch sagen, (C)

(Brigitte Speth [SPD]: Vielen Dank, Herr Hardt!)

dabei aber nicht andere konterkarieren.

(Zurufe von der SPD)

Herr Präsident, wir bitten hilfsweise, § 79 Abs. 3 der Geschäftsordnung einzubeziehen und dies bei den Anträgen in der Drucksache deutlich zu machen, damit hier nicht einer Verfälschung der Tatsachen Vorschub geleistet wird.

Es ist wirklich ein Aberwitz, Herr Clement - Sie sind langsam wirklich eine Worthölse -, daß gewisse Dinge hier aus Koalitionsgründen einfach nicht beim Namen genannt werden, obwohl Sie sich für entsprechende Ziele einsetzen.

(Lebhafter Widerspruch und Pfiffe bei der SPD - Glocke)

Vor diesem Hintergrund bleiben wir dabei, daß wir vorab eine Unterbrechung wollen, um eine Entscheidung des Ältestenrats herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte, Frau Kollegin Fischer. (D)

Birgit Fischer (SPD): Wir streiten uns zur Zeit doch gar nicht mehr in der Sache, sondern es geht um den zeitlichen Ablauf. Ich beantrage noch einmal - weil dies die dritte Lesung des Haushaltes ist -, zunächst über den Haushalt abzustimmen.

(Widerspruch bei der CDU)

Wir würden dann einer Unterbrechung für eine Sitzung des Ältestenrates zustimmen, um über die Fragen reden zu können, die Sie gerade angesprochen haben.

Ich bitte zunächst darüber abzustimmen, daß jetzt so verfahren wird, wie ich beantragt habe, nämlich daß wir zuerst den Haushalt verabschieden.

(Beifall bei der SPD - Heinz Hardt [CDU]: Das ist contra legem!)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, die Geschäftsordnung beinhaltet keine Regelung über die Unterbrechung der Sitzung und darüber, welche Voraussetzungen dafür vorliegen müssen. Es gibt aber eine alte Tradition: Wenn eine Fraktion Unterbrechung der Sitzung beantragt, kann dem in aller Regel gefolgt werden, es muß aber darüber abgestimmt werden, wenn das gewünscht wird.

Deshalb lasse ich zunächst über den Antrag des Kollegen Hardt abstimmen, der eine Unterbrechung der Sitzung beantragt hat. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Pfui-Rufe von der CDU)

Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Nach einhelliger Auffassung des geschäftsführenden Präsidiums ist der **Antrag auf Unterbrechung der Sitzung abgelehnt** worden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das bedeutet, daß über den Antrag der SPD-Fraktion nicht mehr abgestimmt zu werden braucht.

(Buh-Rufe von der CDU)

(B) - Ich darf doch zunächst meine Meinung äußern. Ich sitze hier seit Zweidreiviertelstunden und höre mir alles in Ruhe an. Ich würde Ihnen auch gerne meine Meinung dazu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Nur: Dann würden Sie sehr schnell feststellen, daß hier über die Anwendung der Geschäftsordnung unterschiedliche Auffassungen bestehen.

Jetzt hat der Kollege Hardt noch einmal um das Wort zur Geschäftsordnung gebeten.

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Ich habe die Bitte, daß Sie bei der Protokollierung den letzten Satz des § 79 Absatz 3 der Geschäftsordnung voll zur Anwendung bringen - der auch verbrieftes Recht ist -, weil uns die Mehrheit des Hauses in dieser Frage so majorisiert. Der Satz lautet: "Wird durch einen Änderungsantrag der Antrag in seinen wesentlichen Aussagen geändert, so ist dies auf Verlangen der Antragstellerin bzw. des Antragstellers kenntlich zu machen."

Meine Damen und Herren, wir beantragen also, daß auch ausgedrückt wird, wie es beschlossen worden ist. (C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Hardt, allein der Redebeitrag, den Sie soeben geleistet haben, wird dazu führen, daß dies im Protokoll so in Erscheinung treten wird.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Fischer, möchten Sie noch einmal das Wort ergreifen?

(Birgit Fischer [SPD]: Nein!)

- Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich Ihnen noch folgendes sagen, damit wir hier Klarheit gewinnen und auch für die Zukunft erreichen: Nach meiner persönlichen Meinung sind Änderungsanträge zu Entschließungsanträgen nicht zulässig.

(Beifall bei der CDU)

Das ergibt sich aus den Auslegungsregeln, und das ergibt sich auch aus dem Sinn des Instruments des Entschließungsantrages. Die Praxis ist hier aber eine andere gewesen. Diese ist, soweit ich dies übersehe, von allen Fraktionen angewendet worden. Angesichts dieser bestehenden Praxis ist die Frage nicht ohne weiteres zu beantworten, ob die Meinung des Präsidenten über die Anwendung der Bestimmungen nun auf einmal die bisherige Praxis ins Gegenteil verkehren kann. Ich bitte dringend darum - wir waren am 10. November 1995 schon einmal in dieser Situation -, daß wir im Ältestenrat sachlich und objektiv an die Auslegung der Geschäftsordnung herangehen (D)

(Zuruf von der CDU: Jetzt sofort!)

- nein, nicht jetzt sofort - und dann klären:

Ist die Geschäftsordnung änderungsbedürftig? Ist nur die Auslegung klarzustellen, wie es nach meiner Meinung der Fall ist, brauchen wir nicht zu ändern. Aber das müssen wir in ruhiger Atmosphäre miteinander besprechen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß kein Beratungsbedarf mehr besteht, und **schließe die Beratung.**

Bevor ich zur Abstimmung aufrufe, muß ich Sie darüber unterrichten, daß Herr Kollege Kreuz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine **schriftliche Erklärung nach § 56 Abs. 2 GeschO** zur Abstimmung über den Landeshaushalt 1997 in dritter Lesung abgegeben hat. (s. Anlage)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Jedesmal diese Extratouren! - Weitere Zurufe von der CDU)

Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung ist das hier nicht zu verlesen, sondern wird **in das Protokoll aufgenommen.**

Meine Damen und Herren, wir kommen zur **Abstimmung** - erstens - über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 1997** entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 12/1652**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt darin, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung anzunehmen. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen** und der **Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.**

(B)

Wir kommen - zweitens - zur Entscheidung über das **Haushaltsgesetz 1997**. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1650**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung und den vom Ausschuß beschlossenen weiteren Änderungen anzunehmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen** und der **Gesetzentwurf in dritter Lesung verabschiedet.**

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir kommen - drittens - zur Abstimmung über die **Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1996 bis 2000**. Hierzu liegt die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache**

che 12/1651 vor. Es ist **Kenntnisnahme** notwendig. Ich frage Sie, ob Sie die mittelfristige Finanzplanung zur Kenntnis genommen haben. - Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so **festgestellt.** (C)

(Minister Wolfgang Clement betritt den Plenarsaal. - Lebhaftige Zurufe von der CDU - Minister Wolfgang Clement verläßt den Plenarsaal wieder. - Erneut lebhaftige Zurufe von der CDU: Das ist unglaublich! Eine Frechheit! Unverschämtheit! - Große Unruhe - Glocke)

Meine Damen und Herren, ich nehme an, Sie haben sich wieder beruhigt.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Prinz Charles geht nach Hause! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die vier vorliegenden **Entschließungsanträge** der Fraktion der CDU und die entsprechenden Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich rufe zunächst den **Änderungsantrag** der Regierungsfractionen **Drucksache 12/1659** zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/1655** - Stichwort: Rhein-Ruhr-Flughafen Düsseldorf - auf. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag **angenommen.** (D)

Wir kommen dann zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/1655** in der Fassung, wie sie die Mehrheit soeben beschlossen hat.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Fassung der SPD!)

Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. -

(Zuruf von der CDU: Das ist ein Witz! - Klaus Matthiesen [SPD]: Was ist denn nun! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Eine Unverschämtheit, einen so in die Ecke zu stellen! Sie sind schöne Demokraten! - Weitere lebhaftige Zurufe von der CDU)

Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Weitere lebhaftige Zurufe von allen Fraktionen)

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) - Meine Damen und Herren, ich glaube, es gibt keine Zweifel am Ergebnis der Abstimmung. - Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU **in der Fassung des Änderungsantrags** gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 12/1660** zum Entschließungsantrag Drucksache 12/1656 - Thema: Bio- und Gentechnologie fördern. Ich frage, wer dem Änderungsantrag der Regierungsfaktionen seine Zustimmung geben möchte. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Regierungsfaktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Ich lasse dann über den **Entschließungsantrag Drucksache 12/1656** der Fraktion der CDU in der soeben beschlossenen Fassung abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag **in der geänderten Fassung** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. -

(Heinz Hardt [CDU]: Die Rechtsbeuger! - Weitere Zurufe von der CDU)

(B) Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den **Änderungsantrag Drucksache 12/1661** zum Entschließungsantrag 12/1657.

Meine Damen und Herren, wer dem Änderungsantrag der Regierungsfaktionen zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag der Regierungsfaktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen** worden.

Wir haben abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU. Wer diesem **Entschließungsantrag Drucksache 12/1657 in geänderter Fassung** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktio-

nen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **angenommen**. (C)

(Unruhe bei der CDU)

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/1658 in Verbindung mit dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 12/1662 zum Thema "Das Projekt Garzweiler II voranbringen" auf.

Wer dem **Änderungsantrag Drucksache 12/1662** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Ich komme nun zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/1658**. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag der Fraktion der CDU **in der geänderten Fassung angenommen**.

Meine Damen und Herren! Ich greife noch einmal die Anregung auf, der Sie ja vorhin durch Kenntnisnahme eigentlich schon zugestimmt haben: daß die Anträge, so wie sie in der zweiten Lesung vorgelegt worden sind, auch in der ursprünglichen Fassung genau protokolliert werden und gekennzeichnet wird, daß es sich hier um unterschiedliche Anträge gehandelt hat. (D)

Meine Damen und Herren, ich kann damit die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt als **abgeschlossen** betrachten und rufe auf:

3 Landtag auf 201 Mandate beschränken - Für eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1620

(Zuruf des Herbert Reul [CDU] - Gegenruf des Klaus Matthiesen [SPD] - Gegenruf des Leo Dautzenberg [CDU] - Glocke)

Meine Damen und Herren, hören Sie gut zu! Es geht hierbei um Ihre Köpfe.